



## „Die Menschen haben unaufhörlich zu lernen ...“

*Zur Geschichte des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen*

„Ich bin auf die Volkshochschul gegangen. Ich hab’ geschwankt, was ich lernen soll, Walther von der Vogelweide oder Chemie oder die Pflanzenwelt der Steinzeit. Praktisch gesehen war’s gleich, verwenden hätt’ ich keins können.“

Wenn Sie Physik gelernt haben, haben Sies mit einem Seitenblick auf die Erwerbsmöglichkeiten gemacht und sich nur zugelegt, was Sie wieder haben verkaufen können, für uns hat sichs nur um Bildung gehandelt und nach welcher Seit wir sie ausbauen.“ (Bertold Brecht)<sup>1</sup>

## Inhaltsübersicht

1. Begriffsgeschichtlich-historische Einleitung	16
2. Der Oberösterreichische Volksbildungsverein	19
3. Volksbildung in der Ersten Republik 1918 bis 1933	21
4. Volksbildung im Austrofaschismus und Nationalsozialismus 1934 bis 1945	23
5. Erwachsenenbildung in der unmittelbaren Nachkriegszeit	25
6. Die Gründung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk 1953 und die weiteren Entwicklungstendenzen in den 1950er Jahren	32
7. Zwischen alten Idealen und neuen Herausforderungen: Entwicklungstendenzen in den 1960er Jahren	45
8. Zwischen Bildungseuphorie und Ernüchterung: Entwicklungstendenzen in den 1970er Jahren	56
9. Von der „Bildungslandschaft“ zum „Bildungsmarkt“: Entwicklungstendenzen in den 1980er Jahren	70
10. Vom „Bildungssupermarkt“ zum „Diktat der ökonomischen Effizienz“: Entwicklungstendenzen in den 1990er Jahren	79
11. Zwischen „lebensbegleitendem“ und „lebenslänglichem“ Lernen: Die Volkshochschulen in Gegenwart und Zukunft	102
Anmerkungen	108
Bildnachweis	122

## 1. Begriffsgeschichtlich-historische Einleitung

Arbeiterbildung, Volksbildung und Erwachsenenbildung stellen zum Teil gegensätzliche, zum Teil sich überlappende Begriffe und Inhalte dar. Arbeiterbildung umfasste begrifflich den Anspruch der politischen Emanzipation des „vierten Standes“ gegenüber den anderen gesellschaftlichen Klassen, aber auch die Bildung einer politischen Arbeiterklasse für den Klassenkampf, mit dessen Hilfe ein Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Zustände und die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer sozialen und politischen Unmündigkeit ermöglicht werden sollte.

Die Volksbildung hatte demgegenüber einen breiteren Anspruch. Sie sollte die Bildung des gesamten Volkes, egal welchen Standes oder welcher Klasse, gleich welchen Geschlechts und gleich welchen Alters, umfassen. Gesellschaftspolitisches Ziel der Volksbildung war – hier traf man sich mit der Arbeiterbildung – die Emanzipation der unteren sozialen Schichten, denen eine Schul- oder weiterführende Bildung versagt blieb. Sie sollten lernen, ihre eigenen Interessen zu erkennen, zu artikulieren und auch wahrzunehmen. Vor dem Hintergrund eines radikalen ökonomischen Wandels seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert von einer von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe geprägten Gesellschaft hin zu einer sich urbanisierenden, modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft stellte es ein Ziel der Volksbildung dar, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich auf die geänderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten einzustellen. Zudem erforderte eine sich auf Grund beträchtlicher Fortschritte und

Entdeckungen in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen veränderte Arbeits- und Alltagswelt die Notwendigkeit, breitere Bevölkerungsschichten über diese naturwissenschaftlich-technischen Kenntnisse und ihre Auswirkungen auf ihre Lebenswelten aufzuklären.

Neben dieser philanthropischen und wissenschaftlichen Aufklärung war aber auch die Vermittlung und Pflege des Heimatgedankens und des volkskundlichen Brauchtums integraler Teil der Volksbildungsbewegung. Gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts traten neben die parteipolitisch neutrale Volksbildung zunehmend Konzepte einer sozialintegrativen „Volksbildung durch Volk-Bildung“, deren Anspruch die Schaffung einer „geistigen Einheit“ des Volkes, einer „wirklichen Volksgemeinschaft“, war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Begriff Volksbildung auf Grund des durch die nationalsozialistische Herrschaft diskreditierten Volksbegriffs durch den Begriff Erwachsenenbildung abgelöst. Nicht das Kollektiv „Volk“ stellte nun den Adressaten der Bildungsbemühungen dar, sondern der einzelne Erwachsene. Zudem wurde durch die veränderten bildungspolitischen Anforderungen und durch die erweiterten Bildungsangebote der alte Volksbildungsbegriff auch sprachlich zu eng. Da die berufliche Weiterbildung aus dem historischen Volksbildungsbegriff weitgehend ausgeschlossen war, diese aber in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewann, konnte sich die Bezeichnung Erwachsenenbildung rasch etablieren, obwohl diese Begrifflichkeit auch zu eng ist, nehmen doch heute immer mehr Jugendliche an der Erwachsenenbildung teil.

Diese begriffliche Unschärfe ist aber insofern relativ unerheblich, da sowohl bei TheoretikerInnen und PraktikerInnen in der Erwachsenenbildung als auch in der Bevölkerung die Begriffe Volks- und Erwachsenenbildung weitgehend synonym verwendet werden. Nichtsdestoweniger zeichnet der Wandel des Begriffs von der Volksbildung zur Erwachsenenbildung einen Entwicklungsprozess von einer Emanzipationsbewegung im 18. Jahrhundert bis zum heutigen Instrument einer berufsspezifischen Anpassung und des gezielten Erwerbs von Kenntnissen und Wissen nach.<sup>2</sup>

Aus pragmatischen Gründen soll in den folgenden Ausführungen für die Zeit vor 1945 der Begriff „Volksbildung“, für die Zeit nach 1945 der Begriff „Erwachsenenbildung“ verwendet werden, obwohl ihre jeweilige historische Verwendung ungleich fließender ist, als es durch die Trennlinie mittels einer konkreten Jahreszahl den Eindruck erwecken mag. Schule, Universität und Erwachsenenbildung werden heute als die drei großen, sich aufeinander beziehenden Säulen des Bildungssystems gewertet. Historisch entwickelten sie sich aber nicht nur in gegenseitiger Beeinflussung, sondern teilweise isoliert und unabhängig voneinander. Im Gegensatz zu den Schulen und Universitäten, die stets stark von staatlicher Einflussnahme geprägt waren, ist die Erwachsenenbildung durch die vielfältige Tätigkeit von Vereinen und die Aktivitäten einzelner ErwachsenenbildnerInnen gekennzeichnet. Ausgehend von sehr heterogenen Volksbildungsaktivitäten im 19. Jahrhundert, wurde mit der Errichtung der Volkshochschulen in Oberösterreich seit 1945 eine flächendeckende Versorgung auf dem Erwachsenenbildungssektor erreicht. Seit dem Jahr 1973

besteht in Oberösterreich in jedem Bezirk eine Volkshochschule.

Historisch gesehen war die Entstehung und Entwicklung der Volksbildung stark von den Unzulänglichkeiten des allgemeinen Schulsystems, aber auch von der Rückständigkeit und sozialen Geschlossenheit des Universitätssystems beeinflusst. Die Volksbildung wandte sich gegen ein System, in dem Bildung ein Privileg der Reichen war. Eine Grundlage für die freie Volksbildung in Österreich stellte das Reichsvolksschulgesetz von 1869 dar, mit dem eine von den Liberalen erwirkte Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses auf alle Schulbelange erreicht werden konnte. Das Reichsvolksschulgesetz ist im Kontext zu den Jahren 1859 und 1866 zu sehen, in denen militärische Niederlagen die Habsburgermonarchie erschütterten. Diese sollten durch eine Wiederaufrichtung der Bevölkerung im Inneren wett gemacht werden. Eine bildungspolitische Offensive, geboren aus den Erfahrungen einer Niederlage, ist freilich keine solitäre Erfahrung der Habsburgermonarchie. Innergesellschaftliche Bemühungen um eine geistige und kulturelle Wiederbelebung, um die äußere militärisch-politische Niederlage und ihre gesellschaftspsychologischen Folgen im Inneren zu überwinden, finden wir immer wieder in der an Kriegen und Zerstörung so reichen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.<sup>3</sup> Denn die Lehren für die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Eliten eines besiegten Landes waren eindeutig: Mit einem ungebildeten Volk kann man keine Kriege gewinnen, geschweige denn die ökonomische und somit gesellschaftliche Modernisierung eines Landes voran treiben.

Als innergesellschaftliche Folge der militärischen Niederlagen auf den Schlachtfeldern von Solferino und Königgrätz konnte zwar durch die staatlich garantierte, verpflichtende achtjährige Schulpflicht die bestehende Chancenungleichheit zwischen den gesellschaftlichen Schichten etwas abgeschwächt werden, die Uneinheitlichkeit des Schulsystems reproduzierte aber weiterhin die gesellschaftlichen Ungleichheiten.<sup>4</sup>

Innerhalb dieses gesellschaftspolitischen Kontextes stellte die Volksbildung ein Instrument der Hilfe für jene Bevölkerungsschichten dar, die durch das staatliche Bildungssystem vernachlässigt wurden. Die sich zunehmend durchsetzende Industrialisierung und der damit verbundene Bedarf an qualifizierten Industriebeschäftigten erhöhte die Bedeutung der Volksbildung im Laufe des 19. Jahrhunderts weiter. Insofern kann Volksbildung als eine Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die durch die industrialisierte, technisierte und urbanisierte Gesellschaft entstanden waren, interpretiert werden. Volksbildung half mit, den neuen ökonomischen Anforderungen schneller und leichter gerecht zu werden. Gleichzeitig wurde dem Einzelnen durch Volksbildung eine Möglichkeit geboten, sich individuell besser den veränderten Bedingungen anzupassen, sich beruflich zu qualifizieren und damit einen möglichen sozialen Aufstieg über die Bildungsleiter zu schaffen.

Die mit der industriellen Revolution einhergehenden demokratisch-partizipatorischen Revolutionen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts erforderten darüber hinaus zunehmend mündigere und über die Welt besser informierte, kurz gesagt aufgeklärtere und gebildete StaatsbürgerInnen.

Neue soziale Klassen, wie die Industriearbeiterschaft, sollen in die demokratisch-kapitalistische bürgerliche Gesellschaft integriert werden. Das Spannungsfeld zwischen individueller Emanzipation und sozialer Integration und Anpassung, in dem Bildung bzw. Volksbildung stets eingebettet ist, ist auch in den späteren historischen Entwicklungen bis in die Gegenwart konstitutiv.<sup>5</sup>

Ein zentraler Ort bürgerlicher Opposition sowie kultureller, geistiger und geselliger Repräsentation war im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert der Verein. War die Zahl der Vereine im 18. Jahrhundert noch relativ gering, so änderte sich dies im 19. Jahrhundert sowohl quantitativ als auch qualitativ beträchtlich. Es entstanden elitäre wissenschaftliche Vereine, bürgerliche Bildungs-, Lese- und Schulvereine, die neben ihrer Förder- und Sammeltätigkeit teilweise auch allgemeinbildende Vorträge abhielten. Neben der Kultur-, Heimat- und Traditionspflege sollten allgemeine und auch (natur-)wissenschaftliche, medizinische und philosophische Kenntnisse breiteren Volksschichten vermittelt werden.

Als 1867 durch die Staatsgrundgesetze – eine weitere Folge der militärischen Niederlagen gegen Preußen und Italien – die Versammlungs-, Vereins-, Wissenschafts- und Unterrichtsfreiheit garantiert wurden, öffneten sich viel weitergehende Möglichkeiten, dauerhafte Einrichtungen der Volksbildung zu errichten und zu etablieren. Es war aber weniger der Staat als vielmehr die Initiative von Einzelpersonen, die für die weitere Expansion der Volksbildung verantwortlich zeichnete. Für Oberösterreich sei hier etwa Adalbert Stifter genannt, der neben seiner bekannten literarischen Arbeit

1847 den Antrag stellte, „öffentliche Vorträge über das Schöne“ für ein breites Publikum beiderlei Geschlechts an der Universität Wien abhalten zu dürfen. Der Antrag stieß freilich noch auf Ablehnung.<sup>6</sup>

Seit 1867 entstanden aber nicht nur parteipolitisch neutrale, bürgerlich-liberale und allgemein humanistische Volksbildungsvereinigungen, sondern auch christlichsozial, deutschnational und sozialdemokratisch orientierte Bildungsorganisationen. Vor allem war es die organisierte Arbeiterbewegung, die mittels Arbeiterbildung eine Emanzipation der von ihr vertretenen Schichten anstrebte: „Wissen ist Macht“ und „Bildung macht frei“ waren die oft gebrauchten Manifestationen dieser Bemühungen. Nach der Gründung des Arbeiterbildungsvereins für Linz und Umgebung im Jahr 1868 entstanden in ganz Oberösterreich innerhalb weniger Jahre zahlreiche weitere Arbeiterbildungsvereine.<sup>7</sup>

Zeitlich parallel entstanden sogenannte Volksbildungsvereine, die als parteipolitisch neutrale, bürgerlich-liberal und freisinnig ausgerichtete Institutionen die plan- und regelmäßige Bildungsaktivitäten für alle Bevölkerungsschichten und Klassen anstrebten. In Prag wurde bereits 1869 ein „Deutscher Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag“ gegründet. Dies war die Initialzündung für die Gründung weiterer gemeinnütziger Volksbildungsvereine auf dem Boden des heutigen Österreichs: 1870 wurde der „Steirische Volksbildungsverein“ gegründet, 1872 der „Oberösterreichische Volksbildungsverein“, 1885 der „Allgemeine Niederösterreichische Volksbildungsverein“, von dem sich 1887 der „Wiener Volksbildungsverein“ abgespalte, der ein Wegbereiter

der „Wiener Schule der neutralen Volksbildung“ wurde.

## 2. Der Oberösterreichische Volksbildungsverein

Der Oberösterreichische Volksbildungsverein, als eine der zentralen Säulen der Volksbildungsaktivitäten im Kronland Ob der Enns, wurde 1872 in Linz unter der Leitmaxime „Wissen ist Macht“ gegründet. Er setzte als erster wirklich vereinsmäßiger Zusammenschluss nicht nur für die Volksbildung in Oberösterreich wichtige Akzente, sondern strahlte auch bezüglich der Gründung weiterer Bildungsvereine in andere Kronländer des alten Österreichs aus.

Sowohl die Vereinsobmänner als auch die führenden Vereinsfunktionäre rekrutierten sich aus dem Provinz-Bildungs- und Besitzbürgertum. Das Engagement der LehrerInnenschaft für die Volksbildung war signifikant und stellte auch für die Zukunft eine zentrale Säule in der Bildungsarbeit des Vereins dar.<sup>8</sup>

Satzungsmäßige Ziele des Volksbildungsvereins waren die Errichtung und Förderung von Bildungsanstalten (Kindergärten, Fortbildungskurse u.s.w.), die Unterstützung von Volksschulen mit Lehr- und Lernmitteln, die Gründung und Erweiterung von Schul- und Volksbibliotheken, die Herausgabe und Verbreitung von Schriften, die Veranstaltung von öffentlichen Vorträgen sowie die Aussendung von Wanderlehrern.<sup>9</sup>

Neben der Errichtung eines Netzes von Zweigstellen und der finanziellen Förderung des Aufbaus

von Volksbüchereien in ganz Oberösterreich entwickelte sich ein intensives Vortragswesen mit Fortbildungskursen. Diese wurden primär an Sonntagen am Nachmittag (nach dem obligatorischen Kirchgang) abgehalten und waren über das ganze Land verteilt. Diese Sonntagsvorträge wurden auf den jeweiligen ZuhörerInnenkreis abgestimmt und sollten in gemeinverständlicher und anschaulicher Weise der Vermittlung von lebens- und berufsbezogenen nützlichen Kenntnissen zur Erweiterung der Allgemeinbildung aller Stände dienen. Neben Naturgeschichte und Naturlehre, Forst- und Landwirtschaft sowie Volkswirtschaft wurden Vorträge zur Erd- und Himmelskunde, Heimat- und Völkerkunde, allgemeinen Geschichte, aber auch über das (Volks-)Gesundheitswesen und die Hygiene veranstaltet.<sup>10</sup>

Neben der Förderung der beruflichen und allgemeinen Bildung unterschiedlichster Bevölkerungs- und Berufsgruppen wies der Oberösterreichische Volksbildungsverein der Aufrechterhaltung und Pflege von Tradition und Brauchtum eine große Bedeutung zu. Um die Sitten und Gebräuche der Ahnen im immer schnelleren Zeitenwandel der Gegenwart für die Zukunft zu bewahren, sah man vor allem in der Volks- und Landeskunde wichtige volksbildnerische Betätigungsfelder.

Neben den mannigfachen internen Vereinsaktivitäten war aber auch die Außenwirkung des Volksbildungsvereins auf die Entwicklung der Volksbildung in Österreich nicht unbedeutend. Auf Initiative des Oberösterreichischen Volksbildungsvereins fand 1884 in Aussee der erste allgemeine Volksbildungstag der Habsburgermonarchie statt. Dieses Zusammentreffen wurde für die weitere Entwicklung

der cisleithanischen Volksbildung entscheidend.

Denn die Tagung hatte nicht nur erheblichen Einfluss auf die daran teilnehmenden Vertreter der umliegenden Arbeiterbildungsvereine. Die Teilnahme an der Tagung bildete für den Kremser Bürgerschullehrer Hans Hütter den Anstoß, im November 1885 einen eigenen Niederösterreichischen Volksbildungsverein in Krems zu gründen, aus dem zwei Jahre später der Wiener Volksbildungsverein hervorging.<sup>11</sup>

Die volksbildnerische Bilanz schien jedenfalls vor dem Ersten Weltkrieg äußerst positiv zu sein. Stolz konnte der Historiograf des Oberösterreichischen Volksbildungsvereins Karl Timmel 1912 feststellen: „Für die Verallgemeinerung des menschlichen Wissens, die Gesellschaft zu eigenem Denken anzuregen, die verschiedenartigen Berufe durch entsprechende Bildung, durch Einsicht in ihre Tätigkeit selbständiger, tüchtiger, erwerbsfähiger und glücklicher zu machen, war wohl keine Zeit tätiger als die gegenwärtige.“<sup>12</sup>

Der Erste Weltkrieg bedeutete eine starke Zäsur in der Entwicklung der Volksbildung auch in Oberösterreich. Die Zahl der Mitglieder des Volksbildungsvereins sank deutlich ab, die Vereins- und Vortragstätigkeit litt unter den Kriegsbedingungen. Die Tätigkeit des Volksbildungsvereins konzentrierte sich in dieser Zeit auf Kriegsfürsorge, Wohltätigkeitsveranstaltungen, Auspeisungen, Sammelaktionen und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die im Krieg oft genug sich selbst überlassen blieben.<sup>13</sup> In diesen Zeiten der Not sah die Volksbildung ihre Aufgabe auch in der karitativen Unterstützung des Volkes erfüllt.

### 3. Volksbildung in der Ersten Republik 1918 bis 1933

Die Situation nach dem Ersten Weltkrieg war für die oberösterreichische Volksbildung und den Oberösterreichischen Volksbildungsverein eine bedeutend andere als in deren Formationsperiode in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das auf eine kleine Republik zusammengeschrumpfte „Restösterreich“, an dessen ökonomischer und staatspolitischer „Lebensfähigkeit“ weite Teile der Bevölkerung und der politischen Eliten zweifelten, bot denkbar schlechte Ausgangsbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung der Volksbildung. Abermals kam der Impuls in der Volksbildung, nach einer äußeren Niederlage und ihren verheerenden innergesellschaftlichen Folgen an einer Wiederaufrichtung des Volkes mitzuarbeiten, zur Geltung. Als Mittel dazu wurde vor allem die Pflege und Förderung des Volksbrauchtums, des Volkslieds, des Volkstanzes, der Volksmusik oder des bäuerlichen Laienspiels gesehen. Diese volkskundlichen Formen der Volksbildung traten nun vor allem außerhalb Wiens verstärkt an die Seite des Vortrags oder des Studiums der Bücher. Trotz der denkbar schlechten gesellschaftspolitischen Konstellationen ging in der Phase der Republikgründung auch durch den Bildungssektor eine gewisse Aufbruchsstimmung. Die Volksbildung verstand sich in ihrer ganzen historisch gewachsenen und politisch-weltanschaulich fragmentierten Heterogenität als eine motivierende Kraft für die junge Republik. Sozialrevolutionäre Ansätze der Jahre 1918/1919, welche in einer bahnbrechenden Sozialgesetzgebung gerannen,<sup>14</sup> die Gewerkschafts-

bewegung und die Gründung der Arbeiterkammern (1920) leiteten eine euphorische Welle in der Volks- und Arbeiterbildung ein, die allerdings nur kurz Bestand hatte und sich nach dem politischen Sieg der Christlichsozialen bei den Nationalratswahlen 1920 in ihrer materiellen Umsetzung auf das „Rote Wien“ als quasi gesellschaftspolitische Experimentierwerkstätte beschränkte. Diese starke Dissonanz zwischen dem „roten“, urban und arbeiterkulturell dominierten Wien und dem „schwarzen“, christlich-bäuerlich und bürgerlich-konservativ geprägten flachen Land wurde auch in der Volksbildung schlagend. Mit der Gründung der Republik änderte sich die Position des Staates gegenüber der allgemeinen Volksbildung grundlegend. Die Reformbewegungen auf dem Gebiet der Volksbildung standen im Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen Reformbemühungen der Sozialdemokratie, erst auf Bundesebene, später, nach der Beendigung der großen Koalition mit den Christlichsozialen und dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung, nur noch auf Landesebene im „Roten Wien“. Otto Glöckel konnte als Unterstaatssekretär für das Unterrichtswesen – wenn auch nur für kurze Zeit – entscheidende Reformschritte im Unterrichts-, Bildungs- und Volksbildungswesen setzen.<sup>15</sup> Im Rahmen dieser Erneuerungsversuche im gesamten Bildungswesen sollte die Volksbildung als dritte Säule neben Grundschule und Universität aufgewertet werden. Es wurden neue Organisationsstrukturen geschaffen und vorhandene Volksbildungsbestrebungen konzentriert. Am 30. Juli 1919 wurde vom sozialdemokratischen Unterstaatssekretär Glöckel das „Regulativ für die Orga-

nisation des Volksbildungswesens“ (das so genannte „Glöckel-Regulativ“) unterfertigt, ein Erlass, der die Förderung des allgemeinen Volksbildungswesens als Pflicht des Staates festschreibt und zu diesem Behufe eine eigene Abteilung für das Volksbildungswesen im Unterrichtsamt sowie Länderreferenten für die Volksbildung („Bundesstaatliche Volksbildungsreferenten“) in allen Bundesländern außer in Wien und Vorarlberg etabliert.<sup>16</sup> Das ministerielle Volksbildungsamt entwickelte sich auch nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung zu einer volksbildnerisch-politischen Beratungs-, Steuerungs- und Finanzierungsstelle.

In den Bundesländern wurden nun Anfang der 1920er Jahre von staatlicher Seite her „Landesreferate für das Volksbildungswesen“ mit Sitz beim Landesschulrat (ab 1927 in „Bundesstaatliche Volksbildungsreferate“ umbenannt) eingerichtet. Das Landesreferat für das Volksbildungswesen in Oberösterreich nahm 1921 seine Tätigkeit in Linz auf. Seine Aufgaben umfassten die Mitwirkung bei der Ausbildung des Lehrpersonals, die Koordination des Vortrags- und Büchereiwesens, die Förderung, Verwaltung und Verteilung von staatlichen Subventionsmitteln für die Volksbildung und das Volksbüchereiwesen, die Erarbeitung von Konzepten und Initiativen zur Entwicklung neuer Volksbildungseinrichtungen sowie die Herausgabe von Publikationen.

Unterhalb des Landesbildungsrats war laut „Glöckel-Regulativ“ die Errichtung von Kreisbildungsräten, denen die Koordination der regionalen Volksbildungstätigkeit oblag, und von Ortsbildungsräten, als den zentralen Vermittlern der prak-

tischen Bildungsarbeit vor Ort, vorgesehen. Der Aufbau von Ortsbildungsräten, die auch die Etablierung von Volksheimen und Lesehallen zur Aufgabe hatten, vollzog sich in Oberösterreich freilich sehr schleppend. Ihre Aufgaben wurden daher schon nach wenigen Jahren vom Landesreferenten für das Volksbildungswesen übernommen.<sup>17</sup>

Parallel zum Scheitern dieser bundesstaatlichen Durchdringungs- und Organisationsversuche kam es auch auf Landesebene zu Bemühungen zur Vereinheitlichung der Volkserziehung und Volkswohlfahrt. Auf vorrangige Initiative von Wilhelm Gärtner, Mittelschullehrer und Direktor des Realgymnasiums Linz, Obmann des Lehrervereins „Mittelschule“ in Oberösterreich und Salzburg sowie Mitglied des Hauptausschusses des Oberösterreichischen Volksbildungsvereins, erfolgte mit der Gründungsversammlung am 19. Jänner 1919 in Linz die Einrichtung eines Landesverbands zur Förderung der Volksbildung in Oberösterreich. Dieser Verband war als eine überparteiliche, unabhängige, überkonfessionelle und alle Schichten einschließende Zentralstelle für Volksbildungstätigkeiten gedacht. Seine Aufgaben sollten in der Kooperation beim Vortrags-, Kurs- und Veranstaltungswesen, in der Gründung und Unterstützung von Volksbüchereien, Lesehallen, Regionalmuseen und Volksheimen in Stadt und Land, in der Förderung der körperlichen Ertüchtigung des Volkes sowie in der Herausgabe von volkstümlichen Schriften liegen. Von den insgesamt 59 eingeladenen Volksbildungsvereinigungen Oberösterreichs traten jedoch nur 28 Verbände und Vereine dem Landesverband bei. Die katholischen Volksbildungsvereinigungen, allen voran der Katholische Schulverein

und der Katholische Volksbildungsverein, lehnten die Teilnahme am Landesverband ab. Gärtner konnte auch in der weiteren Folge keinen Zugang zu den christlichsozialen Vereinigungen finden, die Verbindung zu diesen lief vor allem über Adalbert Depiny, dem neben Gärtner zweiten Leiter des Volksbildungsreferats.<sup>18</sup> Neben der Koordinationsstelle des „Landesreferenten für das Volksbildungswesen“ war mit dem Landesverband eine zweite landesweite Zentral- und Kooperationsstelle vorhanden, was zu Unsicherheiten und Konfusionen führte. Auf Grund dieser Doppelgleisigkeit und auf Grund finanzieller Schwierigkeiten musste der Landesverband bereits Ende 1919 seine organisatorische Tätigkeit einstellen. Kurse, Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und Musikveranstaltungen wurden zwar weiterhin abgehalten, doch das angestrebte Ziel, alle Volksbildungseinrichtungen des Landes unter einem Dach zu vereinen, blieb unerreicht. 1922 stellte der Verband endgültig seine Tätigkeit ein. Seine Aufgaben wurden von der inzwischen geschaffenen Kunststelle beim Landesreferat (1922–1924) übernommen.<sup>19</sup> Die bereits in der Ersten Republik sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene bestehenden Bemühungen zur Vereinheitlichung der unterschiedlichsten Volksbildungsorganisationen fanden erst in der Zweiten Republik erfolgreicheren und auch dauerhafteren Niederschlag.

Die sich mit der Weltwirtschaftskrise 1929 verschlechternde ökonomische Situation und die Massenarbeitslosigkeit in ihrem Gefolge wirkten sich auch auf die Arbeit in der Volksbildung aus. Verstärkt wurden nun Vorträge und Kurse über handwerksmäßige und landwirtschaftliche Arbeits-

felder angeboten, die in Krisenzeiten eine erhöhte Praxisrelevanz und Akzeptanz in der Bevölkerung erhielten.<sup>20</sup> 1932 erging die Aufforderung an alle Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten, der Arbeitslosenbildung besonderes Augenmerk zu schenken, zumal diese Frage nicht nur in Wien seit Jahren virulent war, sondern auch in Oberösterreich in Linz und Steyr immer bedrückender wurde.<sup>21</sup> Ziel war, die Arbeitslosen weg von der Straße in kontrollierbare „Betreuungs- und Verwahranstalten“ zu bringen. Die „arbeitsmarktpolitischen“ Auswirkungen bezüglich einer Reduktion der Massenarbeitslosigkeit der 1930er Jahre dürften jedoch als marginal anzusehen sein. Weite Teile der Bevölkerung versprachen sich zur Lösung ihrer Lebens- und Existenzprobleme ohnedies zunehmend mehr von den radikalen faschistischen Verheißungen politischer Erlösergestalten.

#### 4. Volksbildung im Austrofaschismus und Nationalsozialismus 1934 bis 1945

Mit der Zerstörung des Parlamentarismus in Österreich, dem Verbot der oppositionellen politischen Parteien und Gewerkschaften und der Etablierung einer klerikal-bürgerlichen Diktatur kam es 1933/34 auch im Bereich der Volksbildung zu einschneidenden Veränderungen. Der autoritäre Staat versuchte eine Hierarchisierung und Zentralisierung auch in der Volksbildung. Diese wurde als Mittel zur Beeinflussung der Bevölkerung zur Schaffung einer österreichischen Identität nach den Leitlinien „christlich – ständisch – autoritär“ instrumentalisiert. Die oberste Leitung des gesamt-

ten Volksbildungswesens oblag nun dem Unterrichtsministerium. Innerhalb der quasi auf dem „Reißbrett“ gegründeten Staatspartei der „Vaterländischen Front“ (VF) wurde ein eigenes Kulturreferat eingerichtet. In den Ländern wurden Landeskulturreferenten eingesetzt. In Oberösterreich war dies Adalbert Depiny.

Auf dem Gebiet der Veranstaltungen erfolgte ein regelrechter Boom in den Bereichen Volksbrauchtum, Volkslied und Volkstanz. Auf der Arbeit des Kulturreferats baute das spätere Freizeitwerk der VF „Neues Leben“ auf, das mit 1. Juli 1936 die Agenden der Volksbildung übernahm. Sich an faschistischen Vorbildern in Italien („Dopolavoro“) und Deutschland („Kraft durch Freude“) orientierend, sollte diese neue Freizeitorganisation die bestehende Volksbildungsarbeit zusammenfassen. Die Volksbildung sollte helfen, die Bevölkerung im „vaterländischen“ Sinne zur Vaterlands- und Heimatliebe zu erziehen. Nicht mehr die Vermittlung unterschiedlicher Wissenschaften und praktischer Kenntnisse waren gefragt, sondern die „Pflege des Gemüts“, die Zuwendung zum „ganzen Menschen“, die praktische Vermittlung von Handfertigkeiten und von elementaren Fremdsprachenkenntnissen. Eine zentrale Position in der Kulturvermittlung hatten Volkskunde und Volksbrauchtum, Volkstanz, Volkslied und Laienspiel. Über allem stand das Ziel, den Menschen die „Ehrfurcht vor dem Leben“ zu vermitteln, die Ehrfurcht „vor allem Unbegreiflichen und Unerforschlichen“, die „Ehrfurcht vor Gott und alle(m) Göttlichen“.<sup>22</sup> Die Volksbildung im Ständestaat wurde durch das austrofaschistische Regime im autoritären Sinne umgestaltet und funktionalisiert. Zugleich wurden

auch die Volksbildungseinrichtungen von der illegalen nationalsozialistischen Propaganda erfasst. Die Volksbildung war bereits vor 1938 von illegalen Nationalsozialisten unterwandert.<sup>23</sup> Dazu kam, dass der etwas aufgesetzt erscheinende „Konkurrenz- und Imitationsfaschismus“ zwischen 1933/34 und 1938 letztendlich als eine emotionale Vorbereitung auf die NS-Herrschaft in Österreich wirkte.

Nach den austrofaschistischen Homogenisierungsbemühungen in der Volksbildung erfolgte mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 die totale Gleichschaltung und Unterwerfung unter die nationalsozialistischen Ideale. Ziel war die Vermittlung der völkischen, sozialdarwinistischen und rassistisch-antisemitischen „Glaubenssätze“ sowie die Stabilisierung des NS-Regimes durch die Bindung des Volks an Heimat und Führer. Ziel der Volksbildung war, „dass der Mensch beim Verlassen der Volksbildungsstätte nicht ein halber Pazifist oder Demokrat ist, sondern ein ganzer Deutscher.“<sup>24</sup>

Der Nationalsozialismus löschte endgültig die letzten Reste einer freien Volksbildung in Österreich aus. Das Unterrichtsministerium wurde als Unterabteilung in das neu errichtete Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten eingegliedert. Durch das „Ostmarkgesetz“ wurde auch dieses aufgelöst, seine Aufgaben wurden dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bzw. den Reichsgauen übertragen. Bereits innerhalb weniger Wochen nach dem Anschluss waren alle wichtigen Positionen im Volksbildungswesen durch nationalsozialistisch gesinnte Personen besetzt.<sup>25</sup> Die Bundesstaatlichen Volksbil-

dungsreferate in den Bundesländern wurden im Laufe des Jahres 1938 ersatzlos aufgelöst, in Oberösterreich bereits mit 14. März 1938. Der Bundesstaatliche Volksbildungsreferent bzw. Kulturreferent der VF, Adalbert Depiny, wurde verhaftet. Teile der Agenden des Volksbildungsreferats übernahm der Arzt, Volkskundler und „Gauheimatpfleger“ Eduard Kriechbaum, nach 1945 als „hochverdienter Senior der oberösterreichischen Erwachsenenbildung“ Ehrenkonsulent der oberösterreichischen Landesregierung für Volksbildung und Heimatpflege, Gründer und Leiter des Bezirksvolksbildungswerks Braunau am Inn sowie zentraler Mitarbeiter im Oberösterreichischen Volksbildungswerk.<sup>26</sup>

Die Volksbildungsstätten wurden, wie andere Kultur- und Sportinstitutionen auch, in die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) eingegliedert, die Teil der NS-Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF) war. Die Volksbildungsagenden übernahm innerhalb der DAF das „Deutsche Volksbildungswerk“, das seine Zentrale in Berlin hatte und dessen Wirkungskreis das ganze Reich umfasste. Vor Ort agierte der jeweilige Orts- oder Betriebs-Volksbildungswart. Die Auswahl der KursleiterInnen erfolgte nach politischen Kriterien und der richtigen „Rassenzugehörigkeit“. An den Veranstaltungen durften nur „deutsche Volksgenossen“ teilnehmen. Juden wurden aus der Volksbildung entfernt, die Teilnahme am Kurs- und Vortragsprogramm war ihnen untersagt.<sup>27</sup>

Wie weit die propagandistische „Volksbildung“ und planmäßige ideologische Indoktrination bei den Erwachsenen tatsächlich gefruchtet hat, ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls reihte sich die Gleichschaltung der Volksbildung nahtlos in die

nationalsozialistische Ausrichtung in Schule, Universität, Ausbildungs- und Arbeitsplatz, Freizeitorganisation oder politischer Monopolorganisation ein. Die Systemloyalität vieler „Ostmärker“ schien bis in die letzten Kriegstage eine überaus hohe gewesen zu sein.<sup>28</sup> Erst die dem „Totalen Krieg“ folgende totale militärische und machtpolitische Niederlage des Großdeutschen Reichs bewirkte einen weitgehenden Abfall von den nationalsozialistischen Glaubenslehren. Zurück blieben neben den immensen materiellen Zerstörungen die moralischen, geistigen und seelischen Verwüstungen.

## 5. Erwachsenenbildung in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Die ersten Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft stellten eine völlig aus den Fugen geratene Zeit dar: Nicht nur die großen Systeme der Gesellschaft, wie die Ökonomie, die Verkehrs-, Versorgungs- und Kommunikationssysteme waren weitestgehend zusammengebrochen, auch die kleinen sozialen Systeme von Haushalt, Ehe und Familie waren durch Krieg, Kriegsgefangenschaft, Ausgebombtsein, Vertreibung oder den Tod von Angehörigen aus den Fugen geraten: Es war „Trümmerzeit“.<sup>29</sup>

Auch die Erwachsenenbildung stand 1945 vor den Trümmern ihrer großen Vergangenheit: Nicht nur in Hinblick auf die kriegszerstörten Volkshäuser (in Wien), sondern auch in pädagogischer Hinsicht. Man stand vor der entscheidenden Frage, ob man zum Stand der Volksbildung von vor 1933/34 zurückkehren sollte bzw. konnte, oder ob



Das gegen Ende des Krieges durch schwere Bombentreffer am 31. März und 25. April 1945 stark zerstörte Gebäude der Arbeiterkammer OÖ in der Volksgartenstraße in Linz von der Rückseite. 1954 wurde im renovierten Gebäude die Volkshochschule eröffnet.

ein völliger Neubeginn erforderlich war. Viele ErwachsenenbildnerInnen hofften, die Verbrechen der Nationalsozialisten und die devastierenden Folgen des von ihnen vom Zaun gebrochenen Krieges würden einen neuen Typus des Erwachsenen entstehen lassen: Einen mündigen Menschen, der, geläutert von den Katastrophen der NS-Herrschaft, aktiv am Aufbau einer neuen Demokratie mitwirken werde. Auf diese Menschen bauten die Konzepte der Erwachsenenbildung nach dem Krieg auf. Ihr vordringlichstes Ziel wurde die positive

Erziehung zur Demokratie.<sup>30</sup> Diese Läuterung von der faschistischen „Verführung“ oder Überzeugung zu einem prinzipiell demokratisch-liberalen, offenen und weltbürgerlichen Denken war eine Überlebensfrage für die Demokratie in der Zweiten Republik und manifestierte sich auch in der biografischen Entwicklung einzelner ErwachsenenbildnerInnen.

So etwa bei Herbert Grau, dem wohl bedeutendsten oberösterreichischen Theoretiker und Praktiker der Erwachsenenbildung nach 1945. Grau

wurde am 22. August 1916 in der oberösterreichischen Gemeinde Frankenmarkt geboren. 1935 maturierte er am Realgymnasium Linz, um anschließend in Wien Germanistik und Anglistik zu studieren (Promotion 1939). Ab 1939 bei der Deutschen Wehrmacht, legte er 1940 die Lehramtsprüfung für Deutsch und Englisch ab und habilitierte sich 1943 während eines Verwundetenurlaubs an der Universität Wien zum Dozenten für Germanistik mit Schwergewicht auf Sprachwissenschaft und ältere Literatur sowie Mundartkunde und Kulturmorphologie. 1942 erschien seine Habilitationsschrift gedruckt unter dem Titel „Mundart und Kultur im Eisenland Ober- und Niederdonau“, in der Grau den „Internationalismus“ ablehnte, den „rein deutschen“ Charakter des untersuchten Gebiets „Ober- und Niederdonau“ konstatierte und im Vorwort ein restloses und bedingungsloses Bekenntnis für die „persönliche Bindung an Blut und Boden“ ablegte.<sup>31</sup> Mit diesem, für die völkisch-nationalsozialistische Ideologie zweifellos dankbaren Habilitationsthema, lag doch das Ziel der Kulturmorphologie in der „Aufdeckung der kulturellen Struktur eines Volkes“, um einen Weg zu den „Zellen unseres Volkes“ zu finden,<sup>32</sup> strebte Grau eine Universitätslaufbahn an der von den Nationalsozialisten gleichgeschalteten Universität Wien an. Inwieweit zu den karrieristischen Gründen auch ideologische Überzeugungen hinzutreten, kann und soll hier nicht beurteilt werden.<sup>33</sup> Zwischen 1938 und 1945 waren die meisten ÖsterreicherInnen Nationalsozialisten, waren vom Nationalsozialismus oder Teilen seiner Ideologie mehr oder weniger stark beeinflusst, bzw. verweilten sie in passiver Duldung. Wenige waren

„immun“, noch weniger zu einem lebensgefährdenden Widerstand bereit. Zentral, nicht nur für das demokratische Gedeihen der Zweiten Republik sondern auch für den lebensnotwendigen Glauben der Erwachsenenbildung an die Entwicklungsfähigkeit des Menschen, war die intellektuelle und moralische Lernfähigkeit nach 1945, die angesichts der faschistischen Apokalypse das weitere Leben eines Menschen verändern mochte. Wie Herbert Grau selbst berichtet, hatten ihn das Grauen des Kriegs und seine eigenen schweren Verwundungen bereits 1942 „eine Art Gelübde aufgedrängt: Einsatz für eine Bildung des Volkes, die einen derartigen Unsinn nicht mehr möglich oder doch seine Wiederholung unwahrscheinlich machen sollte.“<sup>34</sup>

Dazu bedurfte es für Grau nach dem Zweiten Weltkrieg eines völligen Neuanfangs für die gesamte österreichische Erwachsenenbildung. Trotz der Erinnerung an Volksbildungskonzepte der Zwischenkriegszeit war durch die Erfahrungen der NS-Herrschaft eine unmittelbare Anknüpfung nicht möglich. Die alten Werte und Leitbilder wie „Wissen ist Macht“ und „Bildung macht frei“ schienen angesichts des Geschehenen als überholt, ja als pervertiert. „Neue psychologische, soziologische, pädagogische, auch politische Einsichten haben der Erwachsenenbildung eine größere Bedeutung gegeben als früher. Sie hat eine echte Funktion im Leben des einzelnen („Lebenshilfe“), in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik (Meisterung des ‚schnellen Wandels‘), im Leben der Gemeinschaft („mitbürgerliche Bildung“), im pädagogischen System („integraler Teil des Bildungswesens jedes Volkes“) erhalten; sie ist nicht mehr bloß

ein gelegentlicher Aufputz des Alltags durch Ermöglichung einer fallweisen Teilnahme an den Leistungen der Kulturträger oder vorübergehendes Werkzeug im Streben nach Gewinn und Macht, auch nicht Mittel zur Konservierung des Alten.“<sup>35</sup> Als neue Aufgaben schienen also neben der Wissensvermittlung die Lebenshilfe, Völkerverständigung und Demokratieerziehung von vorrangiger Bedeutung zu sein. Besonders die Demokratieerziehung war angesichts der faschistischen Durchdringung der Gesellschaft für den Aufbau und die mehrheitliche Akzeptanz demokratischer Herrschaftsmuster von existenzieller Bedeutung. So wurden in Linz „Gespräche mit Zeitgenossen“ durchgeführt, deren Diskussionsrunden mit prominenten Politikern aller politischer Richtungen zu einer „Schule der Demokratie“ werden sollten.<sup>36</sup> Schließlich sollten erwachsenenbildnerische Konzepte einer „mitbürgerlichen Erziehung“ die StaatsbürgerInnen zu einem mündigen Teil dieser demokratisch-pluralistisch konzipierten Gesellschaft machen.

Um die alten Institutionen und Häuser (hier vor allem in Wien) der Volksbildung aus der Verlassenheit der DAF wieder in das Eigentum der früheren Besitzer übernehmen zu können, mussten die traditionellen Vereine wieder gegründet werden. Dem gegenüber legte der Oberösterreichische Volksbildungsverein im Jahr 1945 durch den letzten Obmann der Ortsgruppe Linz und nachmaligen Leiter der NS-Volksbildungsstätte Linz, Walter Pretzmann, „seine Ansprüche, Wünsche und seinen Namen“ in die Hände des Linzer Bürgermeisters Ernst Koref. Damit war die Stafette an die Stadt Linz weitergegeben, die die Interessen der

Erwachsenenbildung auch in Zukunft hoch hielt.<sup>37</sup> Die Bemühungen des Linzer Kulturamts unter der damaligen Leitung von Herbert Grau hatten zunächst das Ziel, ein Institut für Wissenschaft und Kunst im Sinne der gleichnamigen Wiener Einrichtung zur Belebung des wissenschaftlichen Lebens in Oberösterreich zu gründen.<sup>38</sup> Grau war der Meinung, dass in Linz nicht das Personal und die Infrastruktur einer Universitätsstadt zur Verfügung standen und trat daher für „eine Art Dachorganisation für alle Spezialorganisationen“ ein, was aber an den Einwänden bereits vorhandener Bildungseinrichtungen scheiterte. Darüber hinaus wies Grau auf die Möglichkeit hin, durch den Ausbau des öffentlichen Veranstaltungs- und Kursprogramms der „Collegia Publica“ im Rahmen der Linzer Bundesarbeitermittelschule, die neben der Sozialistischen Bildungszentrale mit ihren praktischen Kursen führend in der Linzer Erwachsenenbildung aktiv war, eine Art inoffiziellen Hochschulbetrieb zu organisieren.<sup>39</sup>

Im Herbst 1946 war es Herbert Grau durch das British Council und den Magistrat ermöglicht worden, die Erwachsenenbildung in England zu studieren. Besonders beeindruckt zeigte er sich vom englischen Erziehungsgesetz 1944, welches die örtlichen Erziehungsbehörden verpflichtet, jedes spontane Bildungsstreben von Gruppen weitgehend zu fördern und im Falle von Lücken im Programm der Weiterbildung selbst aktiv zu werden.<sup>40</sup> Die Ergebnisse all dieser Erfahrungen wurden in ein Exposé vom 10. März 1947 für den Aufbau eines „Volksbildungswerkes Oberösterreich“ zusammengefasst. Als jedoch die Oberösterreichische Landesregierung am 30. Juni 1947 be-

schloss, ein eigenes „Oberösterreichisches Volksbildungswerk“ zu begründen, wurde der Plan, die Volkshochschule Linz zum Kern und Ausstrahlungspunkt für ein sich über ganz Oberösterreich ausbreitendes Volksbildungswerk zu machen, der in einer Personalunion in der Leitung des Volksbildungswerks des Landes und der städtischen Volkshochschule seinen Ausdruck finden hätte sollen, fallen gelassen.

Das Oberösterreichische Volksbildungswerk wurde mittels eines Erlasses durch Landeshauptmann Dr. Gleißner gegründet<sup>41</sup> und sollte eng mit der Kulturabteilung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung zusammenarbeiten. Das Oberösterreichische Volksbildungswerk stellte als Arbeitsgemeinschaft einen Dach- und Planungsverband für die Zusammenarbeit aller Erwachsenenbildungsbestrebungen in Oberösterreich dar.

Hauptaufgaben waren neben der Erziehung zu einer demokratischen Gemeinschaft, zu einem österreichischen Staats- und Kulturbewusstsein sowie der „Hebung der Lebens- und Berufstüchtigkeit“ des Einzelnen die ideelle, fachliche, administrative



Dr. Heinrich Gleißner mit dem Leiter der Volkshochschule Wels, Oberst a. D. Rudolf Eibl.

und finanzielle Förderung der vorhandenen Erwachsenenbildungseinrichtungen, die Forcierung der Aktivitäten auf Bezirks- und Gemeindeebene, die Schließung von Lücken im bestehenden Programm, die Brauchtums- und Heimatpflege, die Sicherung der Ausbildung des Nachwuchses in der Erwachsenenbildung sowie die Herstellung und Koordination von Kontakten zu anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen in den Bundesländern und im Ausland. Finanziell getragen wurde das Volksbildungswerk vom Land Oberösterreich, den Gemeinden und vom Unterrichtsministerium.<sup>42</sup> Mitglieder des Volksbildungswerks wurden die Bezirksvolksbildungswerke, die Volkshochschulen, die religiösen (evangelischen und katholischen) Bildungswerke, die sozialistischen Bildungswerke (Molln und Leonstein), die Volksbildungsheime, das oberösterreichische Musikschulwerk, die Hausmusikbibliothek und Hausmusikwerke sowie wissenschaftliche Einrichtungen wie etwa die von Hans Eisner erbaute Johannes-Sternwarte in Gmunden samt angeschlossenen astronomischen Arbeitsgruppen oder die von Hans Grohs errichtete biologische Station in Schärding, deren erwachsenenbildnerische Aktivitäten leider dem Hochwasser von 1954 zum Opfer fielen.<sup>43</sup>

Nach dem Scheitern des Plans, die Volkshochschule Linz zum Zentrum für ein sich über ganz Oberösterreich ausbreitendes Volksbildungswerk zu machen, wurde es die weitere Aufgabe des Kulturamts der Stadt Linz, die schon bestehenden Linzer Erwachsenenbildungseinrichtungen zu gemeinsamer Planung zusammenzuführen und selber Lücken im Veranstaltungsprogramm der Stadt zu schließen. Es konnte mit den Linzer Erwachsenen-

bildungseinrichtungen ein gemeinsames Gesamtprogramm aufgestellt werden, dessen Durchführung von der zu errichtenden Volkshochschule organisatorisch und werbemäßig unterstützt wurde. Dort, wo sich Lücken zeigten, stellte die Volkshochschule eigene Kurse zusammen. Schließlich beschloss der Stadtrat am 25. September 1947 die Gründung der Volkshochschule als Dachorganisation bzw. Arbeitsgemeinschaft der Linzer Erwachsenenbildungseinrichtungen. Er genehmigte die Mittel und das vorgelegte Programm, das die Freiheit der mitarbeitenden Vereine und Körperschaften garantierte und ergänzende Eigenveranstaltungen der Volkshochschule vorsah.

Die Leitung der Volkshochschule wurde in die Hände Herbert Graus gelegt. Am 30. September 1947 wurde die Volkshochschule im Rahmen einer Feier im Rathausaal durch Bürgermeister Dr. Koref eröffnet.<sup>44</sup>

Zeitlich parallel zur Gründung der Volkshochschule der Stadt Linz kam es auf Landesebene zur Wiederaufnahme der während der NS-Zeit verloren gegangenen Fäden bundesstaatlicher Organisations- und Vereinheitlichungsbemühungen im Erwachsenenbildungssektor. Im Sommer 1945 wurde Hans Commenda mit dem Wiederaufbau des Bundesstaatlichen Volksbildungsreferats für Oberösterreich beauftragt, dessen Zentralstelle 1945/46



Kurseinschreibung an der Volkshochschule Linz während der Bauarbeiten, 1954.

wieder im Unterrichtsministerium eingerichtet wurde. Commenda war bereits vor 1938 Mitarbeiter des Bundesstaatlichen Referats gewesen, dessen Leitung er nun bis 1954 über hatte. Das Volksbildungsreferat wurde zum Berichterstatter, Anreger, Berater und Förderer der Erwachsenenbildungseinrichtungen und vermittelte ihnen auch theoretische Grundlagen der Erwachsenenbildungsarbeit. Die praktische Betätigung und Leitung der Erwachsenenbildungseinrichtungen überließ das Volksbildungsreferat den eingeführten oder bereits tätigen Kräften. Ähnlich wie in den Grundsätzen des englischen Erziehungsgesetzes von 1944 hatte es als Initiator oder Leiter von Erwachsenenbildungs-

einrichtungen nur dort selbst einzugreifen, wo im Augenblick niemand zur Stelle war, und hatte diese Aufgabe wieder abzugeben, sobald ein geeigneter Nachfolger gefunden wurde.

In der Zeit nach 1945 begannen auch die alten Gegensätze zwischen Arbeiterbildung und allgemeiner Volksbildung zu verschwinden. Nicht zuletzt lagen die Gründe für die enge Kooperation zwischen den seit dem 19. Jahrhundert im Vereinswesen wurzelnden weltanschaulich neutralen Erwachsenenbildungseinrichtungen und den Initiatoren der Arbeiterbildung in der Zeit nach 1945 im begrifflichen Verschwinden der Unterschiede zwischen Arbeiter- und allgemeiner Erwachsenen-



Eingang zur provisorischen Anmeldung an der Volkshochschule Linz, 1954.

bildung. Man definierte in der Erwachsenenbildung den Arbeiterbegriff so allgemein, dass er alle abhängigen Werkstätigen umfasste. Sieht man von der politischen und gewerkschaftlichen Schulung der Arbeiter(-funktionäre) ab, erschien der Begriff Arbeiterbildung nur noch insofern berechtigt, als er sich auf den soziologisch begründeten methodischen Ausgangspunkt der Arbeiterbildung bezog. Damit stand die Arbeiterbildung unterschiedslos neben vielen anderen methodischen Varianten der Erwachsenenbildung, wie Jugend-, Frauen-, Bauern- oder Angestelltenbildung. Ein gruppenspezifisches Ziel der Bildungsarbeit (wie etwa das der Bildung eines Klassenbewusstseins der ArbeiterInnen) wurde abgelehnt, was auch dem gesellschaftspolitischen Klima des Abflachens der Klassengegensätze im Österreich der ersten Nachkriegsjahrzehnte entsprach. So entwickelten sich die ArbeitnehmerInnenvertretungen von Gewerkschaftsbund (ÖGB) und insbesondere Arbeiterkammer (AK) in der Zweiten Republik zu einem tatkräftigen und für Oberösterreich zentralen Förderer der Erwachsenenbildung.

## **6. Die Gründung des Verbandes der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk 1953 und die weiteren Entwicklungstendenzen in den 1950er Jahren**

In Oberösterreich entwickelten sich nach 1945 drei unterschiedliche Typen der Trägerschaft von Volkshochschulorganisationen: der Verein, die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Ober-

österreich und die Kommunen. Dem Begriff kommunal wird gegenüber dem Ausdruck städtisch insofern der Vorzug gegeben, als auch nichtstädtische Gemeinden Volkshochschulen führten.

Die Vereins-Volkshochschulen sind die älteste Form der Volkshochschulen. Hier ist vor allem die Frage nach der guten Kommunikation zwischen Verein und Gemeinde von existenzieller Bedeutung. Oft sind im lokalen Volkshochschulverein VertreterInnen der Gemeinde mit Pflichtsitzen im Vorstand vertreten. Dafür hat die Volkshochschule im Gemeindebudget einen festen Platz. In Oberösterreich werden jedoch die weitaus meisten Volkshochschulen von der Kammer für Arbeiter und Angestellte geführt. Der Vorteil einer Trägerschaft durch die Arbeiterkammer besteht darin, dass diese zur Bildungsarbeit für die ArbeitnehmerInnen gesetzlich verpflichtet ist und somit mit einer soliden finanziellen Basis für die Volkshochschule gerechnet werden darf. Neben dem Volkshochschulnetz der Arbeiterkammer bestehen in Oberösterreich die kommunalen Volkshochschulen der drei Städte Linz, Wels und Steyr, wo die Volkshochschule Teil der Magistratsorganisation ist und dadurch ihren festen Platz auch im Gemeindebudget hat.

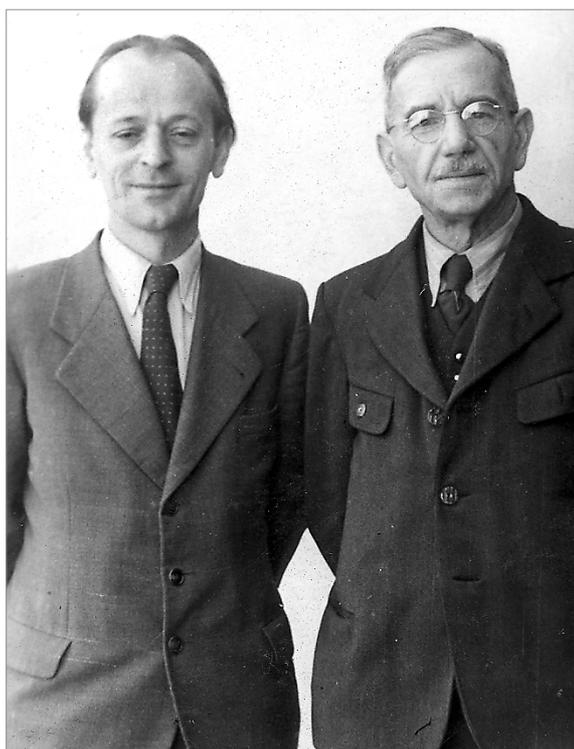
Die Arbeit der Volkshochschulen in Oberösterreich nahm in Linz ihren Ausgangspunkt. Zwischen 1945 und 1947 wurde hier die allgemeine Erwachsenenbildung vor allem von der Sozialistischen Bildungszentrale (ab 1946 mit Fremdsprachen, Frauenkursen, kaufmännischen Kursen), der Arbeitermittelschule „Collegia Publica“, dem Katholischen Bildungswerk (bereits 1943 gegründet) und dem Verein für Denkmalpflege getragen. Die

1947 auf Beschluss des Stadtrats als erste kommunale Volkshochschule Österreichs neu entstandene Linzer Volkshochschule sollte dazu keine Konkurrenz darstellen, sondern gleichsam als Dachorganisation Alternativen und Ergänzungen zum bestehenden Bildungsangebot bieten. Als Einrichtung der Stadt hatte die Volkshochschule Linz schon von Anfang an einen institutionalisierten Charakter. Die Stadt übernahm die finanzielle Trägerschaft, später trat eine enge Kooperation mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte hinzu. Die Stadt Linz hatte die Verwaltung der Volkshochschule einschließlich des Personals bereitzustellen, die Arbeiterkammer stellte das Volkshochschulgebäude samt Einrichtungen zur Verfügung.<sup>45</sup> Neben der Volkshochschule Linz wurden zwei weitere Volkshochschulen als kommunale Einrichtungen gegründet: Im Dezember 1947 gründete der freie Mitarbeiter des städtischen Kulturamts, Oberst a.D. Rudolf Eibl, das von der oberösterreichischen Landesregierung angeregte „Volksbildungswerk Wels“, das 1948 als gemeindeeigene Institution anerkannt wurde und sich 1952 als kommunale Einrichtung, als „Volkshochschule der Stadt Wels“, etablierte.<sup>46</sup> Die dritte kommunale Volkshochschule Oberösterreichs ist in Steyr statuiert: Am 1. September 1950 gründete der bereits zwischen 1924 und 1933 als Obmann-Stellvertreter der „Urania Steyr“ (eine Ortsgruppe der Wiener Urania) tätig gewesene Mittelschullehrer Anton Neumann, nunmehr stellvertretender Bürgermeister der Stadt Steyr und Abgeordneter zum Nationalrat, die Volkshochschule Steyr als Arbeitsgemeinschaft. Die Geschäftsführung oblag der Magistratsbediensteten Amalie Moser.<sup>47</sup> In den folgenden Jahren wurde

die Organisation der Volkshochschule vom Kulturreferat der Stadt Steyr übernommen. Am 22. Juli 1957 wurde die Magistratsabteilung IX (Kulturamt) geschaffen, in deren Rahmen die Agenden der Volkshochschule wahrgenommen wurden. Am 24. Juli 1960 richtete man die Volkshochschule als eigenes Referat im Rahmen des Kulturamts ein. Seit dieser Zeit lautet die Bezeichnung „Volkshochschule der Stadt Steyr“.<sup>48</sup>

Daneben bestanden Anfang der 1950er Jahre im ganzen Land weitere Volkshochschulaktivitäten, welche sich auch in Neugründungen manifestierten: Am 3. Februar 1952 gründete der Mittelschullehrer Alfred Hauska mit Unterstützung des damaligen Bürgermeisters Robert Kunz die Volkshochschule der Stadt Vöcklabruck. Träger der Volkshochschule war ein Verein, der wiederum von der Stadt finanziell getragen wurde. Diese existenzielle Verbindung zur Stadtgemeinde manifestierte sich personell darin, dass der jeweilige Bürgermeister der Stadt zugleich auch der Vereinsobmann war. Die zweite Vereinsvolkshochschule Oberösterreichs war die Volkshochschule Salzkammergut, die am 29. September 1953 mit finanzieller Unterstützung der Oberösterreichischen Kraftwerke AG. (OKA), der Arbeiterkammer sowie weiterer Spenden von der Firma Hatschek und anderer lokaler Unternehmen in Gmunden gegründet wurde und die in ihrer überlokalen Strukturiertheit einen in Österreich anderswo wohl kaum anzutreffenden Volkshochschultypus darstellt.<sup>49</sup> Im Oktober 1952 wurde in Braunau am Inn vom Mittelschullehrer Karl Berger eine Grenzland-Volkshochschule als Verein errichtet, deren Wirkungskreis sich auch auf das benachbarte bayerische Simbach erstreckte. Das

Kursprogramm umfasste neben kaufmännischen und berufsbildenden Fächern Sprachen, Lebenskunde, Philosophie, Literatur, Spracherziehung u.a.m. und begann mit 21 Kursen und 502 TeilnehmerInnen.<sup>50</sup> Seit 7. November 1952 war die Volkshochschule Perg mit Kursen, Vorträgen und einer Kunstausstellung aktiv.<sup>51</sup> Das vom Mittelschullehrer Hans Grohs gegründete Volksbildungswerk Schärding führte bereits ein breites Kursprogramm durch und stellte gute Kontakte zum bayrischen Volksbildungswerk her. Auch in Grieskirchen und Kirchdorf an der Krems bestanden zahl-



Kammeramtsdirektor Dr. Viktor Kleiner, Arbeiterkammerpräsident Heinrich Kandl.

reiche erwachsenenbildnerische Aktivitäten.<sup>52</sup> Mit Vorstandsbeschluss vom 1. Oktober 1953 wurde auf der Vollversammlung der Arbeiterkammer am 6. Oktober 1953 unter dem damaligen Arbeiterkammer-Präsidenten Heinrich Kandl und seinem Kammeramtsdirektor Viktor Kleiner die Volkshochschule der Arbeiterkammer für Oberösterreich gegründet.<sup>53</sup> Ihr weiterer Ausbau erfolgte rasant: 1958 bestanden bereits 21 Zweigstellen mit 562 Veranstaltungen und 31.125 Teilnahmen. Die Arbeit der Arbeiterkammer-Volkshochschulen umfasste in erster Linie die Erwachsenenbildungsarbeit außerhalb von Linz. Vor allem in den Amtsstellen der Arbeiterkammer wurden Erwachsenenbildungsveranstaltungen organisiert, um auch der Landbevölkerung Gelegenheit zur Erweiterung und Vervollständigung ihres Wissens zu bieten. Hauptschwerpunkte des Programmangebots bei den Kursen lagen von Anfang an in den Bereichen Kreativität und Freizeit (Bastel-, Mal- und Modellbaukurse, Töpfer- und Keramikurse, Tanz- und Volkstanzkurse, Musikkurse, Haushaltsdisziplinen wie Nähen und Kochen, usw.), gefolgt von Sport, Gymnastik und Körperkultur, weiters den Sprachen und schließlich den Geistes- und Naturwissenschaften. Von Anfang an wurden auch Wirtschafts- und Berufskurse (wie kaufmännische und graphische Fächer, Maschinschreib-, Buchhaltungs- und Stenographiekurse, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaftslehre) angeboten, die jedoch zunehmend von anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen übernommen wurden. Die Volkshochschulen der Arbeiterkammer konzentrierten sich auf Allgemeinbildung, Lebenshilfe und Freizeitgestaltung und versorgten das Land flächendeckend

mit Erwachsenenbildungsmöglichkeiten.<sup>54</sup> Im Vergleich zur Zwischenkriegszeit, wo außerhalb der „Volksbildungshochburg“ Wien nur punktuell eigene Volksbildungshäuser bestanden, erfolgte nach 1945 eine rasante und flächendeckende Ausdehnung der Volkshochschulen auf das gesamte Bundesgebiet. Neben dieser Expansion kam es parallel dazu auch zu einer verstärkten Kooperation zwischen den einzelnen Volkshochschulen durch die Bildung von Volkshochschulverbänden. Die Dezentralisation in Form von Volkshochschulgründungen in den einzelnen Landesteilen korrespondierte mit der verbandsmäßigen Zentralisation auf oberösterreichischer sowie auch auf Bundesebene. Am 8. Dezember 1950 wurde als Dachverband und zur Interessenvertretung vor allem gegenüber dem Staat bzw. dem zuständigen Unterrichtsministerium der „Verband Österreichischer Volkshochschulen“ als Zusammenschluss der Volkshochschulen Österreichs gegründet. Der Notwendigkeit einer besseren Kommunikation und Koordination unter den einzelnen Volkshochschulen einerseits und eines einheitlichen Auf- und Eintretens für die eigenen Interessen andererseits kam man in Oberösterreich drei Jahre später nach: Am 26. und 27. September 1953 fand in Wels auf Initiative des Oberösterreichischen Volksbildungswerks eine Zusammenkunft der Leiter der oberösterreichischen Volkshochschulen und volkshochschulähnlichen Einrichtungen statt, um gemeinsame Anliegen zu besprechen. Das Treffen mündete im Beschluss, einen Verband der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk zu gründen. Nach dem Muster der Musikschulen sollten die Volkshochschulen gleich-

sam eine Sektion der Arbeitsgemeinschaft „Oberösterreichisches Volkshochschulwerk“ bilden.<sup>55</sup> Diese Koordinations- und Beratungsstelle sollte die Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkshochschulen verbessern sowie die Interessen und Anliegen ihrer Mitglieder vertreten. Ziel des Verbandes sollte die Kooperation und Koordination, die Vertretung der oberösterreichischen Volkshochschulen im Gremium des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, die Zusammenarbeit mit Volkshochschulverbänden anderer Länder, der Kontakt zur Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung in Oberösterreich sowie die Verteilung von Subventionen und Projektförderungen an die einzelnen Volkshochschulen sein.<sup>56</sup> Mit Schreiben vom 19. Oktober 1953 meldeten die Proponenten der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich die Bildung des Vereins „Verband der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk“ mit dem Sitz in Linz. Nachdem mit Bescheid vom 27. Oktober 1953 die Bildung des Vereins nicht untersagt worden war, konnte am 28. und 29. November 1953 in Linz die erste Jahreshauptversammlung stattfinden. Gründungsmitglieder des Verbandes waren die kommunalen Volkshochschulen der Städte Linz, Wels und Steyr, die Vereins-Volkshochschule Vöcklabruck, die Vereins-Volkshochschule Salzkammergut, die Grenzland-Volkshochschule Braunau am Inn, die Volkshochschule Perg, das Volkshochschulwerk in Schärding und in Nettingsdorf sowie das Volksbildungswerk Kirchdorf an der Krems. Pflichtmitglied war das Oberösterreichische Volksbildungswerk. Dessen Leiter Aldemar Schiffkorn, der zwischen 1950 und 1966 auch noch dem von



Prof. Dr. Aldemar Schiffkorn, langjähriger Leiter des Instituts für Volksbildung und Heimatpflege.

ihm ins Leben gerufenen Adalbert-Stifter-Institut vorstand, war mit seiner Bestellung zum Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten für Oberösterreich 1955 sowie mit seiner Berufung zum Leiter des Landesinstituts für Volksbildung und Heimatpflege im selben Jahr im Verband zugleich der Vertreter des Landes als auch des Bundes. Schiffkorn war als maßgeblicher Gründungsfunktionär, Vizepräsident und Geschäftsführer des Rings Österreichischer Bildungswerke sowie Präsident des Öster-



Dr. Herbert Grau, Direktor der Volkshochschule Linz, erster Vorsitzender des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen, ca. 1960.

reichischen und Oberösterreichischen Volksbildungswerks zudem der Repräsentant und Verbindungsmann zur christlich-konservativ geprägten Erwachsenenbildung.<sup>57</sup>

Erster Verbandsvorsitzender wurde Herbert Grau, Direktor der Volkshochschule Linz, der diese Funktion bis zu seinem Tod im September 1973 ausübte. Als sein Stellvertreter wurde Oberst a. D. Rudolf Eibl von der Volkshochschule Wels ge-

wählt. Langjähriger Schriftführer und späterer Kassier und Beirat wurde der Volksschullehrer Walter Haminger, seit 1955 Leiter der 1953 gegründeten Volkshochschule der Arbeiterkammer in Lenzing und Vertreter der PflichtschullehrerInnen im Verband. Kassierin war Amalie Moser von der Volkshochschule Steyr. Die Kontrolle oblag Aldemar Schiffkorn und dem Mittelschullehrer Alfred Hauska, Gründer und langjähriger Leiter der Vereins-Volkshochschule Vöcklabruck. Zum Geschäftsführer des Verbandes wählte man den Gründer des Volksbildungswerks Nettingsdorf, Verwaltungsoberkommissär Hans Kainz, Mitarbeiter und Fachbereichsleiter an der Volkshochschule Linz, der zwischen 1956 und 1976 Oberösterreich im Vorstand des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen vertrat. Die Zusammensetzung der Verbandsleitung unterstreicht die damalige Dominanz der kommunalen Volkshochschulen.

Die Statuten des Verbandes der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk lehnten sich eng an die des Verbandes der Österreichischen Volkshochschulen an, mit dem auch eine enge Zusammenarbeit geplant war. Laut Statuten hat der Verein seinen Sitz in Linz und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Oberösterreich. Der Zweck des Verbandes besteht in der gemeinsamen Wahrung und Förderung der Interessen der angeschlossenen oberösterreichischen Volkshochschulen. Die Unabhängigkeit der Mitglieder in der Verwaltung und Programmgestaltung wird dadurch nicht beeinträchtigt. Die Interessen der Mitglieder werden durch die Vertretung der gemeinsamen ideellen und materiellen Interessen bei Behörden und Körperschaften gefördert, ebenso wie durch die Auf-

bringung finanzieller Mittel, durch den Austausch und die Vermittlung von Erfahrungen zwischen den Mitgliedern, aber auch von Vortragenden, Mitteln und Beihilfen sowie durch die Abhaltung von LeiterInnentagungen sowie Bildungswochen, gemeinsamen Studienreisen und Ferienaufenthalten und die allfällige Herausgabe von erwachsenenbildnerischen Schriften. Mitglieder des Verbandes können laut Statuten nur solche Vereine oder Körperschaften werden, die sich zu den Prinzipien der Demokratie, der Überparteilichkeit, der Überkonfessionalität, der Uneigennützigkeit und der Freiwilligkeit bekennen. Die Organe des Verbandes sind: die Hauptversammlung, die mindestens einmal im Jahr abzuhalten ist, der Vorsitzende, die Rechnungsprüfer, das Schiedsgericht und der Arbeitsausschuss, der aus fünf Mitgliedern zu bestehen hat. Davon sind als Pflichtmitglieder eines vom Oberösterreichischen Volksbildungswerk und ein zweites von der Volkshochschule der Stadt Linz zu entsenden, womit deren Sonderrolle deutlich hervorgestrichen wurde. Der Arbeitsausschuss führt die Beschlüsse der Hauptversammlung durch und verwaltet die Geschäfte des Verbandes, soweit sie nicht der Hauptversammlung vorbehalten sind. Der Arbeitsausschuss tritt mindestens zweimal jährlich zusammen.<sup>58</sup>

Der nächste organisatorische Schritt war die Schaffung einer engeren Verbindung mit der im Oktober 1953 gegründeten Volkshochschule der Arbeiterkammer und ihren Zweigstellen. Diese wurden aufgefordert, einzeln dem oberösterreichischen Volkshochschulverband beizutreten, was auch alle oberösterreichischen Einrichtungen taten. Zweigstellen der Volkshochschulen der Arbeiter-

kammer wurden nur dort errichtet, wo keine andere Bildungseinrichtung am Ort bestand, wie etwa in Ried im Innkreis,<sup>59</sup> Lenzing, Freistadt, Schwertberg, Grieskirchen, Eferding und Enns, etwas später in Ampflwang, Aschach an der Donau, Attnang-Puchheim, Grünburg, Haag am Hausruck, Kirchdorf an der Krems, Leonding, Molln, Ottensheim, Pregarten, Riedersbach, Rohrbach, Rosenau, Steyrling, Traun und Timelkam. Das Kursprogramm enthielt allgemeinbildende Lehrveranstaltungen, praktische Disziplinen, Vortragsreihen und Einzelvorträge. In den vorhandenen Bildungseinrichtungen in Braunau am Inn, Gmunden samt Zweigstellen, Lambach, Nettingsdorf, Perg, Schärding am Inn, Steyr, Vöcklabruck und Wels wurden Stiftungskurse der Arbeiterkammer veranstaltet.<sup>60</sup> Die weitgehende Bereitschaft der Arbeiterkammer Oberösterreich zur Zusammenarbeit mündete schließlich im November 1963 in deren Beitritt zum Verband.

Die Schwierigkeiten, die der Tätigkeit des Verbands in seiner Anfangszeit erwachsen, lagen in der Verschiedenheit der einzelnen Volkshochschulen, in ihrer materiellen und baulichen Ausstattung (bzw. die der Kursräume in Arbeiterkammer-Gebäuden, Schulen, anderen öffentlichen Gebäuden und zuweilen sogar noch in Hinterzimmern von Gasthäusern), in der beruflichen Verhinderung der VolkshochschulleiterInnen, von denen viele LehrerInnen waren, in der Rekrutierung und Weiterbildung geeigneten Lehr- und Vortragspersonals sowie in der räumlichen Distanz und den Problemen ihrer Überwindung begründet. In der konkreten Tagesarbeit stellte sich der Verband für die nächsten Jahre drei Hauptaufgaben: Erstens die

Stärkung der einzelnen Volkshochschulen vor Ort, zweitens die Stärkung des Erwachsenenbildungswesens in Oberösterreich und drittens die Stärkung der Stellung des oberösterreichischen Volkshochschulwesens innerhalb des gesamtösterreichischen Verbands.

Der Zusammenschluss der oberösterreichischen Volkshochschulen zu einem Verband brachte freilich nicht nur die Vorteile des gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausches. Das gemeinsame Auftreten nach außen auf dem Feld der Interessenpolitik brachte auch auf finanziellem Gebiet Vorteile: Die Subventionen für die Volkshochschulen wurden sowohl von Seiten des Landes Oberösterreich als auch vom Bundesministerium für Unterricht zunehmend erhöht. Auf der Verbandssitzung am 17. und 18. November 1956 in Nettingsdorf kam es zur Festlegung des Verteilungsschlüssels der Subventionen an die einzelnen Volkshochschulen: Jede Volkshochschule erhielt eine Grundsubvention von jährlich 3.000 Schilling, die vor allem zur Deckung der laufenden Kosten für Leitung und Geschäftsführung zu verwenden war. Für die Verbandsgeschäfte standen 10 Prozent der Gesamtsubvention zur Verfügung. Die übrigen Gelder wurden je nach Leistung auf die Volkshochschulen verteilt, also gemäß der Anzahl der Kurse und Einzelveranstaltungen. Die Volkshochschule der Arbeiterkammer beanspruchte eine Subvention nur für jene Kurse, welche nicht von der Arbeiterkammer subventioniert wurden. Die einzelnen Volkshochschulen bemühten sich darüber hinaus um eine materielle Förderung durch die jeweilige Ortsgemeinde.<sup>61</sup>

In pädagogischer Hinsicht wurde es die Aufgabe

des Verbands, die Qualität von Volkshochschuleinrichtung und -personal zu verbessern, die Arbeit vor Ort zu intensivieren und den Vortragsdienst auszubauen. Von besonderer Dringlichkeit war die Rekrutierung, Aus- und Weiterbildung von MitarbeiterInnen, Vortragenden und KursleiterInnen. Sehr früh wurden bereits gute Kontakte zum baye-rischen Landesverband, insbesondere zur Volkshochschule Passau, gepflegt.<sup>62</sup>

Ein Problem vieler Volkshochschulen stellte die

Vereinbarkeit des Hauptberufs mit der nebenberuflichen Volkshochschulleitung dar. Der Volkshochschulverband bemühte sich um eine bessere und flächendeckende infrastrukturelle Ausstattung der Volkshochschulen mit „Bildwerfern“, Magnetophonen, Schreibmaschinen u.a.m. Weitere Tätigkeiten des Verbands umfassten gemeinsame Werbeaktionen, die Einrichtung eines Informationsdienstes (via Rundbrief), die Ausarbeitung von Plänen zu einem zentralen Vortragsdienst und zur Einset-



Die Volkshochschule im Haus der Arbeiterkammer in Linz, 1960.

zung von WanderlehrerInnen.<sup>63</sup>

Nach schwieriger Anfangszeit entwickelte sich die Volkshochschule in Linz rasch zur größten des Landes. Durch pädagogische und organisatorische Innovationen gewann sie eine Ausstrahlkraft auf das ganze Land (und weit darüber hinaus) und wurde so zum Motor der Erwachsenenbildungsarbeit in Oberösterreich.<sup>64</sup> Zentraler Grund für den Aufschwung dieser „große(n) Drehscheibe der Bildung und Freizeitgestaltung von Linz“, wie sie ihr langjähriger Direktor Herbert Grau einmal bezeichnet hatte,<sup>65</sup> stellte die Form ihrer Trägerschaft sowohl durch die Stadt Linz als auch durch die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich dar. Dies verschaffte der Bildungsarbeit nicht nur eine fixe Eingliederung und Akzeptanz in der Öffentlichkeit, sondern auch eine finanzielle

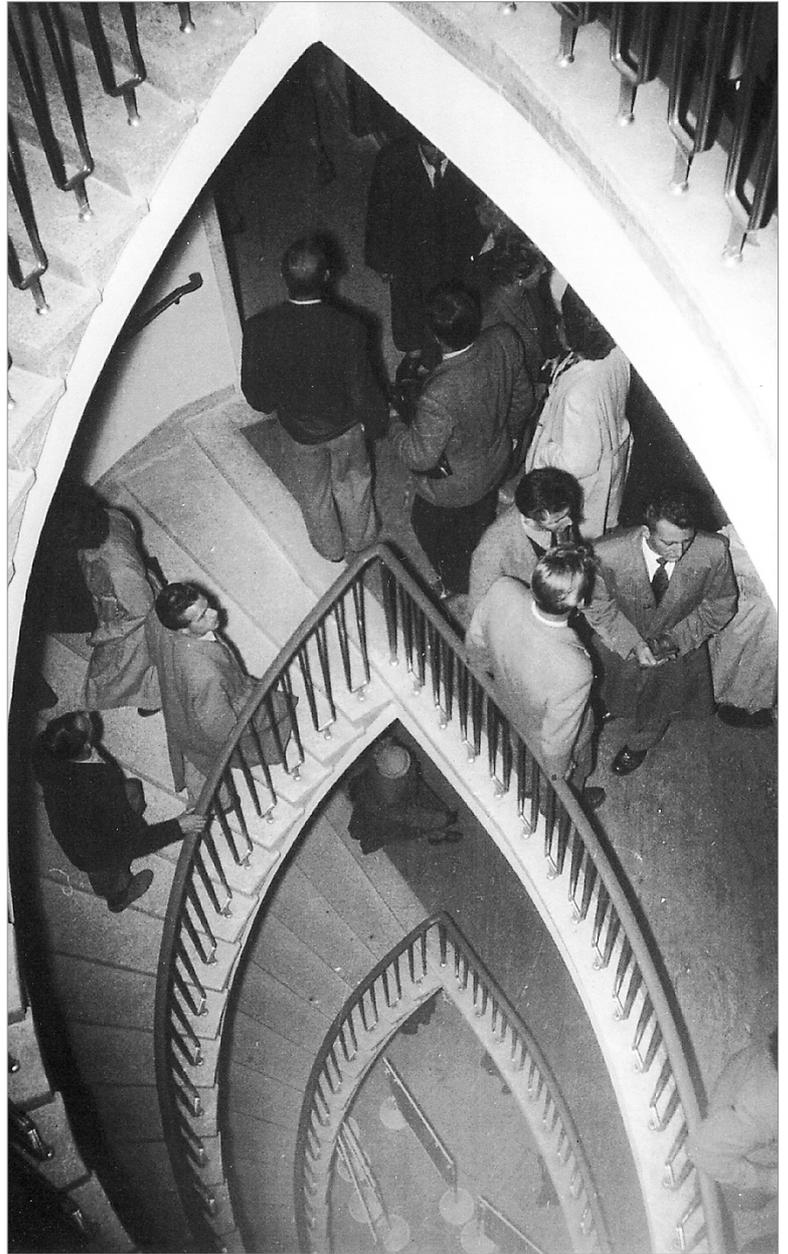
und institutionelle Absicherung. Die Errichtung eines eigenen Hauses für die Erwachsenenbildung vermittelte auch baulich die Eigenständigkeit, Akzeptanz und das Prestige dieser Bildungseinrichtung: 1952 wurde mit dem Bau eines Hauses für die Volkshochschule Linz als Erweiterungsbau des Amtsgebäudes der Arbeiterkammer begonnen. 1954 konnte das neue Haus bezogen werden. Gleichzeitig änderte sich die Bezeichnung von „Volkshochschule der Stadt Linz“ auf „Volkshochschule Linz der Stadtgemeinde und der Arbeiterkammer“. Auf Grund des großen Publikumansturms platzte das Haus jedoch schon bald aus allen Nähten, so dass verschiedene Kursangebote auf umliegende Schulen verteilt werden mussten. Aus dieser Not machte man die Tugend der Dezentralisierung, hinaus zu den großen Wohngebieten von



Volkshochschul-Vortrag in Linz, 1954.

Linz. In den verschiedenen Stadtteilen und Randgebieten wurden Zweigstellen errichtet: so in Urfahr, der Neuen Heimat, auf dem Spallerhof, in Ebelsberg, in Untergaumberg, am Bindermichl, in Kleinmünchen und in Auhof. Für viele KursteilnehmerInnen bedeutete dies eine Entlastung von einem mitunter längeren Anfahrtsweg in das Zentrum. Erst 1974 konnte ein neues, größeres und verkehrstechnisch gut gelegenes Haus für die Volkshochschule Linz in der Coulin-Strasse Nr. 18 eröffnet werden.

Ein neues, für Österreich damals einmaliges System von hauptberuflich tätigen, pädagogischen MitarbeiterInnen und FachreferentInnen an der Volkshochschule Linz förderte die Professionalisierung und Verstetigung in der Erwachsenenbildung und fand in vielen anderen Volkshochschulen seine Nachahmung. Den unterschiedlichen Fachbereichen wurden dabei hauptberufliche pädagogische FachreferentInnen zugeteilt. Neben ihren Fachaufgaben hatten die pädagogischen MitarbeiterInnen auch die Gestaltung des Programms und die Ausbildung von ReferentInnen zu betreuen. In der Organisation entstand damit eine deutliche Trennung von Verwaltung und Pädagogik.<sup>66</sup> Ein weiterer Schwerpunkt war die gezielte Aus- und Weiterbildung der ErwachsenenbildnerInnen: Die Volkshochschule Linz führte im Rahmen der Sommerwochen 1950/51 erstmals in der österreichischen Erwachsenenbildung Ausbildungskurse für LehrerInnen der Volkshochschulen durch.<sup>67</sup> Mittels verbesserter MitarbeiterInnenausbildung wurde versucht, neue Zielgruppen anzusprechen: ArbeiterInnen, Jugendliche, ältere Menschen und Familien. In Linz war der Anteil der ArbeiterInnen



Stiegenaufgang in der Volkshochschule Linz, 1954.

an der GesamtbesucherInnenzahl im Vergleich zu den anderen Volkshochschulen Österreichs am größten und stieg von 5 Prozent im Jahr 1947/48 auf 22 Prozent 1950/51.<sup>68</sup> Die Volkshochschule Linz wurde auch gebeten, für Betriebe und Unternehmen Einzelkurse und Kursgruppen durchzuführen. Eine Reihe von Kursen lief etwa an der Linzer Gendarmerieschule. Auf Bemühen der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke (VÖEST) hin erwuchs eine eigene Zweigstelle der Volkshochschule inmitten des Hauptwohngebiets der VÖEST-ArbeiterInnen. Aber auch die Haushaltshelferinnenschule der Linzer Caritas ließ von der Volkshochschule bestimmte Kurse ihres Lehrgangs durchführen.<sup>69</sup> Trotz des nicht erfolglosen Kampfes der Erwachsenenbildung zur Gewinnung der ArbeiterInnen lag

1953 der Anteil der KursteilnehmerInnen mit mittlerer oder akademischer Bildung bei 42 Prozent. Das Konzept der Volkshochschule als nachholende Instanz griff offensichtlich nur bedingt und hatte auf Grund der signifikant höheren BesucherInnenfrequenz bei BeamtenInnen und Angestellten einen deutlichen „Mittelstandsbauch“. Bildungsferne Schichten aus der Arbeiterklasse oder dem Bauernstand konnten letztlich nur schwer zum Gang in die Volkshochschule bewogen werden.<sup>70</sup> Die Volkshochschule Linz war nicht nur eine junge Einrichtung, sie war auch eine Einrichtung für die Jungen: Die TeilnehmerInnenquote der unter 30-jährigen lag in den Kursjahren 1947/48 bis 1950/51 bei ca. 60 bis 63 Prozent. Man führte eine Reihe von Jugendkursen für Sprache, Zeichnen und Keramik ein und regte die Einrichtung eines

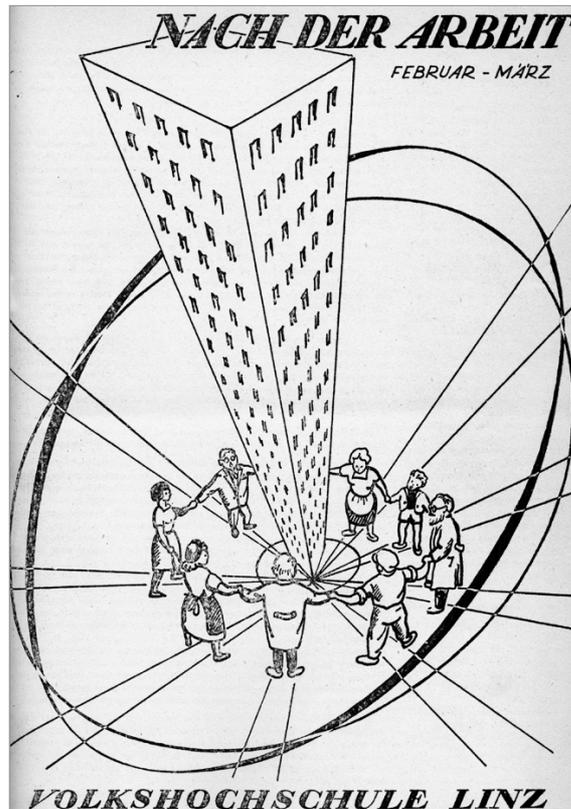


Hörerziehung von Jugendlichen in der Diesterwegschule, Prof. Robert Schollum, 1957.

eigenen Jugendreferats an. Neben der Beachtung der Jungen war auch die Einführung von Bildungsinitiativen für ältere Menschen ein wichtiger Schwerpunkt, um zu einer konkreten Form der Lebenshilfe im Alter beizutragen.

Herbert Grau machte sich in den 1950er Jahren an der Volkshochschule Linz intensiv für die Etablierung der angelsächsischen Form des Clubs in der Erwachsenenbildung stark. In kontinuierlichen Zusammenkünften von Gleichgesinnten sollten die KlubteilnehmerInnen selbst ihre Gesprächsthemen bestimmen und sich lediglich an die Kursziele der Volkshochschule anlehnen. Ende der 1950er Jahre etablierten sich an der Linzer Volkshochschule verschiedenste Freizeit-, Wissenschafts-, Diskussions-, Frauen-, Jugend- und Senioren-Klubs. Neben Diskussionen zu verschiedensten Themen führten die Klubs Exkursionen und Betriebsbesichtigungen, Theater- und Konzertbesuche durch.

Die Außenwirkung der Volkshochschule Linz blieb aber nicht nur auf die Stadt bzw. das Land Oberösterreich beschränkt. Man pflegte von Anfang an intensive Kontakte zu Erwachsenenbildungseinrichtungen und Kulturvertretungen des Auslands: So etwa seit 1947 zum British Council, seit 1959 zum Institut Français, seit 1960 zur sowjetischen Botschaft und zum Istituto Italiano. Bedeutender Initiator und Förderer des Internationalismus in der Volkshochschularbeit war Herbert Grau. Schon 1948 wurden über seine Kontaktvermittlung Austauschreisen nach und von Großbritannien durchgeführt, um die jeweiligen Erwachsenenbildungseinrichtungen zu besuchen und ihre Tätigkeitsfelder kennen zu lernen. Vortragende aus verschiedenen Ländern kamen nach Österreich, um an der



Titelblatt der Linzer Volkshochschul-Zeitung „Nach der Arbeit“, Ausgabe Feb./März 1955.

Volkshochschule Linz zu sprechen. Es wurden Sommerwochen in Obertraun oder Weyregg am Attersee mit internationaler Beteiligung organisiert sowie Ausstellungen und Vorträge über fremde Kulturen und Länder an der Volkshochschule Linz abgehalten.

Einer Anregung der Volkshochschule Kassel folgend, veranstaltete die Volkshochschule Linz erstmals im Herbst 1957 eine „Internationale Woche“, die Frankreich gewidmet war. In der zweiten

„Internationalen Woche“ 1958 standen die skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden im Mittelpunkt. Neben Theateraufführungen, Kinoveranstaltungen und Buchausstellungen stellte die Volkshochschule Linz ein eigenes Programm an Vorträgen, Kulturfilmen, literarisch-musikalischen Veranstaltungen und eigenen Ausstellungen über Land, Leute und Volkshochschularbeit des Themenlandes zusammen, das die Linzer Bevölkerung über viele Jahre hinweg zu einem vielfältigen Kennenlernen verschiedenster europäischer Länder motivierte.<sup>71</sup>

Zwischen 19. und 24. August 1950 trafen sich auf Anregung von Herbert Grau im Rahmen der Sommerwochen der Volkshochschule Linz die LeiterInnen von Volkshochschulen aus ganz Österreich in Weyregg am Attersee. Das Ergebnis dieser Tagung brachte nicht nur die Initialzündung zur Vorbereitung der Gründung des Verbands Österreichischer Volkshochschulen,<sup>72</sup> sondern auch die Knüpfung engerer Kontakte zur UNESCO durch anwesende internationale Vertreter der Erwachsenenbildung.

Im Sommer 1951 fand dann in Mondsee ein von der Volkshochschule Linz mitorganisiertes internationales Seminar der UNESCO über Methoden und Techniken in der Erwachsenenbildung statt. Dies war der Start für eine langjährige Kooperationsfähigkeit. In den nächsten Jahren wurde die Volkshochschule Linz immer wieder zur Mitorganisation und Leitung von internationalen Zusammenkünften im Rahmen der UNESCO berufen.<sup>73</sup>

In diesem von internationaler Zusammenarbeit geprägten Klima gedieh seit dem Ende der 1950er

Jahre auch der Europagedanke: Anlässlich eines in Strobl am Wolfgangsee stattfindenden Europaseminars wurde festgehalten, dass sich die Erwachsenenbildung neben zeitgeschichtlichen Fragen insbesondere mit der europäischen Einigung zu befassen habe. Dabei sollten die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt und geholfen werden, Vorurteile abzubauen. Mit dem Kulturphilosophen Friedrich Heer kritisierte man, dass die „Kulturgemeinschaft Europa“ vor allem als Konsumgemeinschaft verstanden werde und die Bildung dabei zu kurz komme.<sup>74</sup>

Zweifellos waren es neben den geistig-ideellen Gründen auch die technischen Möglichkeiten, die einen stärkeren Austausch und ein „Zusammenrücken“ von Menschen und Ideen sowohl in Österreich als auch darüber hinaus förderten. Die 1950er Jahre waren von der flächendeckenden Verbreitung des Rundfunks in breiteste Schichten der Bevölkerung geprägt. Daher wurde versucht, das Radio in die erwachsenenbildnerische Arbeit mit einzubeziehen. Der Sender Linz des Österreichischen Rundfunks zeichnete in den Räumen der Volkshochschule zahlreiche Diskussionen und Vortragsreihen auf und sendete diese im oberösterreichischen Regionalprogramm.<sup>75</sup> Zunehmend etablierte sich der Rundfunk auch als massenwirksames Werbemedium: Im Radio wurden Kursbeginne und die jeweiligen Vorträge an der Volkshochschule kostenlos verlautbart. Die Ausweitung der Zahl der Volkshochschulen und ihrer angebotenen Kurse und Veranstaltungen sowie die verstärkte öffentliche Präsenz und Werbung schlugen sich auch in der gestiegenen BesucherInnenzahl nieder: 1954 zählte man oberösterreichweit 801 abgehaltene

Kurse mit 17.521 Kursteilnahmen sowie 651 Einzelveranstaltungen mit 62.513 Teilnahmen. Doch wurde bereits Mitte der 1950er Jahre der „Wahn der Zahl“ an Kurs- und VortragsteilnehmerInnen als „Hauptseuche Nr. 1 der Volkshochschulen!“ beklagt: „Wir leben in einer Zeit, in der die Quantität die Qualität unterdrückt. Auch wir betonen in der Theorie die Qualität unserer Arbeit, die Tiefe unserer Bildungsarbeit, aber in der Praxis drückt schwer der Zeitgeist auf uns. Man verlangt von uns Statistiken, die von Massenbesuchen strotzen. – Sonst bekommen wir kein Geld! Sonst kommen keine Besucher, denn auch sie wollen sich lieber einem Massenstrom anschließen. Wir müssen imponieren – und damit ist schon ein Krankheitskeim in unsere Knochen eingedrungen. Wenn wir aber nicht imponieren können – und vielleicht auch wollen, dann beginnen auch unsere Geldquellen spärlicher zu fließen. Daher sind wir gezwungen, selber Geld zu verdienen. Wir werden aus Erziehern Geschäftsleute, die ihre Ware an ein möglichst großes Publikum absetzen wollen. Die angestrebte Höhe der Eintrittsgelder, das notwendige Drücken der Honorare trüben die Reinheit unseres Wollens.“<sup>76</sup>

## 7. Zwischen alten Idealen und neuen Herausforderungen: Entwicklungstendenzen in den 1960er Jahren

Im Gegensatz zur Politik der 1950er Jahre, welche die zentrale Bedeutung des Faktors Bildung für Gesellschaft und Wirtschaft nicht wirklich erkannt hatte, standen die 1960er Jahre bildungspolitisch

unter der Maxime der „Mobilisierung des geistigen Kapitals“. Das gesellschaftliche Modernisierungsprojekt „Bildungsexpansion“ sollte mehr MaturantInnen, damit mehr StudentInnen, mehr AbsolventInnen in wirtschaftlichen und naturwissenschaftlich-technischen Fächern und in der weiteren Folge mehr ManagerInnen, TechnikerInnen und IngenieurInnen produzieren. Anfang der 1960er Jahre begann man mit dem flächendeckenden Aufbau der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS): Jeder Bezirk sollte seine Höhere Schule bekommen. Diese „Aufbruchsstimmung“ der „Bildungsexpansion“ schwappte auch auf die Erwachsenenbildung über:

Im Jahr 1960 wurden im Rahmen der dem oberösterreichischen Volkshochschulverband angehörigen zwanzig Volkshochschulen, von denen zwölf durch die Arbeiterkammer, vier durch eine Stadtgemeinde, zwei durch freie Arbeitsgemeinschaften und zwei durch Vereine geführt wurden, insgesamt 1.750 Kurse mit 32.447 Teilnahmen durchgeführt. Zwei Drittel der TeilnehmerInnen waren weiblich und ein Drittel männlich. Bei der Aufgliederung auf Berufsgruppen führten die Angestellten und BeamtInnen mit über 13.000 Kursteilnahmen, gefolgt von rund 6.000 SchülernInnen und StudentInnen, 5.000 Hausfrauen, vor über 4.000 ArbeiterInnen sowie 2.300 Lehrlingen. An Einzelveranstaltungen wurden 1.112 mit insgesamt 182.353 Teilnahmen durchgeführt.<sup>77</sup>

Verbandsvorsitzender Herbert Grau formulierte die Aufgaben und Ziele der Volkshochschulen in den 1960er Jahren: Neben den traditionellen Kennzeichen der Offenheit, der weltanschaulichen Ungebundenheit, der Freiwilligkeit in der Teilnah-

me, der Lehr- und Lernfreiheit, der Toleranz und Vielfalt sowie den Idealen der Freiheit und der Demokratie soll die Volkshochschule der Zeit ein gemeinsames Dach für verschiedenste Formen der Erwachsenenbildung sein, in welchen Lebensnähe und Gegenwartsbezug ebenso wie die Planmäßigkeit in der Bildungsarbeit ihren Platz haben sollen: Von der bloßen Darbietung zur Arbeitsgemeinschaft, vom einsemestrigen zum mehrsemestrigen Kurs führe die Entwicklung zu einem aufbauenden System der Erwachsenenbildungsarbeit, deren Ziele die Erweiterung des geistigen Horizonts, die Erziehung zur geistigen Wendigkeit sowie die Pflege der Begegnung von Menschen verschiedenster Ansichten sind. Der zweite Bildungsweg, wie in der Arbeitermittelschule gepflegt, wäre nicht die Angelegenheit einer Volkshochschule. Kurse, die auf Prüfungen vorbereiten, sollen nur dann durchgeführt werden, wenn keine andere Einrichtung am Ort vorhanden ist. Denn Berufsausbildung wäre nicht die Sache der Volkshochschule, eine Berufweiterbildung sei aber in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen möglich. Bescheinigungen werden ausgestellt, Zeugnisse widersprechen aber der Stellung einer Volkshochschule.<sup>78</sup> Grau verwies insbesondere darauf, dass sich durch das Ausstellen von Zeugnissen das Wesen der oberösterreichischen Volkshochschulen wesentlich ändern würde. Die Ausstellung von Zeugnissen wurde daher vom oberösterreichischen Volkshochschulverband abgelehnt. Schließlich gebe es eine Reihe von Möglichkeiten zur Ablegung von Externistenprüfungen, auf die die Volkshochschulen vorbereiten könnten.<sup>79</sup> Die breite und nur schwer aufzulösende Reser-

viertheit gegen die Ausstellung von Zeugnissen speiste sich vor allem aus den historischen Traditionen der Erwachsenenbildung, wo stets die allgemeine, humanistische Menschen- und Geistesbildung einen zentralen und höheren Stellenwert hatte als eine konkrete, verwertungsorientierte Berufsaus- und -weiterbildung.

Doch die gesellschaftlichen Anforderungen an die Erwachsenen- und Weiterbildungslandschaft änderten sich ab den 1960er Jahren rapid. Neue Anbieter beruflicher Erwachsenenbildung traten verstärkt auf. Dazu zählten in erster Linie das Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI) und das Berufsförderungsinstitut (bfi).

Bei der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft in Österreich sowie bei den neun Länderkammern wurde je ein Wirtschaftsförderungsinstitut etabliert, welches sich die berufliche Erwachsenenbildung sowie die Wirtschaftsberatung und Exportförderung zur Aufgabe stellte. Ihre historischen Wurzeln gehen in die Zeit der Monarchie zurück, in der die Förderung des Kleingewerbes im Mittelpunkt stand. Mit der gesetzlichen Neuordnung der Wirtschaftsförderung durch das Handelskammergesetz 1946 sind die WIFIs in organisatorischen und rechtlichen Belangen Abteilungen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft geworden. Der Aufgabenbereich der WIFIs umfasst neben der beruflichen Schulung im Bildungswesen die allgemeine und technische Wirtschaftsförderung, Werbung, die Veranstaltung von Messen sowie die kulturelle und künstlerische Wirtschaftsförderung. Im Bereich der Weiterbildung wird der Schwerpunkt auf berufsbezogene Persönlichkeitsbildung, Management- und Führungskräfte- und Führungstraining, aber auch

auf Bildungsarbeit im Bereich der Fachschulen, der Hochschulen und der Fernlehre gelegt. Schwerpunkt ist also fast ausschließlich die berufliche Erwachsenenbildung: Einerseits im Sinne der Umschulung und Anpassung an die veränderten beruflichen Situationen, andererseits im Sinne der Fort- und Weiterbildung, um der oberösterreichischen Wirtschaft geeignete und qualifizierte Arbeitskräfte bereitzustellen. In Lehrgängen, die von Management über Informatik und Technik bis zu Tourismus reichen, ist es möglich, einen entsprechenden Abschluss zu erwerben.<sup>80</sup>

Im Jahr 1960 wurde die Landesstelle des Berufsförderungsinstituts in Oberösterreich (bfi) als Verein gegründet. Das bfi richtet sich ebenso wie das WIFI nach den Bedürfnissen der Wirtschaft aus, stellt aber mit seinen Trägern die andere Seite der Sozialpartner, die der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbunds, dar. Ziel des bfi ist die Verbesserung der individuellen beruflichen Chancen von ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt durch berufliche Weiterbildung. Seine Haupttätigkeit liegt in den Bereichen der Um- und Nachschulung sowie der beruflichen Weiterbildung gemäß den geänderten Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt bzw. des Zweiten Bildungswegs. Mittels geschützter Werkstätten und Lehrgängen für behinderte Erwachsene soll auch geistig oder körperlich benachteiligten ArbeitnehmerInnen eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Neben Fachakademien und Abendschulen besteht auf dem kaufmännischen und technischen Sektor eine Vielzahl von berufsbildenden Angeboten, darüber hinaus gibt es Sprachkurse und Angebote im Dienstleistungs- und Sozialbereich. Primäres Ziel

des bfi ist also die berufliche Erwachsenenbildung, wobei die Bildungsmaßnahmen im Bereich der Qualifikationsverbesserung und Qualifikationsanpassung der Vermehrung der individuellen Karrierechancen dienen sollen.<sup>81</sup>

Der oberösterreichische Volkshochschulverband wurde zwar Mitglied des bfi für Oberösterreich, und berufsfördernde Kurse an den Volkshochschulen fanden Aufnahme in das Kursverzeichnis des bfi,<sup>82</sup> dennoch entwickelte sich zwischen diesen beiden Anbietern eine zunehmende Konkurrenz nicht nur im Bereich der konkreten beruflichen Weiterbildung. Denn die Grenzen zwischen allgemeinbildender und berufsbildender Erwachsenenbildung waren immer schon schwer zu ziehen: Dienen Sprach-, Computer- oder Persönlichkeitskurse der individuellen Entwicklung oder der beruflichen Höherqualifikation? Diese ohnehin stets verschwommenen Grenzen sollten sich auf Grund der geänderten Anforderungsprofile auf dem Arbeitsmarkt (Stich- bzw. Schlagworte wie „soziale oder kommunikative Kompetenz“) zunehmend aufheben.

Bereits 1947 wurde in Linz ein Abkommen geschlossen, das Klarheit in der diesbezüglichen Arbeitsteilung schaffen sollte: „Die Volkshochschule soll auf außerschulischer Ebene die allgemeinen Grundlagen für eine gute Berufsausbildung bieten (Sprachen, Schreiben, Rechnen, allgemein technisches Zeichnen u.s.w.), die an Allgemeinbildung grenzenden Gebiete pflegen (Kurzschrift, Maschineschreiben, Computerkurse, Buchführung, Steuerkunde) und zur besseren Orientierung in Gesellschaft und Wirtschaft beitragen.“<sup>83</sup> Die Arbeiterkammer hingegen soll die Umschulung, die

Weiterbildung der Lehrlinge und ArbeiterInnen sowie die Vorbereitung für Umschichtungen auf Grund technischer Gegebenheiten fördern. Bis 1952 führte die Volkshochschule Linz die Lehrlingskurse für die Arbeiterkammer durch (Berufskurse für Metall, Bau, Holz und Textilgewerbe), die anschließend von der neu gegründeten Volkshochschule der Arbeiterkammer übernommen wurden. Das im Gewerkschaftsbereich entstandene bfi sollte als eigene Bildungseinrichtung für die berufliche Weiterbildung, Ein-, Um- und Nachschulung der ArbeiterInnen und Angestellten dienen, das WIFI sollte für die Vorbereitung auf Meister- und Spezialprüfungen und für die fachliche Weiterbildung der UnternehmerInnen Sorge tragen. Die geplante eindeutige Arbeitsteilung unter den verschiedenen Anbietern wurde im Laufe der Zeit immer mehr gelockert. Auch die Volkshochschulen übernahmen, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, zunehmend Aufgaben in jenen berufsbildenden und berufsfördernden Bereichen, wo sie auf keine Konkurrenz zu den „reinen“ beruflichen Erwachsenenbildungsinstitutionen trafen. Auch das Verhältnis zur Arbeiterkammer musste Anfang der 1960er Jahre neu geregelt werden. 1963 wurde der Antrag auf Beitritt der Arbeiterkammer zum oberösterreichischen Volkshochschulverband gestellt, wofür vor allem finanzielle und rechtliche Angelegenheiten ausschlaggebend waren. Die Volkshochschulen der Arbeiterkammer<sup>84</sup> waren, auch wenn sie die Bedingungen erfüllten, sozusagen illegal Mitglieder des Verbands, da sie keine selbstständigen Rechtsträger waren. Denn nur die Arbeiterkammer selbst ist Rechtsträger ihrer Volkshochschulen. Daher sollte die Arbeiter-

kammer in den Verband aufgenommen werden, und zwar in der Form, dass alle Volkshochschulen der Arbeiterkammer, soweit sie den Anforderungen des Verbands entsprechen, mit Sitz und Stimme im Verband vertreten sind. Dem von der Arbeiterkammer an den Verband gerichteten Ansuchen um Aufnahme wurde einhellig zugestimmt und der Arbeiterkammer eine Pflichtmitgliedschaft im Arbeitsausschuss des Verbands gewährt. Darüber hinaus ist die Arbeiterkammer im Verband durch alle ihre Volkshochschulen stimmberechtigt vertreten. Die Arbeiterkammer garantierte, dass ihre Volkshochschulen frei in der Programmgestaltung, in der Wahl der LehrerInnen und des Lehrguts sind, und dass eine eigene Abrechnung erfolgt. Offen blieb die Frage, ob dort, wo eine städtische Volkshochschule besteht, noch eine Arbeiterkammer-Volkshochschule in den Verband aufgenommen werden könne. Denn laut Statuten kann nur eine Volkshochschule in einem Ort aufgenommen werden. Zudem war bereits 1953 von der Arbeiterkammer der Beschluss gefasst worden, keine der bereits bestehenden örtlichen Bildungseinrichtungen zu stören, sondern diese zu subventionieren.<sup>85</sup> 1964 wurde daher ein Ansuchen der Volkshochschule der Arbeiterkammer Vöcklabruck um Aufnahme in den Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen einstimmig abgelehnt, da dies mit den Statuten unvereinbar war.<sup>86</sup> Durch die Aufnahme der Arbeiterkammer für Oberösterreich als drittes Pflichtmitglied wurde eine Änderung der Satzungen erforderlich, wonach der neue Arbeitsausschuss aus sieben Mitgliedern bestand, von denen vier gewählt und drei Pflichtmitglieder waren: Die vier Gewählten waren Ru-

dolf Eibl (Leiter der Volkshochschule Wels), Gymnasial-Direktor Rudolf Grusch aus Bad Ischl (Leiter der Volkshochschule Salzkammergut), Karl Berger (Leiter der Volkshochschule Braunau am Inn) und Volksschuldirektor Walter Haminger (Leiter der Volkshochschule Lenzing). Die drei Pflichtmitglieder waren Aldemar Schiffkorn (Bund/Land), Herbert Grau (Leiter der Volkshochschule Linz) und Ivo Richter (Leiter der Abteilung Bildung der Arbeiterkammer für Oberösterreich).<sup>87</sup>

„Im Kursprogramm verrät sich der Charakter einer Volkshochschule. Dieser Charakter ist einerseits durch die örtlichen Arbeitsbedingungen und durch die Vorstellungen des Leiters bestimmt, andererseits aber durch die allgemeingültigen Vorstellungen vom Wesen einer Volkshochschule überhaupt. Die grundsätzlichen Wesenszüge müssen die individuellen Eigenheiten überschichten. (...) Eine Volkshochschule ist kein bloßer Veranstaltungsbetrieb (nach dem Muster einer Konzertdirektion), kein Kulturamt, keine überlokale Vermittlungsstelle, kein Werkzeug einer abgeschlossenen Gruppe oder einseitiger Interessen, kein Steckenpferd eines Einzelnen. (...) Die Volkshochschule ist eine Bildungseinrichtung: Sie führt die Menschen in ihrem Verständnis ihrer selbst, ihrer Mitmenschen und der Umwelt über den jeweiligen Stand hinaus. Sie vereint verschiedene Menschen mit verschiedenen Interessen und verschiedenen Stufen der Vorbildung unter einem Dach. Trotz der Vielfalt ihrer Veranstaltungen ist sie doch von einem durchgehenden Konzept bestimmt. Den Kern jeder Volkshochschule bildet eine Mehrheit verschiedener Kurse (Gruppen), die durch längere Zeit systematisch die Erreichung eines bestimmten Bil-

dungszieles anstreben; die Kurse haben eine feste Teilnehmerschaft, weshalb eine Volkshochschule nur eine Einrichtung an einem Ort sein kann. (...) Grundlage für jede Programmplanung sind die realen Möglichkeiten am Ort. Sie müssen dem Leiter einer Volkshochschule bekannt sein: die verfügbaren Geldmittel, Lehrer, Räume, Geräte, außerdem Kreis und Zahl der möglichen Teilnehmer. Dabei kann auch an die Nachbarorte gedacht werden, doch ist der Kreis, der noch zu Fuß die Veranstaltungen erreichen kann, die gesündeste Planungsgrundlage. Zusätzliche Teilnehmer sind als erfreulicher Gewinn zu betrachten. Als erstrebenswerter Prozentsatz der Gesamteinwohnerzahl sind etwa 5 Prozent anzusehen.“<sup>88</sup>

Ausgehend von diesen allgemein-theoretischen Überlegungen Herbert Graus zu den Aufgaben und Möglichkeiten der Volkshochschule soll kurz und exemplarisch auf die sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen einiger Volkshochschulen des Landes in den 1960er Jahren eingegangen werden: Der inhaltliche Veranstaltungsbogen spannte sich, abgesehen von den obligaten Sprach-, Frauen-, Freizeitkursen, bzw. wissenschaftlichen, musischen, künstlerischen und sportlichen Kursangeboten, von der Volks- bis zur Hochkultur: Noch Mitte der 1960er Jahre war die Volkstanzpflege auch der städtischen Volkshochschule in Linz ein wichtiges Anliegen. Mit Hilfe von Volkstanzkursen, Heimatabenden, Vortragsreihen, Wochenendseminaren, Volkstumswochen und Volkstanzfesten versuchte die Volkshochschule den Spagat zwischen enger, konservativer Traditionspflege und Offenheit auch gegenüber internationalen Begegnungen zu schaffen.<sup>89</sup>

Die literarische Hochkultur wurde hingegen auch im kleinstädtischen Bereich gepflegt: Mit Beginn des Sommer-Semesters 1960 wurde an der Volkshochschule Vöcklabruck ein Lesestudio eingerichtet. Der Erfolg war unerwartet groß. Im ersten Semester wurden „Wallensteins Tod“ von Schiller, Gogols „Revisor“ und Molières „Der Geizige“ gelesen. Zur Hebung der sprachlichen Qualitäten wurde außerdem ein sprechtechnisches Training durchgeführt.<sup>90</sup>

Der Jugendkultur nahm man sich besonders auch an der Volkshochschule Lenzing an. Am 17. März 1961 wurde das neue Lenzinger Jugendzentrum durch den Bürgermeister der Obhut der Volkshochschule Lenzing übergeben, wo zuvor bereits der Jugendklub etabliert war. Jugendlichen bis 21 Jahren wurden die Räumlichkeiten zur freien Freizeitgestaltung überlassen. Programme wurden nur über Wunsch und Anregung der Jugendlichen geboten. Das Jugendzentrum wurde zum Treffpunkt für Jugendliche, ungeachtet dessen, ob sie nun einer Jugendorganisation angehörten oder nicht. Der Klubausschuss und der Disziplinarausschuss zur Verwaltung der Räume wurde von den Jugendlichen aus ihren Reihen selbst gewählt, pädagogische Beratung erfolgte durch eine/n MitarbeiterIn der Volkshochschule, die Aufsicht durch eine/n Gemeindebedienstete/n. Das oberste Ziel lag aber in der Vorstellung begründet, dass sich die jungen Menschen gegenseitig erziehen würden. Eine Konkurrenzierung parteipolitischer oder konfessioneller Jugendgruppen war nicht angestrebt, war doch die überwiegende Mehrheit der Jugend gar keiner Organisation angeschlossen.<sup>91</sup> Man nahm sich in Lenzing aber nicht nur der Jugendlichen

sondern mit dem Angebot von Ausgleichskursen auch der berufstätigen Erwachsenen an. Vor allem Handwerkskurse aus dem Bereich der Holz- und Metallverarbeitung wurden von den Männern gut angenommen: „Hier hilft der Hilfsarbeiter dem Akademiker in der praktischen Ausführung und der Akademiker dem Hilfsarbeiter in der Planung. Sie lernen die Handhabung der Werkzeuge, die Behandlung der Materialien und bilden ihren Geschmack. Die Besucher dieser Kurse gehören allen Berufsgruppen an.“ Dieser Ausgleich zur Berufsarbeit solle als Arbeitstherapie einerseits von den Anstrengungen der beruflichen Arbeit ablenken, andererseits dem Werktätigen dadurch auch neue Kraft für ebendiese Arbeit geben.<sup>92</sup>

In der Volkshochschule Steyr wiesen vor allem die Fremdsprachenkurse, die kaufmännischen und die so genannten Frauenfächer (Koch-, Näh- und Haushaltskurse) die größten Teilnahmezahlen auf. Es wurden aber auch zahlreiche Studienfahrten und Werksbesichtigungen (Steyr-Daimler-Puch-Werke und andere oberösterreichische Industriebetriebe) sowie Stadtrundfahrten angeboten. Der Jugend widmete man sich mit der Aktion „Du und die Gemeinschaft“, in deren Rahmen 1962 erstmals austretenden SchülerInnen der Steyrer Pflichtschulen der Aufgabenbereich der Stadtverwaltung näher gebracht werden sollte. Führungen zur Bundespolizei und zum Gericht sollten unter dem Titel „Du und das Recht“ den SchülerInnen Einblick in diese Institutionen verschaffen. Im Rahmen der Altenbetreuung wurden SeniorInnen im Zentralaltenheim mit Lichtbildervorträgen und Filmvorführungen versorgt, auch die Studiobühne der Volkshochschule stellte sich mit Vorführungen

in den Dienst der alten Menschen.<sup>93</sup> 1966 kam es auf Initiative der Volkshochschule Steyr in der Kaserne Steyr zu einem Hauptschullehrgang für Angehörige der Panzerartillerie-Abteilung. Dies war der erste in dieser Form durchgeführte Kurs einer Volkshochschule für Angehörige des Österreichischen Bundesheeres in einer Kaserne. Die Zusammenarbeit erfolgte mit einer örtlichen Hauptschule und gestaltete sich sehr erfolgreich. Jedenfalls bot dies die Chance, jungen Menschen die Nachholung des Pflichtschulabschlusses zu ermöglichen.<sup>94</sup>

Im oberösterreichischen Braunkohlerevier hingegen schien Mitte der 1960er Jahre die Inanspruchnahme des zweiten Bildungswegs der Stagnation nahe. In den ersten Nachkriegsjahren hat eine große Nachfrage nach Weiterbildung bestanden, hatte diese doch bisher auf dem Lande fast völlig gefehlt. Zudem hatten Heimatvertriebene, unter denen die Bereitschaft zur Weiterbildung sehr ausgeprägt war, im Braunkohlerevier Wohnung und Arbeit gesucht. Auch Arbeiter, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus der sowjetischen Besatzungszone ins Braunkohlerevier gekommen waren, zählten zu den Interessenten an der Weiterbildung. Doch viele sogenannte Volksdeutsche wanderten später nach Übersee aus. Die Eingesessenen, im Bergbau Tätigen, legten auf Weiterbildung weniger Wert. Nur eine kleine Zahl von Bergarbeitern, welche den Beruf wechseln wollten, zeigten für eine Weiterbildung Interesse und bildeten den Grundstock der VolkshochschulbesucherInnen. Eine weitere Gruppe von VolkshochschülhörInnen waren junge Männer, die erkannt hatten, dass der Bergbau im oberösterreichischen Braunkohlerevier

keine lange Zukunft mehr haben würde. Diese strebten nach anderen Berufen und diesbezüglichen Qualifikationen. Ein erheblicher Prozentsatz von Bergarbeitern war am zweiten Bildungsweg überhaupt nicht interessiert: „Zum Kohlenschaukeln braucht man keinen Zweiten Bildungsweg“, sagten die Bergleute, da sie ihre Pension auch ohne berufliche Weiterbildung erlangen würden. In Ampflwang blieben daher die meisten Bergarbeiter der Volkshochschule fern. So waren es eher die Pendelarbeiter, die mit Volkshochschulkursen angesprochen werden konnten.<sup>95</sup> Doch auch diese konnten die Volkshochschule Ampflwang nicht retten. 1968 schied die Zweigstelle Ampflwang auf Antrag der Arbeiterkammer nach einstimmigem Beschluss wegen Nichterfüllung der Anforderungen aus dem Volkshochschulverband aus.<sup>96</sup> In der Volkshochschule Salzkammergut entwickelte sich unter ihrem Pionier und Leiter Rudolf Grusch vor allem ein intensives Vortragswesen. Von 1957 bis 1963 ist die Anzahl der Kurse und TeilnehmerInnen im ganzen Salzkammergut von 65 Kursen mit 900 HörerInnen auf rund 160 Kurse mit 2.300 TeilnehmerInnen gestiegen. Während 1957 die Volkshochschule Salzkammergut in der Zentrale in Gmunden, in Ebensee, Bad Ischl, Bad Goisern, Hallstatt und Viechtwang-Scharnstein tätig war, kamen Anfang der 1960er Jahre noch St. Wolfgang und Vorchdorf hinzu. Darüber hinaus wurden noch Einzelkurse in Obertraun, Traunkirchen, Laakirchen und auf dem Gmundnerberg abgehalten. Die Orte mit dem größten Kursbesuch waren Gmunden und Bad Ischl. Eine in Österreich in Bezug auf die Bevölkerungszahl bedeutende Leistung war aber auf dem Gebiet der Einzelvor-



Der Unterwasserforscher Auguste Piccard (Mitte) anlässlich eines Vortrages in Gmunden. Links: Hans Kainz (Verband der Oberösterreichischen Volkshochschulen), rechts: Prof. Dr. Rudolf Grusch (Gmunden).

träge zu verzeichnen: Es lag wohl nicht nur an der schönen Landschaft, dass im Jahr 1962 im ganzen Salzkammergut Vorträge mit insgesamt 7.327 BesucherInnen abgehalten wurden. Die anspruchsvolle und abwechslungsreiche Vortragspalette tat

ihr Übriges und reichte von landes-, naturkundlichen und Weltraum-Vorträgen bis zu Wildgans-Abenden. Als ReferentInnen und Vortragende stellten sich unter anderen Auguste Piccard, Heinrich Harrer, Otto Koenig, Karl Heinrich Waggerl und Robert Jungk ein.<sup>97</sup>

Die Probleme dörflicher Erwachsenenbildung in den 1960er Jahren werden hingegen am Beispiel der Volkshochschule Molln im Steyrtal exemplarisch sichtbar: Gründer „von unten“ und idealistischer „Missionar“ war der örtliche Briefträger Franz Lattner, der bereits 1950 das „Sozialistische Bildungswerk Molln“ initiiert hatte. Erste erwachsenenbildnerische Aktivitäten betrafen die Brauchtums- und Heimatpflege in Form eines Bezirks-trachtenfests. Mit einem Motorrad wurde ein Leihfilmgerät in die entlegensten Ortschaften der Gemeinde transportiert, wo an den Abenden Kultur- und Jugendfilme gezeigt wurden. Weiters wurde eine Sing- und Spielgruppe der Sozialistischen Jugend aufgestellt. Jugendarbeit vor allem im Bereich der Volkslied- und Volksstückpflege war ein zentraler Bestandteil der Arbeit. Um die Jugend von den verderblichen Gasthäusern ferne zu halten, konzentrierten sich die Bemühungen Lattners auf die Schaffung eines eigenen Heims, was schließlich in Gestalt einer neu aufgestellten Abbaubaracke auch gelang. Probleme in der ländlichen Erwachsenenbildungsarbeit lagen aber weniger in der Infrastruktur als vielmehr in den Vorurteilen der Bevölkerung begründet: Viele Menschen aus bäuerlichen Kreisen und der ländlichen Arbeiterschaft schlossen sich aus Scheu von erwachsenenbildnerischen Veranstaltungen aus. Oft fürchteten sie die Reaktionen auf ihre Unge-

wandtheit in Sprache, Ausdruck und Manieren und blieben daher lieber zu Hause. Bürgerliche Kreise orientierten sich, so Lattner, an den Meinungen von „Ihresgleichen“, was dann oft in der Einschätzung endete, für erwachsenenbildnerische Aktivitäten doch etwas „zu erhaben“ zu sein. Auch die Dorfjugend, die mitunter nur die Volksschule besucht hatte, zeigte sich der Volkshochschule gegenüber als unsicher und vertraute eher den – von ErwachsenenbildnerInnen natürlich schärfstens verdammt – „billigen Schundromanen“ und „schlechten Filmen“.<sup>98</sup>

Im Frühjahr 1958 kam es auf Initiative des Leiters der Volkshochschule und des Volksbildungswerks Schärding am Inn, des Hauptschullehrers Hans Schiffelhuber, zur Gründung des „Volksbildungswerks im Arbeitshaus Suben“. Die Bemühungen fanden Unterstützung in der Anstaltsleitung, die sich allein schon durch die Vollzugsvorschriften zur „geistige(n) und sittliche(n) Hebung der Insassen“ verpflichtet fühlte: „Um die Hausinsassen geistig anzuregen und Lücken ihres Wissens auszufüllen, ist für Unterricht zu sorgen. Womöglich sollen auch Vorträge belehrenden Inhaltes in allgemein verständlicher Form gehalten werden.“ „Die Hausinsassen können in ihrer freien Zeit aus der Hausbücherei Bücher zum Lesen entleihen.“ So kam es in der Folge zur Veranstaltung von Reisevorträgen und zur Präsentation von Kulturfilmen zu den Themen Sport, Technik und Geographie. Man begann aber auch Chorgesang, Theater und Schachspiel zu fördern, um die Insassen aus der „tötenden Langeweile“ zu befreien. Weiters wurden Kurse in Deutsch, Rechnen, Englisch, Stenographie, Maschinschreiben und Basteln geplant.

Aus erzieherischen Gründen hatte jeder Gefangene seinen Kursbeitrag selbst zu bezahlen, denn „auch in der Freiheit wird nichts geschenkt – nur Arbeit und Sparen hilft weiter – das soll auch hinter Mauern gelten“.<sup>99</sup>

1964 kam an der Volkshochschule Grieskirchen die Kurstätigkeit mangels geeigneter KursleiterInnen kurzfristig zum Erliegen. Die Nachwuchsfrage war auch Mitte der 1960er Jahre ein dringliches Problem und wurde auf den Verbandssitzungen eifrig diskutiert. Einhellig hielt man dabei fest, dass bei der Kurstätigkeit wieder mehr auf Qualität als auf Quantität Wert gelegt werden müsse. Doch besonders die Landvolkshochschulen kämpften mit dem Problem der Teilnahmezahl. Bei kleineren Volkshochschulen könnten daher Kurse mit wenigen TeilnehmerInnen zu einem vertretbaren erhöhten Kursbeitrag durchgeführt werden. Praktische Kurse scheiterten an kleineren Orten oft am Mangel geeigneter KursleiterInnen, etwa bei Nähkursen. Die Nähkurse sollten kein Hauptbestand der Volkshochschulen sein und auf keinen Fall ein Zuschusskurs. Diese Kurse sollten sich selbst erhalten, da die Frauen dadurch auch finanzielle Vorteile erhielten. Die in Linz so erfolgreichen Klubs kamen in kleineren Gemeinden oft nicht zustande. Auch Diskussionen in den Kursgruppen konnten in Landvolkshochschulen oft nur schwer entfacht werden. Darüber hinaus ging auch die Teilnahme an Sprachkursen Mitte der 1960er landesweit spürbar zurück.<sup>100</sup>

Manchmal war es aber nicht nur der „Bildungsunwille der störrischen Landbevölkerung“, welcher die Arbeit der idealistischen und überwiegend ehrenamtlich tätigen PionierInnen und „Missiona-

rInnen“ in der Erwachsenenbildung erschwerte. Auch von RepräsentantInnen der Lokalpolitik wurden sie zuweilen mit Ablehnung bedacht: So musste der Leiter der in Rohrbach neu gegründeten Volkshochschule vom dortigen Bürgermeister die Mahnung hören, er möge doch bedenken, ob die Volkshochschule den ArbeiterInnen nicht geistiges Gut vermittele, mit dem diese nicht fertig werden würden. Die Menschen wären übrigens auch in den vergangenen Jahren glücklich und zufrieden gewesen. Je mehr sie mit Bildungsgütern konfrontiert werden, so meinte der Bürgermeister, umso mehr würde die Gesellschaft verunsichert werden.<sup>101</sup>

Nicht verunsichern ließ sich jedenfalls die bedeutendste Gruppe der VolkshochschulleitnehmerInnen: die der Frauen. Seit den 1950er Jahren stieg ihr Anteil bei den unselbstständig Beschäftigten stetig an. Dies ließ auch in der Erwachsenenbildung der Gruppe der Frauen ein höheres Augenmerk zuteil werden.<sup>102</sup> Hatte etwa der Frauenanteil an der Volkshochschule Linz in den 1950er Jahren noch zwei Drittel der Gesamtbelegungen ausgemacht, so betrug er Mitte der 1960er Jahre bereits drei Viertel der gesamten Kursbelegungen. Bei den Einzelveranstaltungen war der Männeranteil etwas höher als der Frauenanteil. Dies lag aber nicht an der großen Zahl weiblicher KursteilnehmerInnen in den hauswirtschaftlichen Kursen. In fast allen anderen Kursen, mit Ausnahme der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und der naturwissenschaftlich-technischen Fächer, waren mehr Teilnehmerinnen eingeschrieben als Männer. Mehr Frauen als Männer verwendeten ihre Freizeit für Weiterbildung auf verschiedensten Gebieten, und

unter ihnen vor allem die jungen Frauen. Viele besuchten Haushalts- und Gymnastikkurse, Näh- und Modekurse, Jugend- und Jazzklubs, Kurse für gutes Benehmen, zum Teil auch berufsfördernde Kurse. Um auch Müttern mit Kindern eine Teilnahme an Volkshochschulkursen zu ermöglichen, bot die Volkshochschule Linz an Nachmittagen Kinderbeschäftigungskurse („Mütter lernen – Kinder spielen“) an. Auch ältere Frauen, in denen nach Berufsleben und Kindererziehung wieder ein Bildungswunsch erwacht war, fanden Angebote an der Volkshochschule: Fremdsprachenkurse, Kunstgeschichtekurse, Exkursionen und Reisen sowie Altenklubs, um das Alleinsein im Alter besser ertragen zu können.<sup>103</sup> Die Volkshochschule stellte in den 1950er und 1960er Jahren ein wesentliches Feld der gesellschaftlichen und beruflichen Emanzipation der Frauen dar. Neben praktischen Kenntnissen konnten im geschützten Rahmen der Volkshochschule soziale und kommunikative Kompetenzen erprobt werden, die in den 1970er Jahren in ein neues, moderneres und selbstbewusstes Frauen(selbst)bild einfließen konnten. Zu einer wichtigen Frage entwickelte sich das Verhältnis zwischen Schule und Erwachsenenbildung. Ein Problem stellte die kostenlose Überlassung von Schulklassen für die Erwachsenenbildung dar; ein zweites die Freistellung von LehrerInnen in den Schulen für die Zwecke der Erwachsenenbildung. Alfred Hauska, der Vertreter der MittelschullehrerInnen im oberösterreichischen Volkshochschulverband, wies auf das geringe Verständnis mancher vorgesetzter Schulbehörde für die Doppelbelastung der in der Erwachsenenbildung tätigen LehrerInnen hin. Dies und die schlechte finanzielle Lage

der Volkshochschul- und KursleiterInnen könnte zur Folge haben, dass es in Zukunft sehr schwierig sein würde, genügend Nachwuchskräfte für die Volkshochschulen zu bekommen. Der Vorstand teilte die Befürchtungen bezüglich des Nachwuchses. Zum Thema Schule und Erwachsenenbildung solle jede Volkshochschule auf örtlicher Ebene, der Landesverband auf Landesebene und der österreichische Verband auf Bundesebene Schritte zur schnellen Klärung der Situation der nebenberuflich in der Erwachsenenbildung tätigen LehrerInnen setzen.<sup>104</sup> Zur besseren Verankerung des für die Volkshochschulen so wichtigen Schulbereichs im Volkshochschulverband wurde die Funktion des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden von Landeschulinspektor Stephan Radinger, Kulturreferent und Bürgermeister-Stellvertreter der Stadt Steyr, ausgeübt, womit der Verband gleichzeitig auch eine Brücke zum oberösterreichischen Landesschulrat schlug.<sup>105</sup>

Galten die 1950er Jahre als die Zeit der Hochblüte des Radios, so wurden die 1960er die Zeit des Siegeszugs des Fernsehens. Der Fernsehapparat durfte als zentrales Leitmöbel ab nun in keinem Wohnzimmer mehr fehlen. Mitte der 1960er Jahre waren bereits über 75.000 Fernsehapparate in Oberösterreich angemeldet, 6 davon standen 1964 in den oberösterreichischen Volkshochschulen. Zunehmend erkannte jedoch die Erwachsenenbildung die Bedeutung und Einsetzbarkeit des Mediums Fernsehen, obgleich es auch als Konkurrenz zu den Bildungsveranstaltungen gesehen wurde: Bestimmte Fernsehsendungen bewirkten zuweilen einen merklichen BesucherInnenrückgang bei Volkshochschulveranstaltungen. Dies galt es in der

Programmgestaltung zu berücksichtigen. Zugleich bahnte sich in den 1960er Jahren eine Zusammenarbeit zwischen Volkshochschulen und ORF an, die sich auf die Bereiche Schulfunksendungen, SchichtarbeiterInnenprogramme und Fremdsprachenkurse erstreckte.<sup>106</sup>

Der verstärkten Notwendigkeit der öffentlichen Präsenz der Institution Volkshochschule wurde vom Verband auch in einer intensivierten Werbearbeit entsprochen: Zwischen 11. und 19. Oktober 1968 fand die erste Volksbildungswoche statt. Daneben wurden Bezirksvolkshochschulwochen abgehalten, Werbe- und Plakataktionen sowie Rundfunkgespräche durchgeführt. Der Verband gewährte Subventionen an einzelne Volkshochschulen, damit diese in der lokalen Presse Veranstaltungswerbungen schalten konnten.<sup>107</sup>

Die finanzielle Situation der Mitglieder des Oberösterreichischen Volkshochschulverbands stellte sich Ende der 1960er Jahre folgendermaßen dar: Größte Einnahmequelle waren 1967 mit 43,8 Prozent die Einnahmen aus den Kursen und Einzelntrittsgeldern, gefolgt von 33,1 Prozent Mitteln der Gemeinden, 10,9 Prozent Mitteln der Arbeiterkammer, 8,9 Prozent Mitteln des Bundes und lediglich 2,9 Prozent Mitteln des Landes. Der Verband drängte daher sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene auf Subventionserhöhungen. Diesbezügliche Verhandlungen wurden auch mit dem Gemeinde- und dem Städtebund geführt.

## 8. Zwischen Bildungseuphorie und Ernüchterung: Entwicklungstendenzen in den 1970er Jahren

Der „Bildungsexpansion“ der 1960er Jahre unter den ÖVP-Unterrichtministern Heinrich Drimmel, Theodor Piffl-Percevic und Alois Mock folgten die Reformversuche in Schule und Universität der Ära Kreisky. Unter der Maxime „Chancengleichheit“ versuchte die SPÖ mit der Forderung nach einer einheitlichen „Gesamtschule“ der Zehn- bis Vierzehnjährigen an unverwirklichte Glöckelsche Reformkonzepte der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Ein Unterfangen, das freilich auch diesmal am inhaltenden Widerstand des „bürgerlichen Lagers“ scheiterte und daher 1983 durch eine Hauptschulreform ersetzt wurde. Eine Vermehrung von Chancen – vor allem für junge Frauen – wurde aber mit sozialen Begleitmaßnahmen wie der Einführung des Gratisschulbuchs und der Schülerfreifahrt erreicht. Bedeutende Veränderungen fanden auch auf dem Sektor der Universitäten statt, wohin in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die demografische Welle der „Bildungsexpansion“ der 1960er die Schulabgänger trieb: 1972 wurden alle Studiengelder abgeschafft, und 1975 wurde vom erst seit 1970 bestehenden Ministerium für Wissenschaft und Forschung unter Herta Firnberg mit dem „Universitätsorganisationsgesetz“ (UOG) eine Jahrhundertreform vorgelegt und vom Parlament beschlossen. Als ein legistischer Niederschlag von Forderungen der 68er-Bewegung wurde darin die so genannte „Drittelparität“ von StudentInnen, universitärem Mittelbau und ProfessorInnen in allen universitären Gre-

mien festgeschrieben.<sup>108</sup>

Die Exponenten der Erwachsenenbildung hofften nun, diese endlich neben Schule und Universität als vollwertigen Teil des gesamten Bildungssystems etablieren zu können und damit auch größeren finanziellen Rückhalt von Seiten der öffentlichen Hand zu erlangen. Die beiden Großparteien erkannten den Stellenwert der Erwachsenenbildung im Kontext einer zunehmenden Entwicklung Österreichs von einer Industrie- zu einer Dienstleistungs- und Bildungsgesellschaft und berücksichtigten dies in ihren programmatischen Grundsatzserklärungen. Man versprach finanzielle Subventionen durch Bund, Länder und Gemeinden, rechtliche Regelungen und allgemeine Förderungen. Nach den „langen 50er Jahren“ die bis 1966 von den großen Konkordanzkoalitionen zwischen ÖVP und SPÖ geprägt waren, stellten die sozialdemokratisch geprägten 1970er Jahre nicht nur in gesellschaftspolitischer Hinsicht für ArbeiterInnen und Angestellte, Junge und Frauen ein „goldenes Jahrzehnt“ des Aufschwungs dar, auch die Erwachsenenbildung profitierte finanziell, infrastrukturell und legistisch von der gesellschaftlichen Durchlüftung und von den Bemühungen, Österreich auch im Bereich der Bildung einen nachholenden Anschluss an die westeuropäische Moderne zu gewähren.

In seiner ersten Regierungserklärung vom 27. April 1970 maß Bundeskanzler Bruno Kreisky der Erwachsenenbildung einen hohen Stellenwert bei: „In einer sich rasch ändernden Gesellschaft kann die Bildung nicht in einer bestimmten Altersstufe als abgeschlossen betrachtet werden. Der permanenten Weiterbildung und insbesondere der Er-

wachsenbildung als Hilfe zur persönlichen Lebensgestaltung und beruflichen Mobilität kommt daher große Bedeutung zu.“<sup>109</sup>

Dennoch ist eine eindeutige gesetzliche Regelung bis heute ausgeblieben. Weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik ist es gelungen, ein umfassendes Volks- bzw. Erwachsenenbildungsgesetz zur Kompetenzregelung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen. Erst 1973 wurde mit dem Erwachsenenbildungs-Förderungsgesetz der Bereich der Förderungen erstmals rechtlich geregelt. Das Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln schreibt die Aufgaben des Staates in der Erwachsenenbildung fest, in welchen Bereichen und unter welchen Voraussetzungen eine staatliche Förderung in Anspruch genommen werden kann, wobei keine definierte Höhe der Subventionen festgelegt wurde. Darüber hinaus legt das Gesetz die Erhaltung und Führung staatlicher Einrichtungen der Erwachsenenbildung, wie Förderungsstellen, Bundesinstitute, Institutionen, die eine Dienstleistungs- und Servicestelle darstellen und selbst unmittelbar keine Erwachsenenbildung durchführen, fest.<sup>110</sup>

Das Erwachsenenbildungs-Förderungsgesetz brachte also insgesamt eine Legalisierung staatlicher Förderungspolitik, substanzielle Neuerungen waren damit nicht verbunden. Der Staat – und dies gilt unverändert bis heute – tritt in der Erwachsenenbildung primär in der Rolle des Förderers auf. Im Gegensatz zu den allgemein- und berufsbildenden höheren Schulen und den Universitäten werden Erwachsenenbildungsinstitute – von Ausnahmen wie dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

in Strobl abgesehen – nicht vom Bund erhalten.

Ihre Zielsetzungen und Organisationsstrukturen sind nicht durch Bundesgesetze geregelt.

Auf eine staatliche bzw. ministerielle Initiative ging 1972 die Gründung der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ) zurück, welche einen erneuten Versuch einer österreichweiten, verbändeübergreifenden Zusammenarbeit und Koordination in der Erwachsenenbildungsarbeit darstellt. Diese Konferenz ist kein Verein, sondern eine freie, unverbindliche und unabhängige Arbeitsgemeinschaft ihrer Mitglieder zur gemeinsamen Interessenvertretung, ohne dabei die Selbständigkeit der Mitglieder zu beeinträchtigen. Mitglieder der KEBÖ sind neben dem Verband Österreichischer Volkshochschulen die Arbeitsgemeinschaft der Bildungsheime Österreichs, das Berufsförderungsinstitut, der Büchereiverband Österreich, die Institutionen der Katholischen Erwachsenenbildung, das Ländliche Fortbildungsinstitut, die Österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, der Ring Österreichischer Bildungswerke, der Verband Österreichischer Schulungs- und Bildungshäuser und das Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammern.<sup>111</sup>

Bereits Ende der 1960er Jahre währte man die Zeit der Einmann- bzw. Familienvolkshochschulen, die Zeit der PionierInnen, „MissionarInnen“ und ehrenamtlichen IdealistInnen als InitiatorInnen und LeiterInnen von Erwachsenenbildungseinrichtungen vorbei. Ein Generationenwechsel personeller, aber auch inhaltlicher Natur kündigte sich an: „So sehr die Zeit der ‚Pioniere‘ vorüber sein sollte, so sehr brauchen wir sie in dieser Zeit des Überganges zum hauptberuflichen Erwachse-

nenbildner. Es ist ihre Aufgabe, die Erwachsenenbildung so zu verankern und auszubauen, dass die kommenden hauptberuflichen Erwachsenenbildner unter wesentlich leichteren Bedingungen weiter arbeiten können. (...) Die großen Fachleute des Erziehungs- und Bildungswesens sehen in der ‚éducation permanente‘, in der dauernden Bildung, die einzige Lösung der Bildungsproblematik von heute. Das Schwergewicht der Bildungsarbeit wird sich in diesem System von der vorbereitenden Schule auf die begleitende Erwachsenenbildung verlagern. Die Erwachsenenbildner von heute müssen daher durchhalten, damit die Erwachsenenbildung von morgen ihre Aufgaben erfüllen kann.“<sup>112</sup>

Diese erste Professionalisierungswelle manifestierte sich auch in der von Deutschland kommenden Diskussion um die sogenannte „realistische Wende“, die sich neben der Diskussion um eine verstärkte Hinwendung zur beruflichen Bildung in der Einführung von Volkshochschul-Zertifikaten mit Leistungskontrollen, zunächst bei den Sprachkursen (Englisch, Französisch, später auch Russisch und Deutsch für AusländerInnen), niederschlug. Da im Deutschen Volkshochschulverband Anfang der 1970er Jahre Zertifikatskurse auch für Mathematik und Elektronik eingeführt wurden, stellte sich die Frage, ob sich der österreichische Volkshochschulverband diesen Kursen anschließen sollte. Zudem gab es im bfi bereits Kurse für Elektronik mit staatsgültigem Zeugnis. So wurde auch für Zertifikatskurse in Naturwissenschaften für Oberösterreich ein Landesbeauftragter nominiert.<sup>113</sup> Vom Verband wurde daran gedacht, in Zukunft mehr als bisher die Zertifikatskurse zu fördern, um

auch in kleineren Orten Kurse mit geringerer HörerInnenzahl durchführen zu können. Der Weg zum Zertifikat, welches Voraussetzungen für einen möglichen beruflichen Aufstieg bietet, war einer der zentralen Trends in der Erwachsenenbildung der 1970er Jahre.

Als bedeutsam für die weitere Entwicklung der beruflichen Erwachsenenbildung erwies sich das 1969 verabschiedete Arbeitsmarktförderungsgesetz. Es ermöglichte dem Sozialministerium und der Arbeitsmarktverwaltung die Förderung der beruflichen Nach- und Umschulung sowie der beruflichen Qualifizierung zur Sicherung der Beschäftigung. Profitiert haben von diesem Instrument der Arbeitsmarktpolitik verschiedene auch berufliche Institutionen in der Erwachsenenbildung, die bedeutende Zuschüsse für ihre Einrichtungen und Veranstaltungen erhielten.<sup>114</sup>

Ein sehr früher Schritt in Richtung Zweiter Bildungsweg wurde an der Volkshochschule der Stadt Wels unter Dr. Wilhelm Rieß gesetzt. Zwischen 1968 und 1971 kam es zur Etablierung von Vorbereitungskursen zur Beamtenmatura, zur Einführung der Externistenprüfung für die Handelsakademie und der Abschlussprüfung für Handelsschulen. Die beiden Kurstypen zum Erwerb des Handeschul- und Handelsakademieabschlusses wurden ab Herbst 1975 von der Arbeiterkammer für Oberösterreich übernommen, von der sie wieder vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst übernommen und in neuer Form als Schulversuch weitergeführt wurden.<sup>115</sup>

Parallel zum Trend in Richtung beruflicher Erwachsenenbildung kam es gleichzeitig, quasi als Pendelschlag in die andere Richtung, zu einer

deutlichen Interessenverlagerung in Richtung aktiver künstlerischer Freizeitgestaltung und zu einer Zunahme der LaienkünstlerInnen im Rahmen der Volkshochschule. Daneben hielt eine weitgehende Technisierung in der Erwachsenenbildung Einzug: Verstärkt wurden die damals neuen technologischen Entwicklungen wie Tonbandgerät, Dia- und Overhead-Projektor, Schmalfilm, Fernsehapparat, Videorecorder, Sprachlabor und Mediathek genutzt. Der Medienverbund, eine Verbindung von Hörfunk bzw. Fernsehen mit Fernkursmaterialien (Arbeitsbücher, Kassetten, Lernkontrollen, Tests) und Gruppentagen, war ein Kind der 1970er Jahre und etablierte sich als neue Methode in der Erwachsenenbildung.<sup>116</sup>

Nach der Neuwahl der Funktionäre 1971 ergab sich an der Spitze des oberösterreichischen Volkshochschulverbandes folgendes Bild: Die drei Pflichtmitglieder des Arbeitsausschusses waren Hofrat Aldemar Schiffkorn (Landesinstitut für Volksbildung und Heimatpflege), Dr. Herbert Grau (Volkshochschule Linz) und Kammeramtsdirektor-Stellvertreter Gustav Hofinger (Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, seit 1965). Die vier von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder waren Landesschulinspektor Prof. Hubert Steinkellner (Volkshochschule Pasching), Volksschuldirektor Walter Haminger (Volkshochschule Lenzing), Prof. Karl Würtinger (Volkshochschule Schärding) und Maria Hofinger (Volkshochschule Steyr). Der Vorstand bestand aus dem Vorsitzenden Dr. Herbert Grau, dem Vorsitzenden-Stellvertreter Hubert Steinkellner, der Schriftführerin Maria Hofinger, dem Schriftführer-Stellvertreter Walter Haminger, dem Kassier Karl Würtinger



Sprachlabor in der Volkshochschule Linz, 1978.

und dem Kassier-Stellvertreter Hauptschuldirektor Paul Frank (Volkshochschule Eferding); dazu kamen die Rechnungsprüfer Hofrat Aldemar Schiffkorn und Gymnasialdirektor Rudolf Grusch sowie der Verbands-Geschäftsführer Hans Kainz. Verantwortlich für die Vortrags- und Fremdsprachenberatung war Frau Dr. Thilde Harb.<sup>117</sup>

Mit dem AK-Bildungsfunktionär Gustav Hofinger betrat Mitte der 1960er Jahre im Verband ein wichtiger Exponent der Expansion und Erneuerung der Volkshochschulen die Bühne. Hofinger wurde am 18. April 1927 als Sohn einer Eisenbahnerfamilie in Linz geboren. Von der Ausbildung her Schriftsetzer, arbeitete er seit 1947 als Landessekretär der späteren Gewerkschaft Druck und Papier. 1950/51 absolvierte er die Sozialakademie und trat anschließend in den Dienst der Kammer



Kammeramtsdirektor-Stellvertreter Gustav Hofinger, 1972.

für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich. Dort war er zunächst Referent in der Bibliothek, dann als Sekretär und stellvertretender Leiter der Abteilung Sozialversicherung tätig und wurde schließlich 1965 mit der Leitung der Bildungsabteilung der Arbeiterkammer betraut. 1969 wurde er Kammeramtsdirektor-Stellvertreter. Ab 1974 übte Hofinger den Vorsitz des Verbandes Ober-

österreichischer Volkshochschulen aus und war seit dem selben Jahr Vizepräsident des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen. Dem Praktiker und Organisator Hofinger ist das verstärkte Engagement der Arbeiterkammer für Oberösterreich für die Volkshochschulen zu verdanken. Ihm gelang es, eine deutlich anwachsende finanzielle Dotierung dieser Einrichtungen zu erreichen. Dies spiegelt sich auch bei den gestiegenen Aufwendungen der Arbeiterkammer für die Volkshochschulen wider: Im Jahr 1952 wurden dafür 3.632 Schilling aufgewandt, 1974 bereits 3,4 Millionen Schilling und 1979 4,5 Millionen Schilling. Die finanzielle Mehrausstattung ermöglichte die organisatorische Expansion der Volkshochschulen in Oberösterreich. Durch die Gründung von Zweigstellen der Volkshochschulen der Arbeiterkammer erfolgte unter der Ägide Hofingers nicht nur die flächendeckende Versorgung Oberösterreichs mit Volkshochschulen, sondern es wurden auch die Interessen der Arbeiterkammer-Volkshochschulen prononciert im Volkshochschulverband vertreten. Als AK-Bildungsfunktionär war ihm die Etablierung eines vielfältigen und abwechslungsreichen Freizeit- und Bildungsangebots ein zentrales Anliegen. Hofingers Kenntnisse im Sozialrecht fanden in der Diskussion um die Versicherungspflicht für KursleiterInnen kompetenten Eingang.<sup>118</sup> Bereits Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre nahmen die Zweigstellen der Volkshochschule der Arbeiterkammer zunehmend den Charakter von Bezirksvolkshochschulen an, was auf Grund dieser Tätigkeit meist nicht den Bedingungen für die Aufnahme in den Verband entsprach.<sup>119</sup> Es kam daher zur Festlegung einer neuen Organisations-

struktur, welche 1973 abgeschlossen wurde. Die ursprünglich 21 Zweigstellen der Volkshochschule der Arbeiterkammer,<sup>120</sup> die im Sinne des § 4 der Verbandsstatuten als eigenständige Volkshochschulen galten und denen unabhängig von Leistung oder Größe des betreuten Gebiets jeweils auch eine Stimme im Verband zukam, waren seither als Bezirks- oder Gebietsvolkshochschulen konstituiert, von denen aus Mitte der 1970er Jahre nicht weniger als 84 Nebenstellen betrieben wurden. Nicht zuletzt haben diese organisatorischen Maßnahmen dazu beigetragen, dass Oberösterreich seit der Mitte der 1970er Jahre das Bundesland mit dem am stärksten expandierenden Volkshochschulnetz in ganz Österreich wurde.

Diese Veränderungen auf organisatorischer Ebene waren von einem Generationenwechsel bei den ErwachsenenbildnerInnen und BildungsfunktionärInnen begleitet: Langsam trat die „Gründer- und Aufbaugeneration“ aus Altersgründen ab: Nach dem Leiter der Volkshochschule Salzkammergut,



Direktor der Volkshochschule Linz, Dr. Herbert Grau (links) und sein Nachfolger ab 1973, Dr. Erich Leichtenmüller.

Rudolf Grusch, verstarb am 20. September 1973 auch der langjährige oberösterreichische Verbandsvorsitzende und Vizepräsident des Österreichischen Volkshochschulverbands Herbert Grau. Damit wurde die Neuwahl des Vorstands des „Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen“, wie nun der neue Name nach der Statutenänderung von 1974 lautete,<sup>121</sup> notwendig. Die Zusammensetzung des neuen Vorstands brachte die auch nominell vermehrte Bedeutung der Volkshochschulen der Arbeiterkammer zum Ausdruck: Zunächst war der Landesschulinspektor und Leiter der Arbeiterkammer-Volkshochschule Pasching, Hubert Steinkellner, schon bisher stellvertretender Vorsitzender, als Verbandsvorsitzender vorgeschlagen worden. Dieser lehnte aber aus gesundheitlichen sowie aus Gründen der Arbeitsüberlastung ab und schlug den für die Volkshochschule der Arbeiterkammer verantwortlichen Kammeramtsdirektor-Stellvertreter Gustav Hofinger als Verbandsvorsitzenden vor. Hofinger wurde aufgrund dieses Vorschlags sowohl in der Besprechung der Zweigstellenleiter der AK-Volkshochschule als auch in der Hauptversammlung des Verbandes jeweils in der von ihm selbst verlangten geheimen Abstimmung einstimmig gewählt.

Nach Diskussionen in informellen Kreisen der Volkshochschulen der Arbeiterkammer wie auch bei den städtischen Volkshochschulen wurde als Lösung die grundlegende Neufassung der Statuten und in deren Rahmen die Schaffung der Position eines zweiten Stellvertreters gefunden. Von einer Rangordnung zwischen den beiden Stellvertretern – nominiert wurden Steinkellner und Leichtenmüller – wurde bewusst Abstand genommen. Eine

weitere Abänderung der bisher gültigen Statuten führte zu einer weitläufigeren Diskussion: Dem Geschäftsführer sollte in Zukunft nur noch eine beratende Funktion zukommen, was der Positionsinhaber, Hans Kainz, als Affront auffasste. Dank einer Intervention Aldemar Schiffkorns konnte Kainz dazu bewegt werden, seine Funktion als Geschäftsführer nicht aufzugeben.<sup>122</sup>

Darüber hinaus musste die Vertretung des Landesverbandes im Verband Österreichischer Volkshochschulen neu festgelegt werden: Bedingt durch den Verzicht Leichtenmüllers konnte Kainz – bis zu seiner absehbaren Pensionierung – in dieser Funktion bestätigt werden. Auf Anregung Steinkellners sollte zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbands ein eigener Pressereferent gefunden werden. Mit dieser neu geschaffenen Funktion wurde der beruflich „vorbelastete“ stellvertretende Vorsitzende Leichtenmüller betraut.<sup>123</sup>

Nach der Pensionierung von Hans Kainz vom Magistrat Linz und seinem damit einhergehenden Ausscheiden aus der Geschäftsführung des oberösterreichischen Volkshochschulverbandes 1976 rückte ein Mitarbeiter Hofingers aus der Bildungsabteilung der Arbeiterkammer, Heinrich Peter Füreder, als Geschäftsführer des Verbandes nach,<sup>124</sup> welcher bereits im Frühjahr 1977 von Manfred Penz, ebenfalls einem Mitarbeiter Hofingers in der Bildungsabteilung der Arbeiterkammer, abgelöst wurde.<sup>125</sup> Manfred Penz prägte in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten den inneren Aufbau des Verbandes und auch das Klima der konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Verband Österreichischer Volkshochschulen entscheidend mit. Die Erstellung übersichtlicher Unterlagen als Entschei-

dungsgrundlagen für Vorstandssitzungen, Hauptversammlungen und Arbeitstagen ist hier ebenso hervorzuheben wie die gediegene Vorbereitung mehrerer Studienfahrten der Verbandsmitglieder. Zu einem einvernehmlichen Klima des Verbandes trug über zwei Jahrzehnte lang auch die Tätigkeit Frau Ingeburg Kreuzers, Mitarbeiterin der Abteilung Bildung der Arbeiterkammer für Oberösterreich, bei. Aus ihrer Tätigkeit im Rechnungswesen für die Volkshochschulen der Arbeiterkammer wuchs ihr in zunehmendem Maße die Aufbereitung der Statistik des Verbandes zu. In beiden Personen manifestierte sich der forcierte Ausbau der Service-Tätigkeit des Verbandes.

Aus der Sicht der neuen alten Geschäftsführung ergaben sich in den beginnenden 1970er Jahren Schwierigkeiten bei der gesamten Verbandsarbeit. Eine Behandlung von speziellen Themen erschien durch den geringer gewordenen Kontakt zwischen den einzelnen LeiterInnen der Volkshochschulen und der Geschäftsführung kaum mehr möglich, wobei als Ursache für die mangelnden Kontakte auch die Arbeitsüberlastung der einzelnen LeiterInnen angeführt wurde. Dazu kamen die Auswirkungen der Neuorganisation innerhalb der Zweigstellen der Arbeiterkammer: War früher der direkte Kontakt zwischen dem Verband und den einzelnen VolkshochschulleiterInnen gegeben, so war von nun an die Bildungsabteilung der Arbeiterkammer die Zentrale, über die alle verwaltungstechnischen Agenden liefen. Doch der Verband sollte nicht nur Subventionsverteiler sein, sondern den Volkshochschulen echte Hilfestellung bei ihrer konkreten Arbeit bieten.<sup>126</sup> Eine wesentliche Erleichterung für die Volkshochschulen trat mit der vom Vorsitzen-

den Hofinger beeinflussten Verordnung der oberösterreichischen Landesregierung vom 23. Mai 1977 in Kraft, mit der die kostenlose Nutzung von Schulräumen für die Zwecke der Erwachsenenbildung ermöglicht wurde.

Am 20. Oktober 1978 konnte der Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen im neu eröffneten Kulturzentrum Ursulinenhof an der Landstraße in Linz sein 25-Jahr-Jubiläum begehen. Als Gratulanten stellten sich im Besonderen ein: Sek-

tionschef Dr. Hans Altenhuber vom Bundesministerium für Unterricht, Landeshauptmann Dr. Josef Ratzénböck als Bildungsreferent des Landes Oberösterreich und der Bürgermeister der Stadt Linz, Franz Hillinger. Bei dieser Veranstaltung gelang eine verstärkte Breitenwirkung besonders durch Ausstellungen und Demonstrationen im Ursulinenhof sowie durch Auslagendekorationen in Geschäften der Linzer Landstraße.

Der weitere Weg der Volkshochschulen in Ober-



Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen im Ursulinenhof Linz, Oktober 1978. Am Pult: Bürgermeister Franz Hillinger (Linz) 1. Reihe v.r.: HR Dr. Aldemar Schiffkorn, Sektionschef Dr. Hans Altenhuber (Bundesministerium für Unterricht), Vorsitzender Gustav Hofinger, Landeshauptmann Dr. Josef Ratzénböck, Vors.-Stv. Prof. Hubert Steinkellner.

österreich war eindeutig und seitens des Bundes von einer erfreulichen Subventionssteigerung begleitet:<sup>127</sup> Dies ermöglichte eine Ausweitung der Volkshochschulniederlassungen und Professionalisierung im Bereich der MitarbeiterInnen. 1972 erfolgte die Aufnahme dreier weiterer Volkshochschulen der Arbeiterkammer in den Verband: die Volkshochschulen Freistadt, Rohrbach und Wels-Land.<sup>128</sup> Im selben Jahr wurde die bisher selbständige Zweigstelle der Arbeiterkammer in Marchtrenk der Bezirksvolkshochschule Wels-Land angegliedert. Das Volksbildungswerk Nettingsdorf wurde aufgelöst und der Raum Nettingsdorf-Ansfelden der Zweigstelle der Arbeiterkammer-Volkshochschule Traun eingegliedert.<sup>129</sup> 1975 wurde im Einvernehmen mit der Volkshochschule Salzkammergut die Volkshochschule der Arbeiterkammer in Gmunden in den oberösterreichischen Volkshochschulverband aufgenommen.<sup>130</sup> Und 1976 wurde die Zweigstelle der Volkshochschule der Arbeiterkammer in Bad Hall (mit späteren Nebenstellen in Adlwang, Wolfern und Sierning) in den Verband aufgenommen.<sup>131</sup> Die Kurs- und Vortragstätigkeit teilte sich 1973 folgendermaßen auf die einzelnen Volkshochschulen auf: Die drei kommunalen Volkshochschulen wiesen 50,4 Prozent, die 17 Arbeiterkammer-Volkshochschulen 41 Prozent und die zwei Vereinsvolkshochschulen 8,6 Prozent der Gesamtstätigkeit an Kursen und Vorträgen auf.<sup>132</sup> Parallel zur Expansion der Volkshochschulen und Volkshochschulzweigstellen und der Ausweitung ihrer Kurs- und Veranstaltungstätigkeit erfolgte auch ein personeller Anstieg bei der Zahl der KursleiterInnen: 1977 waren an den oberösterreichischen Volks-

hochschulen 1.242 KursleiterInnen.<sup>133</sup> 1976 bewegte sich das Budget der Volkshochschulen bei rund 25 Millionen Schilling. Den Großteil der Mittel verschlangen die Honorare für die MitarbeiterInnen. Die Einnahmen kamen zu etwas mehr als der Hälfte von den Trägern, zu 42 Prozent aus eigenen Einkünften, der Rest wurde durch Subventionen aufgebracht.<sup>134</sup> Zumindest auf der Leitungsebene der Volkshochschulen sollte nun auch die Professionalisierung forciert angestrebt werden. 1973 stellte Verbandsgeschäftsführer Hans Kainz bei der Landesbildungskonferenz der SPÖ den Antrag, dass jede größere Volkshochschule von einer/m hauptamtliche/n LeiterIn geführt werden solle. Die Kosten hierfür sollten die Gebietskörperschaften übernehmen. Weiters wurden mehr Volkshochschulgebäude verlangt, ein Begehren, welchem auch Rechnung getragen wurde: 1973 erfolgte die Eröffnung der Geschäftsstelle der Volkshochschule der Stadt Wels sowie der neuen Amtsstelle der Arbeiterkammer Braunau am Inn, in der auch Räume für die Volkshochschule bereit gestellt wurden. Im selben Jahr übersiedelte das Verbandsbüro in Linz in die neuen Räumlichkeiten in der Coulin-Strasse Nr. 18, dem neuen Gebäude der Volkshochschule Linz.<sup>135</sup> Am 9. Februar 1974 konnte ihr neuer Direktor Erich Leichtenmüller das neue Volkshochschulgebäude feierlich der Öffentlichkeit übergeben: „Der Umzug in ein neues Haus sollte mehr als ein Ortswechsel sein, er leitet die nächste Periode der Volkshochschule Linz ein.“<sup>136</sup> Ab Anfang der 1970er Jahre kam es, trotz anfänglicher Probleme,<sup>137</sup> zu einer beständigen Kooperation der Volkshochschulen mit Rundfunk und

Fernsehen. Von Großbritannien strahlte als Vorbild die Erwachsenenbildungsinitiative der „Open University“,<sup>138</sup> die auf einem kombinierten Radio- und Fernkurssystem basierte, stark auf Österreich aus. Mit dem Medienverbund als einer Kombination von Sendungen in Radio und Fernsehen, welche von der Erwachsenenbildung mit Präsenzkursen sowie Publikationen begleitet wurden, entwickelte sich ein neues Bildungsmodell, mit dem ein Ausgleich sozialer und regionaler Defizite in der Versorgung mit Bildungsangeboten und somit eine erhöhte Reichweite der Erwachsenenbildung erzielt werden sollte – ein Ziel, das jedoch nicht erreicht wurde.<sup>139</sup> Auch wenn immer wieder organisatorische Schwierigkeiten und Mängel auftraten, die Gestaltungsautonomie des ORF und der sozialpartnerschaftliche Verbändeinfluss die Möglichkeiten der Erwachsenenbildungseinrichtungen stark reduzierten und mehr als einmal im Volkshochschulverband die Frage gestellt wurde, ob mit dem ORF die Zusammenarbeit im Medienverbund weiterhin fortgeführt werden sollte, blieb die Kooperation aufrecht. Seit 1969/70 lief das Medienverbundprogramm, unter wechselnder Beteiligung von verschiedenen Bildungseinrichtungen sowie politischen, wirtschaftlichen und religiösen Interessenvertretungen, mit Themen wie „Lebendige Wirtschaft“ (1969/70), „Erziehen, Lehren und Lernen“ (1970/71), „Der Mensch in der Gesellschaft“ (1972/73), „Wozu Glauben“ (1974), „Warum Arbeits- und Sozialrecht?“ (1975), „Reden und reden lassen“ sowie „Zuhören und mitreden“ (beide 1976). Das im Herbst 1976 stattfindende Medienverbundprogramm mit Fernsehsendung, Begleitbuch und Gruppentagen hatte den Titel



Eröffnung des neuen Volkshochschulhauses, Coulinstraße 18, im Jahre 1974. (v. l. n. r.) Bürgermeister Franz Hillinger, Vizebürgermeister Franz Samhaber, Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte Josef Schmidl, Dr. Erich Leichtenmüller.

„Spiel – Baustein des Lebens“. Die Gruppentage wurden zentral vom oberösterreichischen Volkshochschulverband organisiert.<sup>140</sup> Seit 1978 kamen auch Fremdsprachenthemen ins Programm: „Englisch für den Fremdenverkehr“ (1978), und im Herbst 1979 „Follow me“, woran sich sieben europäische Staaten beteiligten. So manche Volks-

hochschule in Oberösterreich konnte sich an den „Follow me“-Kursen nicht beteiligen, weil die technischen Voraussetzungen dazu fehlten.<sup>141</sup> Ein weiteres Kapitel österreichischer Mediengeschichte schlug Max Lotterer, Obmann des Landesbildungsausschusses der SPÖ Oberösterreich und Mitglied des ORF-Kuratoriums, auf. Gemeinsam mit der ORF-Intendanz initiierte er die Linzer Mediengespräche, die sich im Geiste einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen medienpolitischen Fragen als ein Forum der Information über Situationen und Trends in der Mediengesellschaft, der Medienerziehung und der Medienkritik etablierten.<sup>142</sup> Als ihre erste Aktivität fand am 20. Februar 1975, ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Rundfunkgesetzes, in Zusammenarbeit von oberösterreichischem Volkshochschulverband und Landesstudio Oberösterreich eine Veranstaltung zum Thema „Perspektiven der Regionalisierung des Fernsehens in Oberösterreich“ mit vormittäglichen Grundsatzreferat und nachmittäglichen Forumsgespräch statt. Ort der Veranstaltung war die Universität Linz. Insbesondere Landeshauptmann Wenzl setzte sich bei diesem Anlass für die Regionalisierung des ORF ein und forderte die Entwicklung regionaler Einsatzmöglichkeiten des Fernsehens.<sup>143</sup> Unter der Organisation von Erich Leichtenmüller fanden am 24. März 1976 die 2. Linzer Mediengespräche im ORF-Landesstudio in Linz statt, die den Möglichkeiten des Kabelfernsehens gewidmet waren.<sup>144</sup> 1977 thematisierten die Linzer Mediengespräche „Die Unabhängigkeit der Medien in Österreich“. Die Linzer Mediengespräche 1978 gingen auf das „Medienrecht in Österreich“ ein und standen damit in unmittelbarem

zeitlichem Kontext zu den parlamentarischen Beratungen über den Entwurf eines österreichischen Mediengesetzes. 1980 widmete man sich dem Thema „Die neuen Medien“, bei dem die Möglichkeiten und Wünschbarkeiten der damals „neuen Medien“ wie Teletext, Viewdata, Bildplatte, TV-Recorder, Kabelnetze, Satellitenfernsehen sowie die neuen Technologien im Printsektor diskutiert wurden.<sup>145</sup> 1981 ging man in den Mediengesprächen auf das „Satellitenfernsehen“ ein, 1982 beschäftigte man sich mit der „Zukunft der Zeitung“. „Die Wirkung von Gewalt und Aggression in den Medien“ wurde 1988 problematisiert.<sup>146</sup> Auch der internationale Kontakt wurde von den oberösterreichischen Erwachsenenbildungsfunktionären intensiv gepflegt: Immer wieder kam es zum Austausch mit ExponentInnen der finnischen Erwachsenenbildung. Der oberösterreichische Verband unternahm mehrere Fahrten zur pädagogischen Fachmesse Didacta, 1972 kam es zu einer Studienreise nach Polen, 1978 zu einer nach Skandinavien. Mitte der 1970er Jahre intensivierte sich der Delegiertenaustausch mit ErwachsenenbildnerInnen aus der DDR, Polen und Ungarn sowie den skandinavischen Ländern.

Die forcierten Bemühungen um Internationalisierung, die auf gesamtpolitischer Ebene mit den verstärkten Integrationsbestrebungen Österreichs in den europäischen Wirtschaftsraum korrespondierten, drückten sich auch in der gestiegenen Bedeutung der Sprachkurse und deren Zertifizierung aus. Insgesamt war die Tätigkeit des oberösterreichischen Verbandes auf dem Sektor der Zertifikatskurse sehr aktiv. Im Bereich der Sprachen wurden im Herbstsemester 1978 an österreichischen Volks-

hochschulen 290 Zertifikatskurse angeboten, 132 davon allein in Oberösterreich. Insbesondere die Volkshochschule Linz beteiligte sich überproportional an diesen Kursen.

Ein interessantes Kapitel einer kurzzeitig wieder auflebenden Diskussion um die Arbeiterbildung schlug man ebenfalls in Linz auf, und zwar sowohl in Bezug auf eine sprachliche und berufliche Weiterbildung, als auch in Bezug auf ein sozialpolitisch verstandenes Bemühen um eine erwachsenenbildnerische Erfassung arbeiterlicher Lebenswelten: Seit Mitte der 1970er Jahre wurden Volkshochschul-Zertifikatskurse in Englisch und Französisch im Rahmen der MitarbeiterInnenfortbildung der VÖEST-Alpine AG. durchgeführt. Die Kurse wurden im Betrieb abgehalten, wo auch ein eigenes Sprachlabor zur Verfügung stand. Die Prüfungen legte man an der Volkshochschule ab, welche sowohl das Fachpersonal der KursleiterInnen als auch die Organisation der Kurse, die nach den Programmen der Zertifikatslehrgänge für Englisch und Französisch durchgeführt wurden, zur Verfügung stellte.<sup>147</sup> 1977 wurden eigene Englischkurse für Schichtarbeiter der Chemie Linz AG. eingeführt. Die Anregung dazu kam aus dem Betrieb, von den Arbeitern selbst. Betriebsrat und Gewerkschaft griffen die Idee auf und leiteten sie zur Umsetzung an die Volkshochschule weiter. Die besonderen Arbeitsbedingungen der Schichtarbeitern machten es notwendig, für sie einen ausgeklügelten Zeitplan festzulegen. Die Kurse verliefen in zwei Gruppen und umfassten für die in der Früh- und Nachtschicht Tätigen jeweils die gleiche Anzahl an Stunden. In beiden Gruppen fanden sich nur männliche Kursteilnehmer ein. Die meisten

von ihnen hatten zuvor noch nie Englisch gelernt. Die Homogenität der Gruppe wirkte sich positiv auf die Lernfortschritte aus.<sup>148</sup>

Da die Gruppe der IndustriearbeiterInnen unter den VolkshochschuleteilnehmerInnen nach wie vor stark unterrepräsentiert war, initiierte die Volkshochschule Linz ab Herbst 1976 im Werkshotel 3 der VÖEST-Alpine AG. und im Pendlerheim der Chemie Linz AG. einen so genannten Pendler-Klub. Diese Klubs boten auswärtigen Arbeitnehmern, die während der Woche in Linz wohnten, die Möglichkeit zur aktiven Freizeitgestaltung, wobei den Teilnehmern weitgehende Selbstgestaltung offen blieb. Bei diesen bestanden zunächst große Ängste, in diesen Klubs „etwas lernen zu müssen“ und dadurch erneut einem vom Beruf her wohlbekannten Konkurrenzdruck ausgesetzt zu sein. Schwierig gestaltete sich auch das Erkennen, Zulassen und Umsetzen von eigenen Wünschen und Vorstellungen: So wurde etwa vor Weihnachten von den Klubmitgliedern der Wunsch geäußert, einen Bastelabend durchzuführen. Gleichzeitig erhob sich aber die Befürchtung, ob denn ein Bastelabend das „Richtige“ für erwachsene Männer, noch dazu für hart gesottene Stahlarbeiter, sei. Neben Kegelabenden und Schachlehrgängen wurden Diskussionen über die eigene Situation als Pendler, aber auch über Themen wie „Unsere Kinder - Schule und Berufswahl“, zum Thema Lohnverrechnung, aber auch über Alkoholismus, ein Problem in den Pendlerheimen, das von den Teilnehmern selbst angesprochen wurde, durchgeführt. Die Erfolge der Pendler-Klubs machten deutlich, dass die Schwellenängste vor Bildungs- und Kulturveranstaltungen primär dadurch überwunden werden

konnten, dass die Veranstaltungen im unmittelbaren Wohn- und Lebensbereich, im vertrauten Milieu, stattfanden. Für die positive Aufnahme der Klubleiter durch die teilnehmenden Arbeiter erwiesen sich zudem die Anpassung in Wortwahl und Ausdrucksweise, die Herkunft der Klubleiter aus ähnlichem Milieu und das Wissen um die unmittelbaren Lebens- und Existenzbedingungen der Teilnehmer als vorteilhaft.<sup>149</sup>

In den 1970er Jahren wurde gemäß der Maxime von der „Demokratisierung der Gesellschaft“ (Bruno Kreisky) auch der Demokratieschulung und der politischen Bildung verstärkt Aufmerksamkeit zugewandt. Ende 1972 veranstaltete die Volkshochschule Linz ein eigenes Volkshochschul-Parlament. Ziel dieser Veranstaltung war es, ein offenes Gesprächsklima zwischen hauptamtlichen MitarbeiterInnen der Volkshochschule, den KursleiterInnen und den TeilnehmerInnen zu schaffen und das Volkshochschul-Parlament als Mittel der Mitbestimmung im Volkshochschulbetrieb zu etablieren. Man diskutierte über Organisation, Infrastruktur, Programm und pädagogische Probleme.<sup>150</sup> Im Rahmen von Projektförderungen wurde 1973 die politische Bildung neben der Volkshochschule Linz auch an der Volkshochschule der Stadt Wels eingeführt.<sup>151</sup>

Daneben etablierte sich an der Volkshochschule Linz das „Politische Forum“, welches einen Beitrag zur Hebung der im Konkordanzklima der Nachkriegszeit nicht sehr erblühten Diskussions- und Streitkultur leisten wollte: In diesem Forum wurden aktuelle politische Fragen aufgegriffen, ihre Zusammenhänge erläutert und die verschiedenen Standpunkte zur Diskussion gestellt. Die Teil-

nehmerInnen sollten die Möglichkeit erhalten, sich in Gesprächen mit PolitikerInnen, JournalistInnen, KommentatorInnen, Fachleuten oder den Betroffenen selbständig ein eigenes Urteil über eine gesellschaftspolitische Frage zu bilden. Im Oktober 1978 fand zum ersten Mal eine solche Diskussionsrunde statt, die im Laufe weniger Monate einen TeilnehmerInnenkreis von über 80 Personen gewann. Auf Grund des großen Erfolgs wurden Forumdiskussionen eingeführt, bei denen sich im Regelfall zwei TeilnehmerInnen mit konträren Standpunkten in einem kurzen Einleitungsstatement der Publikumsdiskussion stellten. Die Podiumsgäste sollten keine Vortragenden sein, sondern als Informations- und Auskunftspersonen dem interessierten Publikum Rede und Antwort stehen. Die Themenpalette war breit gefächert und reichte von der Unabhängigkeit der Medien, pro und kontra Atomkraft, über Steuern, die Einkommens- und Vermögensverteilung in Österreich, die Emanzipation der Frau, faschistische Tendenzen in der Demokratie und politischen Extremismus in Österreich, österreichische Parteiprogramme im Vergleich, bis zu Themen wie multinationale Konzerne in Österreich, aber auch Islam und Politik sowie die aktuelle Entwicklung im Iran.<sup>152</sup> Doch am Ende des sozialdemokratischen Aufbruchsjahrzehnts sah man die Verhältnisse bereits ernüchterter: Der Großteil der ArbeiterInnen, der bäuerlichen Bevölkerung und der nicht berufstätigen Frauen nahm an der Erwachsenenbildung nach wie vor nicht teil. Die Expansion von Schule und Hochschule in den 1970er Jahren hatte keine Chancengerechtigkeit im Bildungswesen herbeigeführt. Ein Ausgleich, der die Teilnahme jenes Teils

der Bevölkerung sichert, der nur mit Pflichtschulabschluss in das Berufsleben eintritt, wäre aber nur über die Erwachsenenbildung zu erreichen. Dazu bedürfte es aber neben der moralischen und finanziellen Förderung der Erwachsenenbildung der hauptberuflichen Beschäftigung von VolkshochschulmitarbeiterInnen, damit diese ausreichend Zeit für Kommunikation und situationsgerechte Planung erhielten. Denn diese „bildungsfernen“ Gruppen finden nicht von alleine den Weg in die Volkshochschule, er muss ihnen erst bereitet werden. Dabei ist die geringe kulturelle und politische Aktivität großer Teile der Arbeiterschaft nicht in einem mangelnden Interesse begründet, sondern in

der geringen Erfahrung der Möglichkeiten von Eigengestaltung. Man bemühte sich daher, Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, die die ArbeiterInnen zum Verständnis politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge befähigen sollten. Dadurch sollten sie ein gewisses Maß an geistiger Autonomie erlangen, die die Voraussetzung für aktive Mitbestimmung darstellt. Pendler-Klubs, Politische Foren, Stadtforen und Lernstätten zur Förderung der Kommunikation und Lösung von Konflikten im Betrieb stellten daher wichtige Initiativen in der gesellschaftspolitisch engagierten Erwachsenenbildungsarbeit für ArbeiterInnen und kleine Angestellte dar.<sup>153</sup>



Sei g'scheit VHS, AK-Pavillon auf der Welser Messe 1982.

## 9. Von der „Bildungslandschaft“ zum „Bildungsmarkt“: Entwicklungstendenzen in den 1980er Jahren

Die Erwachsenenbildung war in den 1970er Jahren dazu angetreten, die durch das staatliche Bildungssystem produzierten Ungleichheiten zu verringern. In den 1980er Jahren war davon nur wenig zu spüren. Die Erwachsenenbildung wurde nach wie vor primär von den Angestellten der Mittelschichten frequentiert. In der beruflichen Fortbildung dominierten die Männer, in der allgemeinen Bildung überwogen die Frauen. Mit Schwerpunktsetzungen auf Freizeit, Sport und Sprachen expandierte seit den 1970er Jahren die Angebotspalette bei den Kursen: „Das Warenhaus Erwachsenenbildung bietet also alles oder fast alles an und glaubt, so auch die Bildungsinteressen aller Menschen zu treffen. Mehr Angebot zieht aber meist nur Personen an, die ohnedies schon Erwachsenenbildung gewohnt sind.“<sup>154</sup>

Ein Zehn-Jahres-Vergleich zwischen 1977 und 1987 gibt interessante Aufschlüsse über die Trends bei den BesucherInnen und Angeboten der oberösterreichischen Volkshochschulen: Im genannten Zeitraum verdoppelte sich die Zahl der Kurse beinahe. (Siehe Diagramm 1)

Die Kursteilnahmen stiegen von 48.998 auf 80.543. Die Zahl der Einzelveranstaltungen erhöhte sich von 1.305 (1977) auf 2.457 (1987), mit 96.912 Teilnahmen 1977 und 221.099 Teilnahmen 1987. (Siehe Diagramm 2)

Der Anteil der Frauen wuchs von 71 Prozent 1977 auf 78 Prozent im Jahr 1987. Die Volkshochschule hat ihre Stellung als „Bildungshochburg“ der Frau-

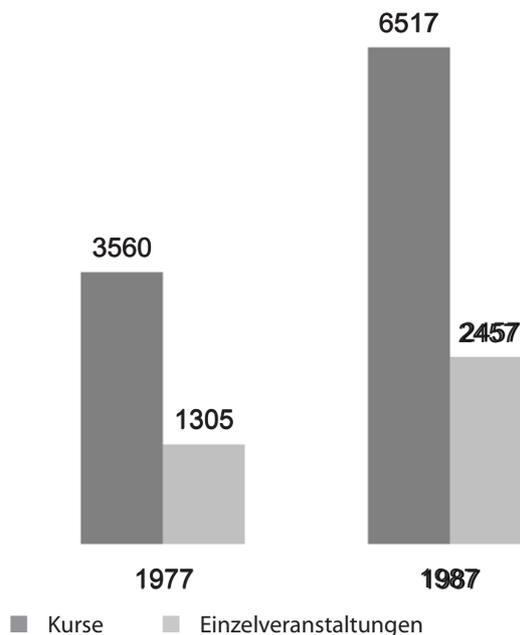


Diagramm 1

Vergleich der Anzahl der Kurse und Einzelveranstaltungen 1977 und 1987.

en weiter ausgebaut. Die Prozentzahl der angekündigten und nicht abgehaltenen Kurse ging im Vergleichszeitraum 1977 bis 1987 von 12 auf 8 Prozent zurück. Dies lässt zweierlei Interpretationen zu: Entweder trafen die VolkshochschulleiterInnen mit ihren Programmangeboten in größerem Ausmaß das Bildungsbedürfnis der Menschen oder sie sind bei neuen und noch unerprobten Kursangeboten angesichts der knapper werdenden Finanzressourcen zurückhaltender geworden.

Eine Aufgliederung der GesamtteilnehmerInnen nach sozialen Gruppen zeigt uns das in Diagramm 3 dargestellte Bild.

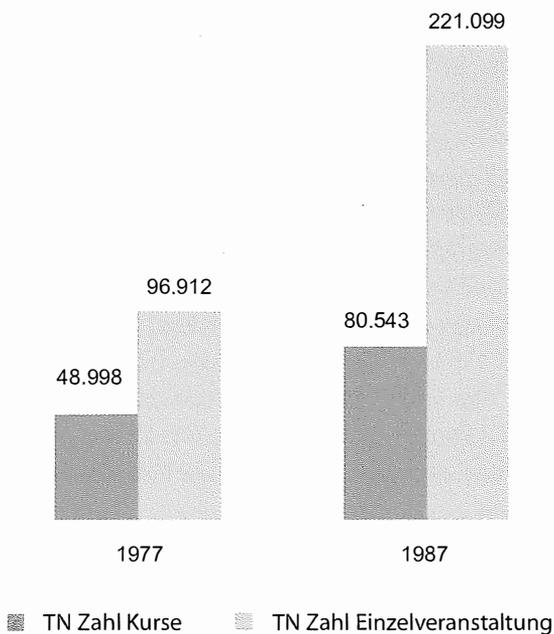
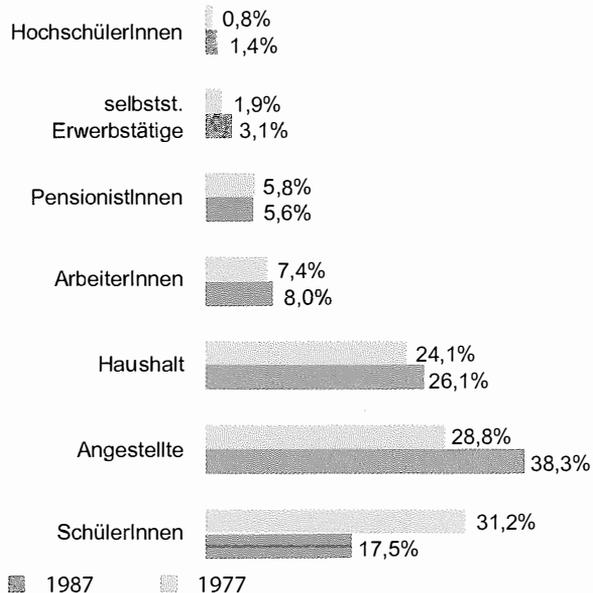


Diagramm 2

Vergleich der Anzahl der Teilnahmen an Kursen und Einzelveranstaltungen 1977 und 1987.

Seit vielen Jahren wurde im Verband die Diskussion um den relativ geringen Anteil der Gruppe der ArbeiterInnen und Lehrlinge an der gesamten KursteilnehmerInnenzahl geführt. Wenn man von der Annahme ausgeht, dass ArbeiterInnen in erster Linie Bildungsveranstaltungen besuchen, die sie auch beruflich verwerten können, müsste ein direkter Zusammenhang mit den von den Volkshochschulen angebotenen berufsbildenden Kursen herstellbar sein: 1978 waren von 3.720 Kursen 378 berufsbildende Kurse (10,1 Prozent des Gesamtprogramms), im Jahr 1987 waren es von 6.517 Kursen nur noch 306 Kurse (ca. 4,7 Prozent des



(Summe der Prozentangaben 100%)

Diagramm 3

Verteilung der Teilnahmen in Kursen nach sozialen Gruppen 1977 und 1987.

Gesamtprogramms). Trotz der Verschiebung zu Ungunsten der berufsbildenden Kurse ist der Anteil der ArbeiterInnen und Lehrlinge im wesentlichen auf niedrigem Niveau konstant geblieben, was wohl auf breiteres Bildungsinteresse schließen lässt.<sup>155</sup>

Eine Aufgliederung der GesamtteilnehmerInnen nach Fachgruppen zeigt eine deutliche Verringerung der Fachbereiche „Kreativität und Freizeit“ sowie „Wirtschaft und Beruf“. Zu einer deutlichen Erhöhung kam es im Bereich „Körperkultur“ und „Sprachen“.<sup>156</sup> Kreativitäts- und Freizeitkurse, Sport- und Turnkurse sowie Sprachkurse

gehörten 1987 zu den meistgebuchten Veranstaltungen an Oberösterreichs Volkshochschulen. Angebote aus den Bereichen „Mensch und Gesellschaft“ sowie „Natur und Technik“ sind lediglich marginal vertreten.<sup>157</sup>

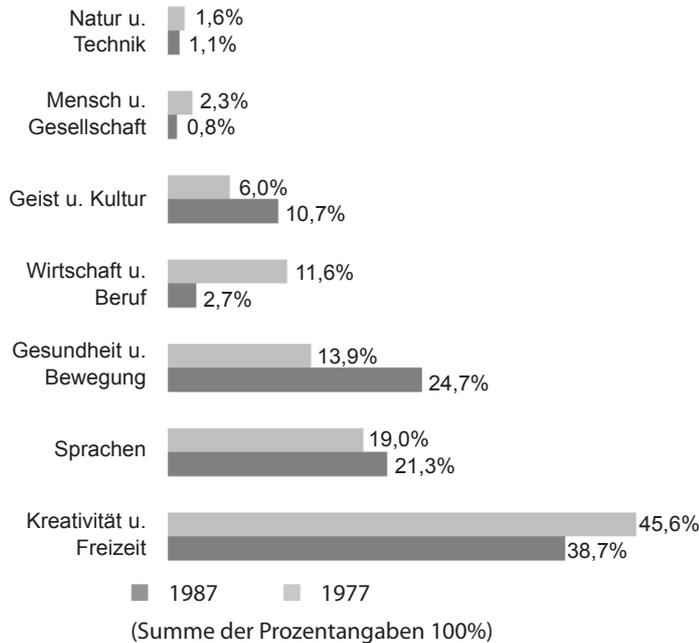


Diagramm 4  
Vergleich der Teilnahmen nach Fachbereichen 1977 und 1987.

Das Programmangebot wurde seit vielen Jahren von den Altersgruppen der 20- bis 30-jährigen und der 30- bis 50-jährigen am stärksten wahrgenommen. Unterrepräsentiert waren nach wie vor die TeilnehmerInnen aus der Altersgruppe der über 50-jährigen. Dass die Volkshochschulen Oberösterreichs nicht ausschließlich Bildung für Erwachsene

betrieben, zeigt die Zahl der unter 15-jährigen, die Ende der 1980er Jahre zunahm und bereits an dritter Stelle bei den Alterskohorten lag. Rückläufige Tendenz zeigte hingegen die Altersgruppe der 15 bis 20-jährigen.<sup>158</sup>

Ein Schlaglicht auf die TeilnehmerInnenstruktur, KursbesucherInnenfrequenz und -motivation an einer konkreten Volkshochschule soll mit dem Beispiel der Volkshochschule Steyr geworfen werden: Im Jahr 1984 wurde an der örtlichen Volkshochschule eine TeilnehmerInnenbefragung mit insgesamt 538 Personen durchgeführt. Ein Drittel derselben besuchte zum ersten Mal die Volkshochschule Steyr, der höchste Anteil von neuen HörerInnen war im Fachbereich „Wirtschaft und Beruf“ mit fast 79 Prozent zu verzeichnen. Die überwiegende Zahl der KursteilnehmerInnen wurde durch die Ankündigung des Programms im Amtsblatt der Stadt informiert (fast 50 Prozent), ein Drittel der HörerInnen durch das Programmheft. Zentrales Motiv für den Besuch der Volkshochschule war für 57 Prozent der Befragten die Freizeitgestaltung, gefolgt vom Wunsch nach dem Erlernen diverser Fertigkeiten (31 Prozent). Das Profil der HörerInnen entsprach dem oberösterreichweiten Befund: 75 Prozent der Steyrer VolkshochschulteilnehmerInnen waren Frauen, beim Alter lagen die 30 bis 50-jährigen mit 41 Prozent an der Spitze. Der Anteil der AkademikerInnen und MaturantInnen war überdurchschnittlich hoch. Knapp 80 Prozent der HörerInnen kamen aus dem Stadtgebiet, der Rest aus den naheliegenden Umlandgemeinden. Der größte Anteil an auswärtigen HörerInnen fand sich mit 32 Prozent im Fachbereich „Wirtschaft“.<sup>159</sup>

Im Jahre 1980 hatten sowohl SPÖ als auch ÖVP je ein Erwachsenenbildungsprogramm erstellt, welche in den Schlussfolgerungen und Forderungen weitgehend übereinstimmten. Die Folgen der Mitte der 1970er Jahre eingeführten 40-Stunden-Woche, die die wöchentliche Freizeit der ArbeitnehmerInnen beträchtlich vermehrte und unter anderem auch mehr Zeit für Weiterbildung ermöglichte, führte zu einem weiteren Ausbau in den Erwachsenenbildungseinrichtungen.

1981 hatte der sozialdemokratische Unterrichtsminister Fred Sinowatz gemeinsam mit den Verbänden der Erwachsenenbildung einen „Entwicklungsplan für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung in Österreich“ erarbeitet. Auf dieser Basis sollten gemeinsam Projekte durchgeführt sowie regionale, inhaltliche und organisatorische Defizite abgebaut werden. Ziel war auch eine verbesserte Kooperation unter den verschiedenen Erwachsenenbildungseinrichtungen. Die eingereichten Projekte betrafen die Verbesserung der Qualifikation der MitarbeiterInnen, die Aus- und Fortbildung, regionale und lokale Strukturverbesserungen sowie den Ausbau des Zweiten Bildungswegs.<sup>160</sup>

Weitere Schwerpunkte bei den oberösterreichischen Projekten, die beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst eingereicht wurden, waren Zertifikatskurse, Vorbereitungskurse für die Berufsreifeprüfung, Entwicklung von Lernklubs, Förderstunden, Gesundheitserziehung, frauenspezifische Themen und KonsumentInnenbildung.<sup>161</sup>

Im Gefolge eines gestiegenen Ökologiebewusstseins in der Bevölkerung (Zwentendorf, Hainburg) fand in Zusammenarbeit zwischen dem Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen und dem

bfi Oberösterreich zwischen 1986 und 1987 das Projekt „Umwelt“ statt. In Spital am Pyhrn wurde ein Seminar mit ExponentInnen aus allen Erwachsenenbildungseinrichtungen mit einem Planspiel zum Thema „Umweltschutz und Arbeitsplätze“ abgehalten.<sup>162</sup> Weitere Umwelt-Projekte wurden im Bereich Stadtökologie durchgeführt, etwa am Beispiel der Stadt Schärding mit dem Ausbildungsmodell „Umweltberater“ und dem neuen Berufsbild „Landschaftsgärtner“. Neben dem Kontakt zwischen Volkshochschule und VertreterInnen der Stadt Schärding kam es auch zum Austausch mit stadtökologischen Projekten aus Städten in Deutschland.<sup>163</sup>

Auch die gesellschaftlichen Veränderungen im Gefolge der in den 1980er Jahren zunehmenden Migrationsbewegungen in Mitteleuropa zeitigten ihre Auswirkungen auf die oberösterreichischen Volkshochschulen. In einigen trat in verstärktem Maß das Problem auf, dass MigrantInnen Kurse (vor allem Deutschkurse) besuchen wollten, den Kursbeitrag jedoch nicht bezahlen konnten. Die Volkshochschulen waren grundsätzlich bereit, die Bildungsbemühungen von Flüchtlingen zu unterstützen. Daher suchte der Verband nach einer Möglichkeit der Kostenübernahme der Kursgebühren durch das Innenministerium. In der Folge fanden an verschiedenen Volkshochschulen Kurse für MigrantInnen statt, deren Kosten von der Arbeitsmarktförderung übernommen wurden.<sup>164</sup>

In Anbetracht der gesellschaftlichen Auswirkungen der Frauenemanzipationsbewegung seit den 1970er Jahren und eines verstärkten Drängens von Frauen auf den Arbeitsmarkt wurden frauenspezifische Themen auch an den Volkshochschulen verstärkt



Bei der Arbeitstagung 1986 in Braunau am Inn wurden aktuelle Bildungsfragen besprochen und verdiente MitarbeiterInnen für ihre langjährige Tätigkeit geehrt. Im Bild: Mag. Karl Würtinger (langjähriger Finanzreferent), OAR Maria Hofinger, Amtsdirektor Max Bruckner, VÖV-Generalsekretär Dr. Wilhelm Filla, Ingeburg Kreutzer, Prof. Gustav Hofinger, Martha Bruckner und Günter Kalliauer (v. l. n. r.).

behandelt. Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck wandte sich mit dem Wunsch an die Volkshochschule Linz sowie an den Volkshochschulverband, Aufholseminare für Frauen, welche nach längerer Zeit wieder in ihren früheren Beruf eintreten wollten, durchzuführen.<sup>165</sup>

Ab 1980 wurden an der Volkshochschule Linz eigene Frauenwochen abgehalten. Deren Hauptziel war es, ein Forum der Begegnung für die verschiedenen Frauenorganisationen, aber auch für nicht organisierte Frauen, zu bieten. Auf einem eigenen

„Standmarkt“ präsentierten verschiedene Frauengruppen ihre Standpunkte der Linzer Öffentlichkeit. Die Organisatorinnen der Frauenwochen waren durchwegs Vertreterinnen der Mittel- und Bildungsschichten. Dementsprechend waren Sprachniveau und Gesellschaftsverständnis gestaltet. Dementsprechend waren auch die Betrachtungsweise der Frauenproblematik und die Wahl der Themen bei den Veranstaltungen. Diese Barriere war für Frauen aus der Arbeiterschaft kaum zu überwinden. Dennoch erwies sich die Volkshochschule als

geeignete neutrale Plattform für verschiedene ideologische und politische Frauengruppen. Aus der Frauenwoche entwickelte sich das regelmäßig abgehaltene „Frauenforum der VHS“, welches Möglichkeiten der Kontaktpflege, des Gesprächs, der Meinungsbildung und der Information bot.<sup>166</sup> Neben der verstärkten Frauenbildung nahm auch die Aufmerksamkeit gegenüber der demografisch größer werdenden Gruppe der SeniorInnen im Laufe der 1980er Jahre zu. Auch hier wuchs vor allem der Anteil der Frauen am deutlichsten. Diesen neuen SeniorInnengruppen war freilich der



Titelblatt der Linzer Volkshochschul-Zeitung „Nach der Arbeit“, Ausgabe Mai 1981.

Umgang mit Bildung und Freizeit in einem größeren Maße vertraut als früheren Generationen von PensionistInnen der Vorkriegs- und Kriegszeit, deren Lebensinhalt oft nur aus Arbeit, „Pflicht“ und Verzicht bestanden hatte. Alt werden bzw. „alt sein“ war freilich in den 1980er Jahren vor dem Hintergrund eines dominierenden Jugendkults in Werbung und Gesellschaft auch nicht unbedingt ein einfaches Unterfangen. Dazu kamen die mannigfachen Erfahrungen des Verlusts, welche das Alter mit sich bringt: Der Verlust des Berufs, der Leistungsfähigkeit, der Gesundheit, der Familienangehörigen, der Freundinnen und Freunde. Bildungsarbeit mit SeniorInnen hatte sich daher mit den konkreten Problemen der alten Menschen auseinander zu setzen, andererseits aber auch diese Menschen zu aktivieren, am gesellschaftlichen Leben wieder teilzunehmen und neue Werte und Lebensinhalte zu finden. Bildungsarbeit für Ältere sollte zur Erhaltung der Selbständigkeit führen und Hilfestellungen für die Aufarbeitung der eigenen Lebensgeschichte bieten. Als hilfreich dafür erwies sich das Anknüpfen an die konkreten Biografien der SeniorInnen, um ihre Wünsche und Bedürfnisse besser erkennen zu können. Zentral in der Bildungsarbeit sind der kommunikative Aspekt, das gemütliche Ambiente der Zusammenkünfte, die gemeinsamen „Fahrten ins Blaue“, die Ausflüge und Besichtigungen bei gutem Essen und viel Zeit für Gespräche (SeniorInnenstammtische). Denn auch eine Kaffeehausrunde kann Bildungsarbeit sein. Der oberösterreichische Volkshochschulverband vertrat die Meinung, dass SeniorInnenarbeit nicht alleine den politischen PensionistInnenorganisationen überlassen werden sollte, denn nicht alle

älteren Menschen sind in den diversen Parteivorfeldorganisationen erfasst bzw. würden sich auch nicht erfassen lassen wollen.<sup>167</sup>

Neben den Alten widmete man sich freilich auch den Jungen der Gesellschaft: In den Programmen der Volkshochschulen Enns, Linz, Freistadt, Wels und Steyr wurde die so genannte „Elternschule“ angeboten mit den Schwerpunkten „Kind und Gesellschaft“, „Kind und Freizeit“, „Randgruppen“ sowie „Behinderte“.<sup>168</sup> Ausgegangen war die Initiative zur Gründung von „Elternschulen“ von der Volkshochschule Linz, wo sie gemeinsam mit dem damaligen Jugendamt entwickelt worden waren und sich für einige Zeit als Schwerpunkt im Jahresprogramm etablierten. Es handelte sich um ein mehrstufiges System, das über viele Jahre erfolgreich lief und durch viele Aktivitäten im Umfeld der Elternkurse ergänzt wurde. Die größte Aufmerksamkeit hat dabei eine Großveranstaltung mit dem Titel „Kind sein in Linz“ gefunden. Der inhaltliche Themenbereich war der Erziehung zum Frieden gewidmet, zu dem im Herbst 1987 verschiedene Aktionen und Kulturveranstaltungen (u.a. wurde das Neue Rathaus mit einem „Friedensnetz“ aus von Kindern gezeichneten Transparenten umhüllt), ein pädagogisches Symposium, eine Fortbildungsveranstaltung für Kindergarten- und HortmitarbeiterInnen, ein Informationsmarkt und ein Kinderspielfest abgehalten wurden.<sup>169</sup>

Zum Zwecke der Belebung der historischen und politischen Bildung kam es an der Volkshochschule Linz in den 1980er Jahren zu einer Reihe von zeithistorischen Projekten, die in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte und Neuere Geschichte der Universität Linz durchgeführt wur-

den. So initiierte man 1983 ein lokalgeschichtliches Projekt, in welchem in den Linzer Stadtteilen Urfahr und Kleinmünchen Laiengeschichtsgruppen unter dem Titel „Unsere Geschichte“ im Sinne der „Grabe-wo-Du-stehst“-Bewegung tätig wurden. Untersuchungsobjekte der engagierten LaienhistorikerInnen waren Alltag und Lebensprobleme der scheinbar geschichtslosen arbeitenden Menschen.<sup>170</sup> Diese zeit- und arbeiterhistorischen Projekte sind auch im Kontext der Dezentralisierung der Volkshochschultätigkeit zu sehen, welche bereits mit den Stadtteil- und Pendlerklubs vorgezeichnet war.

Im Herbst 1983 startete die Volkshochschule Linz Exkursionen in das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen, die als Kombination von vorbereitendem Vortrag, Führung und ZeitzeugInnengesprächen konzipiert waren und sich insbesondere an Schulklassen wandten. Darüber hinaus wurde an die Errichtung eines „Oral-History“-Archivs gemeinsam mit dem ORF Oberösterreich gedacht, ebenso an eine Wanderausstellung zur Geschichte der oberösterreichischen Arbeiterbewegung. Gerade die Behandlung der eigenen lokalen Geschichte schien günstig für die Erneuerung der politischen Erwachsenenbildung zu sein, wobei sich auch Wege zur Arbeiterbildung aufboten. Auf Grund der Organisationsform in Arbeitsgruppen sollten sich tendenziell die Grenzen zwischen Lehrenden und Lernenden aufheben, Anstöße zur Selbständigkeit, Eigeninitiative und forschendem Lernen gesetzt sowie Kontakte zwischen den Generationen geknüpft werden. Mit erfolgreichen zeitgeschichtlichen Projekten konnten außerdem das Image und der Bekanntheitsgrad der Volkshochschule

verbessert und verbreitert werden.<sup>171</sup>

Neben Geschichtsgruppen in Kleinmünchen und Alt-Urfahr sowie einer Betriebsgruppe in der Chemie Linz AG. entstand 1988 mit Unterstützung der Volkshochschule Linz eine weitere Geschichtsgruppe im Linzer Stadtteil Keferfeld. Rund 20 Personen aus allen Altersgruppen und sozialen Schichten setzten sich mit der Entstehung und Entwicklung des Stadtteils Keferfeld auseinander, der 1938/39 für die aus St. Peter und Zizlau wegen des Hüttenbaues der Hermann-Göring-Werke abgesiedelten Bevölkerung entstanden war. 1989 wurde dazu eine Ausstellung organisiert und ein Buch herausgegeben.<sup>172</sup> Weitere zeitgeschichtliche Aktivitäten wurden im sogenannten „Gedenkjahr“ 1988 gesetzt.<sup>173</sup>

Da zeithistorische Betrachtungen letztlich nicht selten in Gegenwartsanalysen münden, führte der zeitgeschichtliche Schwerpunkt an der Volkshochschule Linz auch zur Behandlung der Situation von Minderheiten im heutigen Österreich, wobei in mehreren Abendveranstaltungen die Minderheitenprobleme bei den österreichischen Slowenen, Kroaten, Juden und Sinti und Roma behandelt wurden.<sup>174</sup> Dass zeithistorische Exkurse zuweilen auch in die Natur führen können, beweist die Beschäftigung mit und die Erwanderung der Geschichte der lokalen Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus im Salzkammergut.<sup>175</sup> Neben zeitgeschichtlichen Schwerpunktsetzungen kam es auch zu interessanten literarischen Aktivitäten: Am 6. Juli 1987 wurde durch die Volkshochschule Rohrbach das kulturelle Leben im Bezirk mit der Gründung der Zeitschrift „Findlinge. Literaturkreis Oberes Mühlviertel“ bereichert. Mitglie-

der des Volkshochschul-Fotoklubs und der Literaturwerkstatt der Volkshochschule gründeten diese vierteljährlich erscheinende Zeitschrift, welche zur Plattform für alle wurde, die mit eigenen Texten oder Bildern an die Öffentlichkeit treten wollten. Alltagsprobleme, eigene Ideen und Positionen sowie unterschiedlichste Geisteshaltungen in ästhetischer Verpackung der Öffentlichkeit anzubieten, Diskussionen zu provozieren, Unmut und positive Emotionen zu thematisieren, dies war der programmatische Rahmen der neuen Zeitschrift.<sup>176</sup> Die Volkshochschule Rohrbach veranstaltete darüber hinaus 1988 gemeinsam mit dem Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen, den AK-Kulturkontakten und dem Land Oberösterreich eine Kinder- und Jugendbuchausstellung, die nicht nur in die Welt der Bücher und der Bibliotheksbenutzung einführte, sondern auch über Verlage und Buchhandlungen informieren wollte und so die Schwellenängste vor diesen Institutionen abbauen half.<sup>177</sup>

Literatur bzw. die Verfassung eigener literarischer Texte wurde auch an der Volkshochschule Linz gefördert. Die so genannten Schreibwerkstätten starteten im Kursjahr 1985/86: eine im Volkshochschulhaus, eine in einem Arbeitslosenzentrum, eine in der Chemie Linz AG. Mitglieder der Schreibwerkstätten traten immer wieder mit Lesungen an die Öffentlichkeit, ein Mitglied erhielt sogar den Literaturförderungspreis der Stadt Linz und ein Text von ihm wurde in der Literaturzeitschrift „Die Rampe“ veröffentlicht. Auch wenn solche literarischen Entdeckungen Einzelfälle blieben, sicherlich auch bleiben mussten, so konnte durch die Arbeit in den Schreibwerkstätten doch ein

sorgfältigerer Umgang mit und eine erhöhte Sensibilität für Sprache erreicht und ein dauerhaftes Interesse an der Literatur geweckt werden.<sup>178</sup>

Für die MitarbeiterInnen und KursleiterInnen an den österreichischen Volkshochschulen kam es Anfang der 1980er Jahre zu wichtigen sozialrechtlichen Verbesserungen: Mit 1. Jänner 1982 wurde durch die 37. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. 588/1981, die sehr lange Zeit umstritten gewesene Frage der Sozialversicherungspflicht für MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung einer Klärung zugeführt. Damit wurde für Personen, die bisher gänzlich von einer gesetzlichen Sozialversicherung ausgeschlossen waren, sowie durch die Einführung eines für praktisch alle MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung wirksam werdenden gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes bedeutende sozialpolitische Verbesserungen eingeführt. Wenn für ErwachsenenbildnerInnen ihre Tätigkeit als Hauptberuf und als Hauptquelle der Einnahmen anzusehen ist, unterlagen diese Personen der gesetzlichen Vollversicherung, wenn sie mehr als die Geringfügigkeitsgrenze (von damals 1.995 Schilling) verdienten.<sup>179</sup> Ende der 1980er Jahre ergab sich bezüglich der MitarbeiterInnenstruktur an den oberösterreichischen Volkshochschulen folgendes Bild: Man verfügte über 2.686 MitarbeiterInnen, davon 2.267 KursleiterInnen, insgesamt 425 Vortragende und 4 ProjektleiterInnen. Im Organisationsbereich waren 1989 35 hauptberufliche MitarbeiterInnen, 7 Teilzeitbeschäftigte, 6 MitarbeiterInnen auf Honorarbasis und 108 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen tätig.<sup>180</sup> In der Berufsstruktur der VolkshochschulleiterInnen dominierten primär die Arbeiterkammer-

Amtsstellenleiter, gefolgt von den HauptschullehrerInnen, GymnasiallehrerInnen bzw. -direktorInnen, Volksschul- bzw. HauptschuldirektorInnen, den Gemeinde- und MagistratsbeamtenInnen. Die Hauptaufgabe des Oberösterreichischen Volkshochschulverbandes wurde Ende der 1980er Jahre neben der Weitergabe von Subventionen und Informationen zunehmend die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hierfür hatten sich Regionalseminare besonders bewährt. Von einer gemeinsamen MitarbeiterInnenausbildung von Volkshochschulen und bfi wurde jedoch für die Zukunft Abstand genommen.<sup>181</sup> Einen wichtigen Pool für VolkshochschulmitarbeiterInnen bildete nach wie vor das Potential der LehrerInnen. Seitens der Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung für Oberösterreich und des Landesinstituts für Volksbildung und Heimatpflege, vertreten durch Dietmar Assmann als Nachfolger von Aldemar Schiffkorn (1915-1987), kam es zur verstärkten Förderung von LehrerInnenfreistellungen für Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung.<sup>182</sup> Zusätzliches Personal konnten die Volkshochschulen aus der in Folge der Bildungs offensive entstandenen so genannten „Lehrerschwemme“, den universitär ausgebildeten LehrerInnen, die keine Aussicht auf einen ausbildungsgemäßen Job hatten, abschöpfen. Für diese arbeitslosen LehrerInnen wurde mit dem Unterrichtsministerium dahingehend Einigung erzielt, dass die rund 250 für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellten Personen zentral auf die Verbände aufgeteilt werden sollten, die ihrerseits die Bundesländer zu berücksichtigen hätten. Der Verband Österreichischer Volkshochschulen erhielt insge-

samt 32 LehrerInnen, von denen fünf auf den oberösterreichischen Verband entfallen sollten. Die Lehrerauswahl konnte die jeweilige Volkshochschule selbst treffen. De facto wurde aber nur ein einziger Lehrer und eine Lehrerin in der Volkshochschule der Stadt Wels beschäftigt.<sup>183</sup> Organisatorisch ergaben sich zu Anfang der 1980er Jahre im Volkshochschulverband einige Veränderungen: Die bisherige Vereinsvolkshochschule Salzkammergut schloss sich mit der Arbeiterkammer-Volkshochschule Gmunden zur „Volkshochschule der Arbeiterkammer Salzkammergut“ zusammen. Die Volkshochschule Salzkammergut hatte sich in den letzten Jahren schon „fast zu Tode gewachsen“: Die Zahlen der Kurse und TeilnehmerInnen waren seit dem Jahre 1973 beinahe auf das Dreifache angestiegen, was auch zu finanziellen Turbulenzen führte. Die Steigerungen bei den Subventionen von Bund und Land blieben dahinter weit zurück. Da die Volkshochschule aber noch weiter expandierte, sah der Verein keinen anderen Ausweg, als sich von der Volkshochschule der Arbeiterkammer „schlucken“ zu lassen.<sup>184</sup> Die beiden Arbeiterkammer-Volkshochschulen Großraming und Weyer schlossen sich zur „Volkshochschule der Arbeiterkammer Weyer“ zusammen. Die Verbandsmitgliedschaft der Volkshochschule Großraming wurde auf die Volkshochschule Weyer übertragen. Für die Stadt Vöcklabruck, die bisher von der Volkshochschule der Arbeiterkammer in Lenzing betreut worden war, wurde eine selbständige „Volkshochschule der Arbeiterkammer Vöcklabruck“ gebildet. Die Anzahl der Mitglieds-Volkshochschulen blieb damit mit 26 gleich.<sup>185</sup> Durch die Eröffnung des neuen AK-Bildungszentrums in

Steyr wurde die Zusammenarbeit zwischen Arbeiterkammer, bfi und Volkshochschule erheblich verstärkt. Das Recht der kostenlosen Benützung von Räumlichkeiten im AK-Bildungszentrum durch die Volkshochschule Steyr stellte eine wesentliche Unterstützung ihrer Bildungsarbeit dar.<sup>186</sup> Am 27. September 1986 wurde das durch Um- und Zubauten neu gestaltete AK-Bildungszentrum in Perg feierlich eröffnet, wodurch sowohl die Volkshochschule der Arbeiterkammer als auch der überaus erfolgreiche Fotoklub der Volkshochschule bessere Arbeitsbedingungen erhielten.<sup>187</sup> Durch die gemeinsame Unterstützung von Stadtgemeinde und Arbeiterkammer fanden sowohl der Polytechnische Lehrgang als auch die Arbeiterkammer-Volkshochschule unter der Leitung von Fritz Lassau mit der offiziellen Eröffnung am 1. Dezember 1989 in Braunau am Inn in einem neu adaptierten Schulgebäude ihre gemeinsame Heimstätte. Mit der Schaffung dieser räumlichen Symbiose zweier Bildungswege unter einem Dach konnte ein gemeinsames Kommunikationszentrum geschaffen werden, in dem bildungswilligen Menschen der Stadt und des Bezirks modernste Einrichtungen wie ein EDV-Sprachlabor, ein Phonotypie-Saal, ein naturkundlich-technisches Labor und ein Medienraum zur Verfügung stehen.<sup>188</sup>

## 10. Vom „Bildungssupermarkt“ zum „Diktat der ökonomischen Effizienz“: Entwicklungstendenzen in den 1990er Jahren

Die tiefgreifenden ökonomischen und politischen Veränderungen in einer sich globalisierenden Welt-

gesellschaft der 1990er Jahre wirkten in vielfältiger Weise auch auf den Bereich der Erwachsenenbildung ein und stellten die Volkshochschulen vor ihre bisher größte Herausforderung seit 1945.<sup>189</sup>

Die Flexibilisierungs- und Deregulierungsideologien in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt verschärften die Diskontinuitäten und sozialen Unsicherheiten in den Berufsbiografien moderner ArbeitnehmerInnen auf so gut wie allen Berufsfeldern. Die häufiger gewordenen biografischen Brüche zwischen unselbständiger, selbständiger oder projektorientierter Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit und Phasen der „Umorientierung“ bzw. der beruflichen Neuadaptation verschärften den gesellschaftlichen Zwang zur individuellen Eigeninitiative und Selbstorganisation im Weiter- und Umlernen. Die verstärkte Teilnahmebereitschaft bzw. der verstärkte arbeitsmarktbedingte Zwang zur Teilnahme an Bildungsmaßnahmen bevorzugte die berufsorientierte Weiterbildung zuungunsten einer breiter angelegten humanistischen Allgemeinbildung, der freilich die universelle Verbindlichkeit bereits durch die Auflösung eines allgemein gültigen Bildungsbegriffs in der „Postmoderne“ abhanden gekommen war.

Andererseits führten die Tendenzen der Individualisierung und Singularisierung, die Auflösungerscheinungen traditioneller (familiärer) Bindungen, sozialer bzw. politischer Milieus und klassischer Geschlechtsidentitäten zu gesellschaftlichen Unübersichtlichkeiten und zum Verschwinden normativer Eindeutigkeiten in Lebenssinn und sozialer Verortung des modernen Individuums. Diese Pluralisierung der Lebensstile (der „life styles“) vervielfachte auch die Selbstverwirklichungswünsche

und diesbezüglichen (Konsum-)Angebote („be yourself, B-free“), die auch in der Erwachsenenbildung in quantitativ gestiegenen Freizeit-, Persönlichkeits-, Gesundheits-, Sport-, Esoterik-, Kunst- und Hobbykursen ihren Niederschlag fanden.

Die entsprechenden bildungspolitischen Schlüsse aus diesen neuen Befindlichkeiten der 1990er Jahre wurden vom Verband Österreichischer Volkshochschulen auf dem Papier gezogen, welches als Resolution auf der Hauptversammlung des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen am 25. Juni 1994 in Linz verabschiedet wurde: „Die primäre Ausbildung der Menschen ist zeitlich begrenzt und reicht immer weniger für das ganze Leben. Vor allem an die Orientierungsfähigkeit der Menschen werden mehr und mehr Anforderungen gestellt. Mittel- und längerfristig gesehen muss es daher zu einem Umbau des gesamten Bildungssystems zu Gunsten einer lebensbegleitenden, das Leben bereichernden und die Lebenschancen der Menschen währenden Bildung für Erwachsene kommen. Diesen unverzichtbaren Umbau gilt es jetzt einzuleiten.“<sup>190</sup>

Während sich die allgemeine Erwachsenenbildung in weiterer Folge im überwiegenden Maße auf freizeitorientierte Angebote konzentrierte, war die rein beruflich orientierte Erwachsenenbildung dem Anpassungsdruck der wirtschaftlichen Erfordernisse ausgesetzt. Dies schlug sich vor allem im Bereich der anderen, von der Arbeiterkammer Oberösterreich getragenen, Erwachsenenbildungseinrichtung nieder: dem bfi. Dieses lag in seiner Ausrichtung auf berufliche Um- und Weiterbildung eindeutig im augenscheinlichen Trend der Zeit, verfügte im Vergleich zu den Volkshochschu-

len über das bessere Marketing und stand auch in der Gunst der Arbeiterkammer-Funktionäre höher. Der jahrelange Trend der Verlagerung der boomenden EDV-Kurse von den Arbeiterkammer-Volkshochschulen auf das bfi kam einer finanziellen Ausdünnung der ersteren gleich. Die Konkurrenz und die gegenseitigen Überschneidungen zweier Arbeiterkammer-Einrichtungen in Angebot, KursleiterInnenhonoraren und TeilnehmerInnenengebühren wurden zunehmend als Problem erkannt und, um zu einer besseren Koordination und Programmabstimmung zu gelangen, mit der möglichst einheitlichen Leitung der Arbeiterkammer-Volkshochschule des jeweiligen Bezirks und der Bezirksstelle des bfi beantwortet. Eine klare Abgrenzung zwischen Arbeiterkammer-Volkshochschule und bfi wurde zwar als notwendig erachtet, erwies sich freilich in der Praxis aber nicht für alle Bereiche realisierbar.<sup>191</sup>

Im Kursjahr 1990/91 fanden an Oberösterreichs Volkshochschulen 7.413 Kurse mit 89.888 Teilnahmen statt. Zudem wurden 2.390 Einzelveranstaltungen mit 153.645 Teilnahmen abgehalten. Die Schwerpunkte der Kurse lagen 1990/91 im jahrelangen Trend: Kreativität und Freizeit, Körperkultur und Sprachen dominierten nach wie vor die Angebotspalette (siehe Diagramm 5). Aus den sozialen Gruppen der Angestellten und der im Haushalt tätigen Personen kamen nach wie vor die meisten KursteilnehmerInnen (siehe Diagramm 6). Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der KursteilnehmerInnen betrug 78,54 Prozent (siehe Diagramm 7). Die am stärksten vertretene Altersgruppe war die der 30- bis 50-jährigen mit 38,1 Prozent, gefolgt von den 20- bis 30-jährigen mit

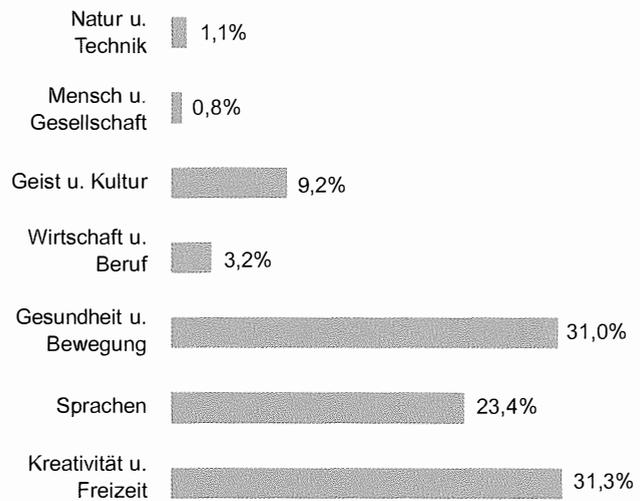


Diagramm 5: Kursteilnahmen nach Fachbereichen Arbeitsjahr 1990/91.

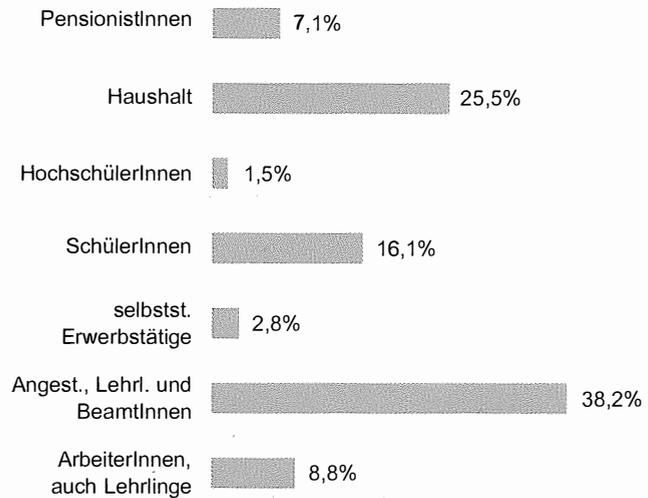


Diagramm 6: Verteilung der Kursteilnahmen nach sozialen Gruppen im Arbeitsjahr 1990/91.

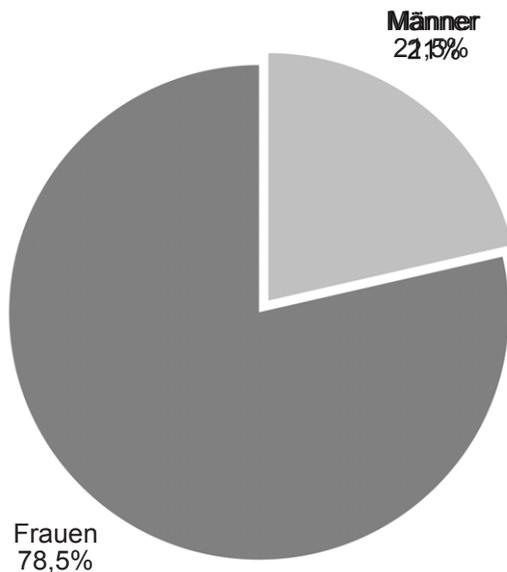


Diagramm 7  
Verteilung der Kursteilnahmen nach Geschlecht 1990/91.

27,9 Prozent (siehe Diagramm 8).<sup>192</sup> Im Arbeitsjahr 1993/94 wurden 30 Prozent aller Volkshochschul-kurse von den Volkshochschulen der Arbeiterkam-mer angeboten, 25 Prozent von der Volkshoch-schule Linz, 8,9 Prozent von der Volkshochschule Steyr, 5 Prozent von der Volkshochschule der Stadt Wels und 0,8 Prozent von der Volkshochschule Vöcklabruck.<sup>193</sup> Mit diesem Befund war der Ober-österreichische Verband nach Wien der zweitgrößte Volkshochschul-Landesverband Österreichs (siehe Diagramm 9).

Aber auch innerhalb des gesamten oberösterreichischen Erwachsenenbildungsmarkts lagen die Volks-hochschulen mit deutlichem Abstand an der Spit-ze. Trotz zunehmender Konkurrenz am Bildungs-markt standen die Volkshochschulen Oberöster-

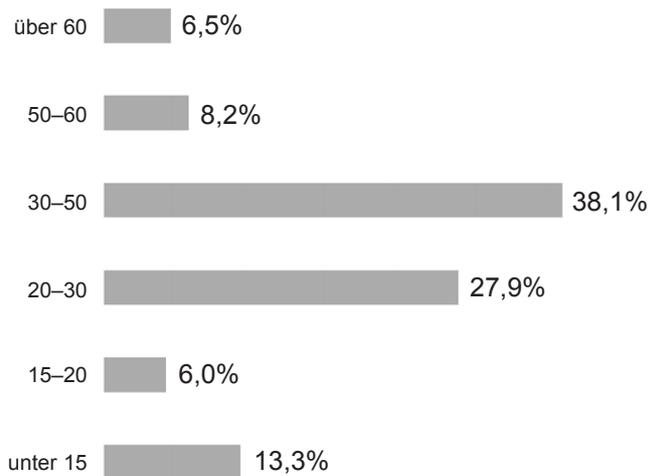


Diagramm 8  
Verteilung der Kursteilnahmen nach Altersgruppen im Arbeitsjahr 1990/91.

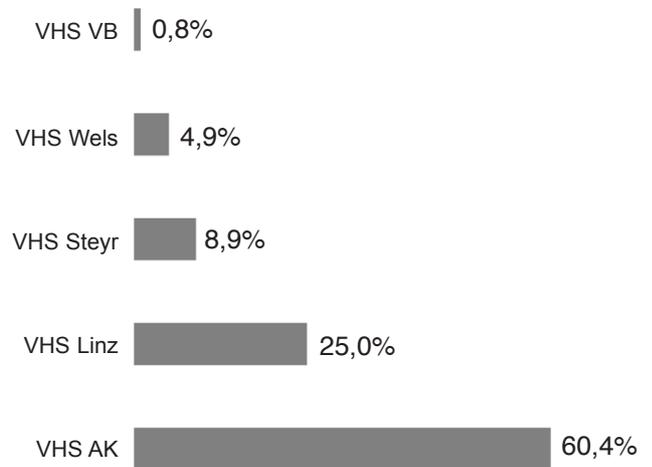


Diagramm 9  
Verteilung der Kurse an den oberösterreichischen Volks-hochschulen im Arbeitsjahr 1993/94.

reichs im Kursjahr 1995/96 mit 7.661 angebotenen Kursen und 93.544 Teilnahmen eindeutig an erster Stelle, gefolgt vom WIFI Oberösterreich und dem bfi.<sup>194</sup>

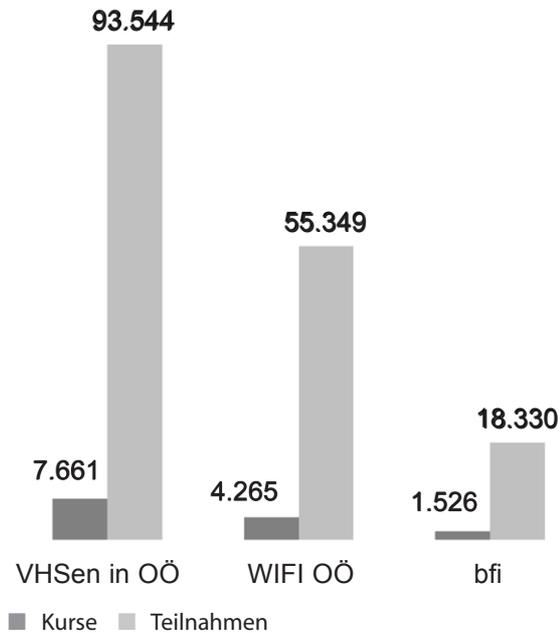


Diagramm 10

Trotz wachsender Konkurrenz lagen die Volkshochschulen in Oberösterreich 1995/96 an erster Stelle gegenüber anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Diese für die Volkshochschulen insgesamt erfreulichen Kurszahlen und „BesucherInnenquoten“ konnten freilich die Notwendigkeit einer inhaltlichen (Neu-)Positionierung und programmatischen Weiterentwicklung nicht verdecken. Die notwendigen Antworten auf die durch neue private Anbieter, neue KundInnenwünsche und neue

gesellschaftspolitische Konstellationen in Bewegung gekommenen Bildungs- und Fortbildungsmärkte lagen für die Volkshochschulen im forcierten Ausbau der Bereiche Sprachen, EDV, Persönlichkeitsbildung, berufsorientierte Weiterbildung, Zweiter Bildungsweg und der Bildungsberatung.<sup>195</sup> Basierend auf den mehrjährigen Beratungserfahrungen an der Volkshochschule Linz wurde Mitte der 1990er Jahre ein Kooperationsprojekt mit der Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung in Oberösterreich und der Arbeiterkammer für Oberösterreich entwickelt, welches den Ausbau der Bildungsberatung als Klärungs- und Entscheidungshilfe in ganz Oberösterreich zum Inhalt hatte und in dessen Rahmen Bildungsinteressierte über die Angebote und Förderungsmöglichkeiten hinsichtlich ihrer konkreten Bedürfnisse beraten werden können.<sup>196</sup> Die Bildungsberatung in den Arbeiterkammer-Bezirksstellen wird über die Arbeiterkammer-Volkshochschulen angeboten und ermöglicht so eine flächendeckende Versorgung des ganzen Landes.

Einen zentralen Stellenwert erlangte in den 1990er Jahren auch die Qualitätsdiskussion: Diese erstreckte sich sowohl auf die Qualität der infrastrukturellen Ausstattung (Kursräume, Gebäude, technische Ausstattung, Anmelde-, Informations- und Beratungsservice sowie seiner Außenpräsentation in Form des Images der Institution) als auch auf die Qualität der inhaltlichen, methodischen und pädagogischen Kompetenzen der KursleiterInnen. Denn die Qualität der Volkshochschularbeit liegt über weite Strecken ganz zentral in der Qualität der Arbeit der KursleiterInnen begründet. Darüber hinaus wurde verstärkt auf die Professio-

nalisierung und personelle Verstärkung des Personalstandes an hauptamtlichen MitarbeiterInnen in der Verbandsarbeit Wert gelegt. 1991 kam es - finanziert vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst - zur Schaffung einer eigenen pädagogischen Servicestelle des Verbandes und zur Anstellung von hauptberuflichen pädagogischen und organisatorischen MitarbeiterInnen. Diese sollten die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulzweig- und -nebenstellen verbessern helfen, den KursleiterInnen pädagogische Hilfestellungen geben, die

Weiterbildung von MitarbeiterInnen fördern, verbesserte Informationstätigkeit innerhalb des Verbandes leisten und sein Profil in der Öffentlichkeit besser präsentieren. Die Arbeiterkammer für Oberösterreich stellte dem Volkshochschulverband die erforderlichen Büroräume in der Volkshochschule Linz zur Verfügung. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Verbesserung der verbandsinternen Kommunikationsstrukturen sowie des EDV-Einsatzes.

Zur betriebswirtschaftlichen Diskussion um Quali-



Der Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen zieht in den 6. Stock der Volkshochschule Linz, 1991. Brigitte Maurer, Günter Kalliauer, Mag.<sup>a</sup> Bernadette Hauer, Mag.<sup>a</sup> Andrea Wall, Prof. Gustav Hofinger, Hofrat Dr. Dietmar Assmann, Bgm. i.R. Robert Pill, Ingeburg Kreutzer, Mag. Christian Muckenhuber, Maria Karner, Manfred Penz (v. l. n. r.).

tätsentwicklung und Qualitätssicherung zählt auch die um die Evaluierung des „Produkts Bildung“. Im Jahr 1997 wurde mit der Kursevaluation mittels Kursbegleitbogen und Befragung der TeilnehmerInnen an der Volkshochschule Linz begonnen.<sup>197</sup> Auch der am 2. Dezember 1993 gegründete Verein „Erwachsenenbildungs-Forum Oberösterreich“ (EB-Forum OÖ), ein Zusammenschluss oberösterreichischer gemeinnütziger Erwachsenenbildungseinrichtungen, widmete sich neben der allgemeinen Zustandsanalyse des „Bildungsmarkts Ober-

österreichs“ („Planquadrat 2001“) der Qualitätssicherung. Mit Günter Kalliauer gestaltete ein „Volkshochschul-Mann“ den Gründungsprozess entscheidend mit und nahm bis 1998 wichtige Weichenstellungen vor. Die Volkshochschule als relativ „neutrale“ Einrichtung und Günter Kalliauer mit seiner von allen Seiten akzeptierten Politik waren dafür prädestiniert, das notwendige Vertrauen zwischen den Mitgliedern des EB-Forums, die sich in der Alltagsarbeit ja als Konkurrenten gegenüber stehen, wachsen zu lassen. Von 2000 bis



Gründungsversammlung des EB-Forums OÖ im Ländlichen Fortbildungsinstitut (LFI) am 2. Dezember 1993. Dir. DI Friedrich Gabriel (LFI), Dir. Mag. Rainer Holzinger (Volkswirtschaftliche Gesellschaft Oberösterreich), Dr. Felix Messner (WIFI), Günter Kalliauer (Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen), Dir. Roland Spitzlinger (Bildungshaus St. Magdalena), Mag. Gerald Lorenz, verdeckt Dr. Hermann Kepplinger (bfi), Mag. Hubert Hummer (VOÖVHS), nicht abgebildet: Dir. Eduard Ploier (Bildungshaus Schloss Puchberg).

2001 lag der Vorsitz im EB-Forum mit Dr. Fritz Bauer wieder bei den Volkshochschulen. Anschließend übernahm Mag. Hubert Hummer die Funktion des stellvertretenden Obmannes. Das EB-Forum beschloss einen Katalog von Qualitätskriterien für Bildungseinrichtungen, welche die Qualitätsanforderungen sowohl in institutioneller, personeller als auch räumlicher und angebotsmäßiger Hinsicht transparent und überprüfbar standardisieren, und schuf im Dezember 1998 dafür ein eigenes Gütesiegel. Die BewerberInnen um das Gütesiegel werden von einer unabhängigen Kommission aus VertreterInnen von Bund, Land und Erwachsenenbildungseinrichtungen zertifiziert.<sup>198</sup> Am 30. November 1998 wurde dem Verband Ober-



Verleihung des „Qualitätssiegels der OÖ Erwachsenenbildung“ am 30. November 1998 im Landhaus in Linz. Mag. Hubert Hummer übernimmt als stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen von Frau Bundesministerin Elisabeth Gehr das Siegel. Links davon Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer.

österreichischer Volkshochschulen von der zuständigen Bundesministerin Elisabeth Gehr das Gütesiegel überreicht.

Trotz der verstärkten Marktorientierung und Marktzurichtung der Institution Volkshochschule und ihrer Angebote wollte man auf ihren gesellschaftspolitischen Stellenwert als Ort der sozialen Begegnung, der Kommunikation und der Diskussion nicht verzichten: „Volkshochschulen sollten ‚Orte des vorausseilenden Denkens‘, des politischen Lernens und der sozialen Integration sein. Die notwendige politische Offenheit darf dabei nicht mit sozialer Unparteilichkeit verwechselt werden. Das Bildungsangebot der Volkshochschulen ist über weite Strecken ‚Freizeitbildungsangebot‘ und soll es auch bleiben. Die voraussichtlich wachsende Freizeit ist dafür nur ein Grund. Gleichzeitig ist aber Sorge zu tragen, dass Bildungsangebote der Volkshochschulen nicht abwertend als unverbindlich erscheinen und leistungsbezogene Angebote ihren Platz haben. Der Umstand, dass Bildungsarbeit in vielen Bereichen immer stärker Aspekte von Kulturarbeit und Sozialarbeit in sich trägt oder tragen muss, erfordert kreative Anstrengungen.“<sup>199</sup> In der anlässlich der 40-Jahr-Feier des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 17. September 1993 im Festsaal des Neuen Rathauses in Linz gehaltenen Festrede „Die langsame Volkshochschule“ betonte Wolfgang Knopf den Stellenwert der Volkshochschule als den eines Ortes, an dem auch über das Leben nachgedacht werden könne. In Zeiten, wo Geschwindigkeit und Kurzlebigkeit dominieren, sah Knopf gerade in der Qualität und Seriosität der Volkshochschulen ihre Chance auf dem Bildungsmarkt.

Anlässlich dieses Jubiläums wurde auch das sogenannte „Bildungs-Forum“ präsentiert, welches zur fixen Einrichtung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen wurde, und sich der Aus- und Weiterbildung, der Qualifizierung von KursleiterInnen sowie VolkshochschulmitarbeiterInnen widmete. Die Weiterbildungsangebote erstreckten sich auf die Bereiche Gesundheit, Sprache, allgemeine Themen zur Bildungsarbeit, methodisch-didaktische Weiterbildung, Organisationsentwicklung, aber auch auf politische Bildung und Fragen zur Europäischen Integration.<sup>200</sup>

Die Diskussionen um den veränderten Stellenwert und die Bedeutung der Volkshochschulen und ihrer Bildungsangebote mündeten schließlich in eine selbstreflexive Leitbilddiskussion ein.<sup>201</sup> Die Volkshochschulen standen in den 1990er Jahren im Spannungsfeld zwischen einem homogenen Auftreten als Bildungsanbieter nach außen und einer beträchtlichen internen Heterogenität von insgesamt über 280 Volkshochschulen in ganz Österreich. Zu problematisieren war auch die aktuelle und zukünftige Identität des Landesverbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen: Sollte er eine „ideelle Gesamtvolkshochschule“, eine bildungspolitische Interessenvertretung, ein Theorie- und Reflexionsforum, eine Einrichtung der Qualitätssicherung, ein Dienstleistungsunternehmen für die Volkshochschulen sein, oder eine Mischung aus alledem? Darüber hinaus galt es, für die einzelnen Mitglieds-Volkshochschulen ein spezifisches Angebotsprofil zu finden. Die Kunst lag und liegt im Finden einer konsistenten Synthese, welche sich aus dem Spannungsfeld zwischen kollektiver und individueller Erkennbarkeit der oberösterreichi-



Die Präsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen Frau Bundesminister a. D. Gertrude Fröhlich-Sandner bei ihrer Festansprache anlässlich des 40-Jahres-Jubiläums des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen im Linzer Neuen Rathaus, September 1993.

schen Volkshochschulen zu entwickeln hat, einer Synthese von einheitlichem Auftreten und Erscheinungsbild der „Marke Volkshochschule“ nach außen und Profilierung sowie Schwerpunktbildung der einzelnen Volkshochschulen im inneren, im lokalen und regionalen Bereich.<sup>202</sup> Zur verstärkten Identitätskonstruktion und Schaffung eines spezifischen Erkennungsbildes einer einzelnen Volkshochschule bedurfte es wohl auch eines ver-

stärkten Augenmerks auf die politische und kulturelle Bildung, die als Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Bildungsanbietern und für die notwendige gesellschaftliche Verankerung vor Ort bedeutungsvoll ist. Besonders wichtig für die Profilbildung ist in diesem Zusammenhang die initiale und koordinative Kompetenz des lokalen Volkshochschulleiters bzw. der Volkshochschulleiterin.

Die neuen bildungspolitischen Gegebenheiten in den 1990er Jahren mussten von einer neuen Generation von ErwachsenenbildnerInnen bewältigt

werden. Anfang der 1990er Jahre kam es im Volkshochschulverband zu einem Generationenwechsel. Die Hauptversammlung am 20. April 1990 in Steyr stand ganz im Zeichen dieser personellen Veränderungen: Sowohl der Vorsitzende, Kammeramtsdirektor-Stellvertreter Prof. Gustav Hofinger, als auch sein Stellvertreter Dr. Erich Leichtenmüller schieden aus Altersgründen aus ihren seit 1974 bekleideten Verbandsfunktionen aus. Hofinger war 25 Jahre lang als Vorstandsmitglied, seit 1974 als Vorsitzender des Oberösterreichischen Volkshochschulverbands und auch als Vizepräsident



„Alter“ Vorstand des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen - anlässlich der Vorstandssitzung am 4. April 1990 im Neuen Rathaus in Linz. (v. l. n. r.) Vorne: RR Maria Karner, Bgm. i.R. Robert Pill, Prof. Gustav Hofinger, Dr. Erich Leichtenmüller, Ingeburg Kreuzer. Hinten: Gerhard Paul, Peter Reisenbichler, ADir. Max Bruckner, Günter Kalliauer, OSchR Walter Haminger, HR Dr. Dietmar Assmann, Manfred Penz.

des Verbands Österreichischer Volkshochschulen tätig gewesen. In seine Amtszeit fielen der Ausbau der Volkshochschul-Zweig- und Nebenstellen, die Linzer Mediengespräche, die Einführung der Sozialversicherung für Volkshochschul-MitarbeiterInnen, der Ausbau der Arbeitermittelschule und des AK-Bildungshauses „Jägermayrhof“ sowie die Etablierung der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek der Arbeiterkammer in Linz.

Dr. Erich Leichtenmüller hatte die Volkshochschule Linz seit 1974 geleitet, von 1987 bis 1990 tat er dies neben seiner neuen Funktion als Kulturverwaltungsdirektor der Stadt Linz. Seit 1974 war Leichtenmüller stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen, seit 1976 Mitglied des Vorstands des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen und in den Jahren 1986-1994 Vorsitzender des Pädagogischen Ausschusses des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen. Viele Jahre war er außerdem im Leitungsteam der „Salzburger Gespräche“, einer internationalen Tagung für LeiterInnen in der Erwachsenenbildung. Seine Erfahrungen aus der angestammten Profession als Zeitungswissenschaftler und Journalist brachte er nutzbringend in den Redaktionsausschuss der Verbandszeitschrift „Die Österreichische Volkshochschule“ ein. Darüber hinaus war er Mitherausgeber und Autor mehrerer Beiträge in der „Schriftenreihe des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen“.

Bei den Neuwahlen wurde Günter Kalliauer zum neuen Verbandsvorsitzenden gewählt. Kalliauer wurde 1947 geboren und studierte nach der Matura einige Jahre Geschichte, Germanistik und Publizistik in Salzburg und Wien. 1971 trat er in den



Die Präsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen gratuliert dem neuen Vorsitzenden des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen Günter Kalliauer zu seiner Wahl bei der Hauptversammlung 1990 in Steyr. Robert Pill, Günter Kalliauer, Maria Karner, Bundesminister a. D. Gertrude Fröhlich-Sandner, Prof. Gustav Hofinger, neuer Ehrenvorsitzender des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen (v. l. n. r.).

Magistrat der Stadt Wels ein und war zwischen 1972 und 1991 Leiter der Volkshochschule der Stadt Wels sowie ab 1976 Leiter des Stadtarchives Wels. Zwischen 1974 und 1990 war er im Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen Pädagogischer Referent und als solcher Mitglied des Pädagogischen Ausschusses im Verband Österreichischer Volkshochschulen. Darüber hinaus wirkte er zwischen 1988 und 1996 als Mitglied des Landeskulturbeirates im Fachbereich III/Wissenschaft und Bildung. Kalliauer war bis 1994 Vorsitzender des

Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen und zugleich Vorstandsmitglied des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen. 1993 bis 1998 war er Gründungsobmann des Vereins „Erwachsenenbildungs-Forum OÖ“.

Zu den StellvertreterInnen Kalliauers wurden – wie bisher – Bürgermeister a.D. Oberschulrat und Pflichtschuldirektor Robert Pill (Leiter der Volkshochschule Pasching) und – neu – Oberamtsrätin Maria Karner, Leiterin der Volkshochschule Steyr, gewählt. Geschäftsführer des Landesverbandes blieb Manfred Penz. Schriftführer wurde Peter Reisenbichler (Arbeiterkammer-Volkshochschule Salzkammergut), Schriftführer-Stellvertreter Gerald Schwarz (Arbeiterkammer-Volkshochschule Vöcklabruck). Zum neuen Pädagogischen Referenten, der laut Statutenänderung zugleich auch Mitglied des Vorstands wurde, wählte man den designierten Direktor der Volkshochschule Linz, Mag. Hubert Hummer. Dieser war seit September 1981 Fachbereichsleiter für Pädagogik und trat im Juli 1990 als Direktor der Volkshochschule Linz die Nachfolge von Dr. Erich Leichtenmüller an.<sup>203</sup>

Auch im Bereich der Arbeiterkammer-Volkshochschule zeichnete sich ein Generationenwechsel ab: Im April 1991 wurde Dr. Fritz Bauer, Assistenzprofessor für Wirtschaftspädagogik an der Johannes Kepler Universität Linz, Leiter der Abteilung Bildung (später Bildung und Kultur) an der Arbeiterkammer für Oberösterreich berufen und mit den Agenden der Volkshochschulen der Arbeiterkammer betraut. 1994 übernahm Bauer, nachdem er als Vertreter der Arbeiterkammer bereits seit 1992 im Vorstand war, von Günter Kalliauer das Amt des Verbandsvorsitzenden. Stellvertretende Vorsitzende

wurden Maria Karner und Fritz Lassau, letzterer in Nachfolge von Herbert Unter, dem langjährigen Leiter der Volkshochschule der Arbeiterkammer in Wels. Als Geschäftsführer wurde Mag. Gerald Lorenz bestätigt, als Referent der Arbeiterkammer-Volkshochschule ein Vertrauter Bauers, der bereits seit November 1992 dieses Amt als Nachfolger von Manfred Penz innehatte. Ad personam war im Beirat des Verbandes Dietmar Assmann vertreten.<sup>204</sup> Im Bereich der Bildungspolitik des Landes kam es ebenfalls zu personellen und inhaltlichen Neuerungen: Landeshauptmann-Stellvertreter Karl Albert Eckmayr war seit Jänner 1990 als Bildungsreferent für die Erwachsenenbildung zuständig. Als solcher initiierte er die Einrichtung einer computerunterstützten Bildungsbörse, die Herausgabe eines Bildungswegweisers, die Verleihung von EB-Preisen des Landes Oberösterreich sowie die Durchführung oberösterreichischer Bildungsmessen. Im Mai 1991 wurde das Landesinstitut für Volksbildung und Heimatpflege aufgelöst. Die neu geschaffene „Servicestelle für Erwachsenenbildung“ übernahm als direkte Landeseinrichtung die Aufgaben des aufgelösten Instituts. In weiterer Folge fand im selben Jahr die Gründung des Vereins „Oberösterreichisches Volksbildungswerk“ statt. Die zuvor bestehende lose Arbeitsgemeinschaft des Oberösterreichischen Volksbildungswerks hörte damit auf zu existieren. Sie wurde mitsamt ihren Agenden auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung in die neu strukturierte Abteilung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung „Bildung, Jugend und Sport“ eingegliedert. Da der Oberösterreichische Volkshochschulverband bisher Mitglied in diesem Volksbildungswerk war, wurde eine



Preisverleihung für „VHS-aktuell“, 1994.  
 Peter Klimitsch, Franz Gschwendtner, Silvia Kitzmantel,  
 Rainer Zendron, Gertrud Plöchl, Hubert Hummer, LHStv.  
 Dr. Karl Albert Eckmayr (v. l. n. r.).

diesbezügliche Statutenänderung notwendig. Der Verband war in die Aktivitäten der „Service-stelle für Erwachsenenbildung“ in mehrfacher Weise eingebunden. Dies betraf die Teilnahme an Bildungsmessen, die Partizipation an der Bildungsbörse und am Bildungswegweiser sowie die Beratung neuer Vorhaben wie etwa die Sommerakademie oder die Bildungsbedarfsanalyse. Dazu kam der vom oberösterreichischen Landtag beschlossene sogenannte „Bildungsscheck“ für junge Arbeit-

nehmerInnen in der Höhe von (damals) 2.000 Schilling, der auch durch den Besuch von geeigneten Bildungsangeboten an den Volkshochschulen konsumiert werden konnte. Diese neuen Initiativen seitens des Landes wurden auch von einer Erhöhung der Förderungsmittel begleitet.<sup>205</sup>

In den Jahren 1991 und 1992 wurden im Rahmen einer Aktion des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom Verband Projekte zum Thema „Voneinander lernen - miteinander leben - multikulturelles Zusammenleben“ erarbeitet. Dabei kam es auch verstärkt zur Durchführung von Sprachkursen für AusländerInnen. Die geopolitischen Veränderungen im Gefolge des Endes des „Kalten Krieges“ 1989/90 und die Grenzöffnung nach Tschechien führten auch in Oberösterreich zur erhöhten Wahrnehmung der Themen der multikulturellen Gesellschaft. Die Volkshochschulen reagierten mit Sprachkursen (Tschechisch-Sprachkurse in Freistadt und Linz), Vorträgen über andere Länder, Begegnungstagen und Studienreisen in das Grenzgebiet von Oberösterreich und Südböhmen.<sup>206</sup> Es wurde aber auch Ende der 1990er Jahre gemeinsam mit der Pädagogischen Akademie ein Integrationsprojekt für ausländische Jugendliche im urbanen Ballungsraum Linz und Traun initiiert,<sup>207</sup> welches 1998 in das EU-geförderte Integrationsprojekt „Club international“ mündete. Zielgruppe war die zweite Generation von MigrantInnen, darunter vor allem SchülerInnen, Jugendliche und Frauen.<sup>208</sup> Die gestiegenen Integrationsbemühungen der österreichischen Politik in den europäischen Wirtschaftsraum ließen zunehmend auch das Thema „Europäische Gemeinschaft“ in den Vordergrund

von Volkshochschulveranstaltungen (Workshops, Seminare, Vortragsreihen) treten. Durch die sich mit dem 1995 erfolgten EU-Beitritt Österreichs ergebenden weitreichenden gesellschaftlichen Auswirkungen in Richtung einer verstärkten Marktdurchdringung und verschärften Orientierung an kapitalistischen Verwertungslogiken, welche auch auf dem Bildungsmarkt ihren deutlichen Niederschlag fanden, erwartete man sich für die Volkshochschulen neue Herausforderungen, aber auch neue Profilierungschancen.<sup>209</sup> Mit dem Prozess der EU-Integration Österreichs gerieten auch Fragen nach der Nutzung von EU-Bildungsprogrammen in den Blickpunkt der Volkshochschulen, Fragen, wie EU-Projektmittel in Anspruch genommen werden können und wie grenzüberschreitende Kooperationen im Bildungsbereich zu organisieren sind. Viele EU-Fördermöglichkeiten fokussierten freilich primär auf die berufliche Bildung, die von den Volkshochschulen niemals als ihr Kernbereich angesehen wurde. Dies stellte einen weiteren Anlass dazu dar, in Zukunft der beruflichen Bildung ein stärkeres Gewicht im Volkshochschulprogramm zu verleihen.<sup>210</sup>

Die Situation der Frauen und der Frauenbildung hat sich in den 1990er Jahren bedeutend verändert. Die Zahl der Alleinerziehenden und Singlehaushalte nahm zu, sowohl Heiratsalter als auch Scheidungsrate erhöhten sich, ebenso vermehrte sich der Wunsch, Beruf und Familie zu vereinbaren, was für Frauen auf Grund der innerfamiliären Arbeitsteilung bekanntermaßen nach wie vor ein größeres Problem darstellt als es für Männer eines ist. Nach wie vor verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit weniger als Männer. Dem gegenüber

haben Frauen in den 1980er und 1990er Jahren hinsichtlich der Erstausbildung stark aufgeholt. Das formale Bildungsniveau hat sich in den letzten Jahren zunehmend dem der Männer angenähert. Die verbesserte Bildung der Frauen trägt jedoch nicht in entsprechendem Ausmaß zu einer Verbesserung ihrer beruflichen Position bei.

An den oberösterreichischen Volkshochschulen dominieren die Frauen: Während im Kursjahr 1971/72 noch 67 Prozent der TeilnehmerInnen Frauen waren, lag ihr Anteil 1981/82 bereits bei 78 Prozent und 1995/96 bei 82 Prozent.<sup>211</sup> Besonders stark von Frauen frequentiert sind die Volkshochschulangebote in den Bereichen „Körperkultur“ sowie „Kreativität und Freizeit“. Männer dominieren in den Bereichen „Wirtschaft und Beruf“, „Natur und Technik“ sowie „Mensch und Gesellschaft“. Den Volkshochschulen ist es bisher nicht gelungen, an diesem Ungleichgewicht etwas zu ändern,<sup>212</sup> dies, obwohl man Mitte der 1990er Jahre seitens des Verbandes einen Schwerpunkt in der Projektarbeit auf das Thema „Frauen in Oberösterreich“ legte. So veranstaltete die Volkshochschule Traun ein mehrsemestriges, fünf Kurse umfassendes Frauenbildungsprogramm „Frau.macht. Bildung“, das auf Alltag und Beruf sowie die Förderung von Selbstbewusstsein und Qualifikation abzielte.<sup>213</sup> Ab dem Jahr 2000 wurde dieses Programm auch in Vöcklabruck, Gmunden und Gunskirchen angeboten. Die Volkshochschul-Nebenstelle Haslach organisierte 1995 die sehr erfolgreichen „Rohrbacher Frauentage“ mit Lesungen, Theateraufführungen, Diskussionen sowie Gesundheits- und Ernährungsangeboten für Frauen. An der Volkshochschule Linz läuft seit 1989 die



Beziehungsfallen.

Vortragsreihe „Beziehungsfallen“, die sich unter Mitwirkung von prominenten ReferentInnen mit Beziehungsthemen und ihren psychologischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen beschäftigt. Die 1996 mit dem Förderungspreis für Erwachsenenbildung des Landes Oberösterreich ausgezeichnete Veranstaltungsreihe zog bis 1999 mehr als 25.000 BesucherInnen an und war damit die mit Abstand publikumswirksamste Vortragsreihe an einer österreichischen Volkshochschule der letzten Jahrzehnte.<sup>214</sup>

Ein interessanter zeitgeschichtlicher Schwerpunkt wurde 1993 an der Volkshochschule in St. Georgen an der Gusen gesetzt: Gusen, der Ort der ehemali-

gen Außenlager Gusen I und Gusen II des Konzentrationslagers Mauthausen,<sup>215</sup> wurde zum Schauplatz eines „Geschichtsspazierganges“ „Auf den Spuren des Nationalsozialismus“. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Befreiung im Jahr 1995 folgten ein Studienzirkel, Diskussionsveranstaltungen, Zeitzeugengespräche, Gedenkgottesdienste, Ausstellungen sowie die Produktion eines Videofilms. Man sammelte Informationen über die Zeit des Nationalsozialismus und den Häftlingseinsatz in St. Georgen und Gusen. Dabei wurde nicht nur der Austausch zwischen Alt und Jung unter dem Aspekt der Sicherung des Zeitzeugenwissens gefördert, es wurden auch Analogien zur Gegen-



Für die Vortragsreihe „Beziehungsfallen“ erhielt die Volkshochschule Linz 1996 den Förderungspreis für Erwachsenenbildung des Landes Oberösterreich. Mag. Harald Wildfellner (hintere Reihe, Mitte), andere PreisträgerInnen, Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer (rechts).

wart und zu dem in den 1990er Jahren neu aufkeimenden Rechtsextremismus hergestellt. Ausgehend von der Volkshochschule zogen diese Aktivitäten weite Kreise in den betroffenen Gemeinden, der Pfarre, den Hauptschulen der Umgebung, und trafen auf überwiegend positive und interessierte Resonanz in der ansässigen Bevölkerung. Daran anknüpfend wurden an der Volkshochschule in Diskussionsforen aktuelle politische Themen aufgegriffen, welche in Verbindung mit zeitgeschichtlichen Themen standen und die Bevölkerung für

politische Bildung zu interessieren versuchten.<sup>216</sup> Einen weiteren oberösterreichweiten Arbeitsschwerpunkt bildete 1992/93 das Thema Gesundheit: Unter dem Titel „Bewusst gesund – ein Beitrag zur aktiven Lebensführung“ wurde ein achtteiliges Kursmodell entwickelt, welches die unterschiedlichen Aspekte von gesundheitsfördernden Lebensweisen beleuchtete. Weitere Seminare zur Programmplanung für KursleiterInnen widmeten sich diesem in der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnenden Thema.<sup>217</sup> Trotz der Kon-

kurrenz auf dem Gesundheitsmarkt gelang es den Volkshochschulen im Laufe der 1990er Jahre, im Veranstaltungsprogramm die Bereiche Gesundheit, gesunde Ernährung, Entspannung, Sport, Gymnastik, Massage, Meditation sowie gesundheitsorientierte Selbsthilfegruppen erfolgreich auszubauen.<sup>218</sup> Andererseits drückte das Verlieren von KundInnen an die großen berufsorientierten Anbieter. Dazu kam das demografische Sinken des Stammpublikums, der Hausfrauen.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen wurden unter dem Verbandsvorsitzenden Dr. Fritz Bauer neue Wege eingeschlagen. Die aktuelle Lage Mitte der 1990er Jahre wurde mit alttestamentarischer Drastik beschrieben: „Die Jahre der großzügigen Förderung durch den Bund und das Land Oberösterreich dürften der Vergangenheit angehören. Es waren keine sieben fetten Jahre, aber es drohen der Erwachsenenbildung, zumindest der nicht berufsorientierten, sieben magere Jahre.“ Eine der „Strategien des Überlebens“ der Volkshochschulen hätte daher die stärkere Annäherung an den Bildungsmarkt zu sein. Eine Reihe von wichtigen Segmenten, die der finanziellen Zuschüsse bedurften, müssten aus dem Angebot genommen werden.

Eine der wichtigsten Sparten der Vergangenheit, die Sprachkurse, standen Mitte der 1990er Jahre an der Schwelle zur Neuorientierung.<sup>219</sup> Da die Konkurrenz im Sprachenbereich nicht nur durch die großen Einrichtungen wie WIFI und bfi, sondern auch durch private Kleinanbieter immer stärker wurde, waren die Volkshochschulen bemüht, durch eine Verbesserung in Qualität und Vermarktung in ihrem Kernbereich der Sprachkurse zu reüssieren. Die Bemühungen bezüglich einer international

anerkannten Zertifizierung bei den Sprachen gehen weit in die 1980er Jahre zurück. Gertrude Wührheim, Leiterin des Fachbereichs Sprachen an der Volkshochschule Linz, vertrat seit 1982 den Verband Österreichischer Volkshochschulen in der „International Certificate Conference“ (ICC). Dort gestaltete sie zwischen 1990 und 1994 als Vorsitzende die Entwicklung der internationalen Sprachzertifikate, welche auch an den österreichischen Volkshochschulen Anwendung finden.<sup>220</sup> Ein besonderes Verdienst von Gertrude Wührheim bestand darin, in Zusammenarbeit von Volkshochschule Linz und dem Landesverband ein umfassendes System von Aus- und Fortbildung von SprachkursleiterInnen oberösterreichischer Volkshochschulen zu entwickeln und umzusetzen. Es gelang dadurch nicht nur, dem sogenannten „Kommunikativen Sprachunterricht“ zum Durchbruch zu verhelfen und damit auch auf den schulischen Bereich auszustrahlen, sondern auch so etwas wie eine „VHS-Sprachunterrichtsphilosophie“ grundzulegen. Über viele Jahre war dieses System österreichweit vorbildlich und eine Maßnahme zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in einer Zeit, als diese Begriffe noch nicht Mode waren. Einige Jahre später versuchte der Landesverband darauf aufzubauen und entwickelte das modulare Kurssystem „English Express“. Mit Beginn des Arbeitsjahres 2000/01 wurde begonnen, einen landesweiten Sprachenverbund zu realisieren und damit die Kooperation der oberösterreichischen Volkshochschulen auf eine qualitativ neue Ebene zu heben. Im erwähnten Kurssegment einigten sich die teilnehmenden Volkshochschulen auf ein einheitliches Curriculum, eine einheitliche Kurs-



Eröffnung des Selbstlernzentrums Mediathek 1993. Dagmar Baker, Prof. Mag. Gertrude H. Wührheim, Bürgermeister Dr. Franz Dobusch, Mag. Hubert Hummer (v. l. n. r.).

leiterInnenausbildung, ein einheitliches Lehrwerk und eine einheitliche Preisgestaltung. Den TeilnehmerInnen sollte damit der Wechsel von einem Kurs in einen anderen (möglicherweise an einem anderen Ort) erleichtert werden. Nach überraschend gutem Start stellten sich aber bald Probleme ein.<sup>221</sup>

Seit den ausgehenden 1990er Jahren bieten auch zunehmend mehr Volkshochschulen die Europäischen Sprachenzertifikate (ICC-Zertifikate) in Englisch, Italienisch, Französisch, Spanisch und Deutsch als Fremdsprache sowie den Europäischen Computer-Führerschein (European Computer Driving Licence, ECDL) mit europaweit einheitlichem Prüfungsverfahren an.

EU-standardisierte Höherqualifizierung von Qualifizierten ist das eine Bildungsbemühen. Qualifizierung von sozial Benachteiligten, die durch die Maschen der „Wissensgesellschaft“ gefallen sind, hat für eine sozialpolitisch präzente Volkshochschule das andere Bemühen zu sein. Schlechte Schul-



Kurs Deutsch als Fremdsprache, in der Mediathek der Volkshochschule Linz.

bildung und mangelnde Kommunikation vor allem in den Familien führten in den 1990er Jahren zu einem Ansteigen des funktionalen Analphabetismus auch in Österreich. Ein scheinbar unglaubliches Phänomen in unserer so gerühmten Informations- und Bildungsgesellschaft und gleichzeitig doch nur die informationstechnologische und soziale Kehrseite eines einseitigen Fernseh- und Computerkonsums, der die zwischenmenschlichen Kontakte, welche für das Erlernen des Lesens und Schreibens so unerlässlich sind, verkümmern lässt. Mitte der 1990er Jahre schätzte man bereits rund 30.000 sekundäre AnalphabetInnen in ganz Oberösterreich (300.000 bis 400.000 in ganz Österreich). Seit Herbst 1996 bieten die oberösterreichischen Volkshochschulen Grundbildungskurse im Lesen, Schreiben und Rechnen an, welche in Kleingruppen nach individueller Beratung abgehalten werden. Die Arbeiterkammer und die Stadt Linz subventionieren die Kurse. Elf fanden im Rahmen der Arbeiterkammer-Volkshochschule statt, zwei Kurse

an der Volkshochschule Linz. Ab Herbst 1997 wurden Kurse auch in Traun, Rohrbach, Wels, Ottensheim und Mattighofen angeboten.<sup>222</sup>

Mit dem Kurs „AlphaBet und Co“ versucht die Volkshochschule Linz seit den 90er-Jahren erfolgreich „Ordnung in den Buchstabensalat des Lebens (zu) bringen“, wie es einer der KursteilnehmerInnen formulierte: „Ich will schreiben, ohne Angst zu haben, dass es jemand liest. Ich will SMS an meine Bekannten schicken. Ich will kleinen Kindern Geschichten vorlesen. Ich will nie wieder ausgelacht, nie wieder mitleidig belächelt werden!“ Viele der zwischen 17 und 60 Jahre alten und zu zwei Dritteln aus Österreich stammenden TeilnehmerInnen kommen aus den unteren sozialen Schichten, aus schlechten familiären Verhältnissen, durch mangelnde Unterstützung des Elternhauses, Scheidung, Adoption, Schulabbruch, Arbeitslosigkeit schwer geschlagen, in der Folge kaum mit einem Selbstwertgefühl ausgestattet. Der Unterricht entwickelte sich für viele der TeilnehmerInnen zu einem Fixpunkt und Anker in ihrem Wochenablauf. Nachholende Bildung wurde dabei oft zur begleitenden Lebenshilfe, wenn das fünfköpfige LehrerInnenteam bei Behörden- und Amtswegen, bei rechtlichen und sogar privaten Problemen unterstützend zur Seite steht.<sup>223</sup>

Die Volkshochschule als „Ort einer zweiten Chance“ konnte mit dem sogenannten Zweiten Bildungsweg Ende der 1990er Jahre ein weiteres Tor zur beruflichen Entfaltung der Menschen aufstoßen. Wer sich nach dem Besuch der Pflichtschule für eine Lehre oder zum Besuch einer mittleren Schule entschlossen hatte, war bisher von weiterführenden Ausbildungen an Universitäten, Akade-

mien und Fachhochschulen ausgeschlossen. Nur über den oft hürdenreichen Zweiten Bildungsweg konnte mittels einer Studienberechtigungsprüfung oder der Externistenmatura ein Studienzugang erreicht werden. Mit Inkrafttreten des 68. Bundesgesetzes über die Berufsreifepfung am 1. September 1997 hat sich diese Situation entscheidend verbessert. Mit dem neuen Gesetz besteht nunmehr die Möglichkeit, nach der Berufsausbildung eine allgemein gültige „Berufsmatura“ zu erwerben. Die Berufsreifepfung eröffnet damit den Zugang zu allen weiterführenden Bildungswegen wie Universitäts-, Fachhochschul-, Akademie- und Kollegstudien, aber auch zum gehobenen öffentlichen Dienst (B-Beamtin, B-Beamter). Die Berufsreifepfung umfasst vier Teilprüfungen in Deutsch, Mathematik, lebender Fremdsprache (Englisch) und einem Fachbereich, der sich auf das jeweilige Berufsfeld der Kandidatin bzw. des Kandidaten bezieht („Fachbereichsprüfung“). Seit Oktober 1997 wurden in den Volkshochschulen in Linz, Braunau am Inn, Schärding, Gmunden, Kirchdorf, Mattighofen, Perg, Rohrbach, Freistadt und Traun Vorbereitungslehrgänge für die Berufsreifepfung angeboten. Diese dauern zwar grundsätzlich vier Semester, nehmen aber in ihrer tatsächlichen Dauer auf die jeweiligen Vorkenntnisse der TeilnehmerInnen Rücksicht.<sup>224</sup> Zwischenzeitlich wurde der Bereich der Berufsreifepfung vom bfi übernommen. Lediglich die Volkshochschule Linz bietet sie nach wie vor eigenständig an.

Ende der 1990er Jahre wurde an der Volkshochschule Linz mit der Medienwerkstatt ein Ort der sachlichen und auch kritischen Auseinandersetzung mit den Regeln und Strukturen der modernen



50 Jahre Volkshochschule Linz, 1997. Am Pult: Mag. Hubert Hummer (Direktor der Volkshochschule Linz), Hubert Wippinger (AK-Präsident), Bundesminister a. D. Gertrude Fröhlich-Sandner, Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer (Präsident des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen), Bürgermeister Dr. Franz Dobusch.



In der Medienwerkstatt Linz, 1998.

Mediengesellschaft geschaffen. Am 13. November 1998 wurde mit Unterstützung von Arbeiterkammer und Stadt Linz die als digitales Radio- und Fernsehstudio im Einkaufszentrum Muldenstrasse eingerichtete Medienwerkstatt Linz (MWL) offiziell eröffnet. Mit den angebotenen Kursen werden nicht nur technische und rechtliche Kenntnisse über die Produktion von Medien (Radio- und Fernsehjournalismus) vermittelt, sondern auch theoretische und kritische Reflexionen über Produktion und Wirkung von sowie Manipulation durch Medien ermöglicht. Die selbstverantwortlich produzierten Radio- und Fernsehbeiträge werden

im „Freien Radio Oberösterreich“ (FRO), dem „Offenen Radio“ des ORF-Landesstudios Oberösterreich bzw. in einem TV-Fenster eines der lokalen und regionalen Kabelbetreiber gesendet.<sup>225</sup> Organisatorisch ergaben sich im Bereich der Arbeiterkammer-Volkshochschulen im Verlaufe der 1990er Jahre folgende Änderungen: 1990 wurde die Arbeiterkammer-Volkshochschule in Oftring, bisher eine Nebenstelle von Leonding, gegründet, welche die Orte Oftring, Kirchberg-Thening und Wilhering umfasst.<sup>226</sup> Die bisher von der Volkshochschule Leonding betreute Nebenstelle Hörching wurde der Volkshochschule Pasching zugeordnet. 1992 erfolgte die Eingliederung der Zweigstelle Lenzing in die Zweigstelle Vöcklabruck und damit die Schaffung einer Bezirksvolks-

hochschule unter Leitung des Arbeiterkammer-Bezirksstellenleiters Gerald Schwarz. 1993 wurden die Bezirksvolkshochschulen Linz-Land und Urfahr-Umgebung eingerichtet. 1999 wurden die Volkshochschul-Zweigstellen Kirchdorf und Pyhrn-Priel zusammengelegt.

Die größte organisatorische Veränderung fand freilich mit der am 5. September 1996 vom Vorstand der Arbeiterkammer getroffenen Entscheidung statt, die Volkshochschule der Arbeiterkammer gänzlich aus der Arbeiterkammer für Oberösterreich auszugliedern. Die ursprünglichen Vorstellungen bezüglich einer Neuorganisation reichten dabei von einer Eingliederung in das bfi bis hin zur Schaffung einer eigenständigen Organisation. Die Vorteile der Neustrukturierung wurden in einer



Eröffnung der Jahreshauptversammlung des Verbandes der Oberösterreichischen Volkshochschulen am 26. April 2002 in Braunau am Inn. Mag. Hubert Hummer, Bürgermeister Gerhard Skiba, Ehrenvorsitzender Günter Kalliauer, Ehrenvorsitzender Prof. Gustav Hofinger (v.l.n.r.).

einheitlichen Produktpolitik, einer gemeinsamen Mediennutzung, einer verbesserten Erkennbarkeit und einer Qualitätssteigerung gesehen. Die Ziele waren eine flexiblere, an die spezifischen Bedürfnisse des Bildungsmarktes orientierte Organisation und eine kollegiale, auf Synergieeffekte bedachte Abstimmung mit dem bfi als weiterer Erwachsenenbildungseinrichtung der Arbeiterkammer für Oberösterreich. Die Ausgliederung erfolgte schrittweise und unter Einbeziehung aller Beteiligten, wie Zweigstellen- und BezirksstellenleiterInnen sowie der Direktoren des bfi.<sup>227</sup> Seit 1. September 1998 arbeitet die „Volkshochschule Oberösterreich Gemeinnützige Bildungs-GmbH. der Arbeiterkammer Oberösterreich“ unter der Geschäftsführung von Dr. Karl Dolezal mit derzeit 17 Zweigstellen und 117 Nebenstellen in ganz Oberösterreich. Ein eigener Beirat unter Vorsitz von Dr. Fritz Bauer vertritt die Eigentümerinteressen der Arbeiterkammer für Oberösterreich. Im Kursjahr 2000 hat die Volkshochschule Oberösterreich 3.718 Kurse mit 43.908 Teilnahmen durchgeführt.<sup>228</sup> Die geänderte rechtliche Struktur der Arbeiterkammer-Volkshochschule zog in weiterer Folge die Notwendigkeit einer Statutenreform des Verbandes hinsichtlich seiner Mitgliederdefinition nach sich. Auf der Hauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 26. April 2002 in Braunau am Inn wurden als ordentliche Mitglieder „Gebietskörperschaften (Gemeinden; Anm. T.D.) und andere juristische Personen (GmbH.; Anm. T.D.), die Volkshochschulen – in welcher Rechtsform auch immer – führen“, bestimmt, woraus sich auch Änderungen bei der Festsetzung der Stimmgewichtung der einzelnen

Verbandsmitglieder ergaben: „Die auf die einzelnen Mitglieder entfallende Anzahl der Delegierten für die Hauptversammlung wird auf Grund der von der Hauptversammlung festgelegten Berechnungsbasis nach dem d’Hondtschen System ermittelt und vom Vorstand jährlich festgelegt. Jedem Mitglied steht aber ungeachtet seiner Größe das Recht zu, zumindest einen Delegierten in die Hauptversammlung zu entsenden.“<sup>229</sup>

Diese Statutenreform wurde vom bereits am 9. März 2001 bei der Hauptversammlung in Steyr neu gewählten Verbandsvorsitzenden Mag. Hubert Hummer und seinen beiden Stellvertretern Dr. Bauer und Dr. Dolezal umgesetzt. Ein weiteres Vorhaben des neuen Vorstands stellte die Umsetzung des Sprachenverbands sowie die verstärkte Kommunikation mit der „Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung“, deren Mitglied seit Anfang 2001 auch das Land Oberösterreich geworden ist, dar.<sup>230</sup> Hubert Hummer, Magistratsbeamter, Soziologe, Fachbereichsleiter für Pädagogik an der Volkshochschule Linz und Pädagogischer Referent im Volkshochschulverband, steht seit 1990 der Volkshochschule Linz als Direktor vor, welche als „Flaggschiff“ nicht nur der oberösterreichischen Volkshochschulen im Arbeitsjahr 2000/01 in 2.242 Kursen 25.146 Teilnahmen zählen konnte. Dazu kamen 9.514 BesucherInnen von insgesamt 264 abgehaltenen Vorträgen.<sup>231</sup> Um dem gestiegenen KundInneninteresse und den neuen technischen und pädagogischen Anforderungen der Zeit auch räumlich besser gerecht werden zu können, wird die Stadt Linz in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs, der zur Nahverkehrsdrehscheibe umgebaut wurde, den sogenannten „Wissen-

sturm“ errichten. Es handelt sich dabei um einen Neubau mit 15 Geschossen, in den die Volkshochschule und die Stadtbibliothek einziehen werden. Neben der gemeinsamen Unterbringung der beiden traditionsreichen Linzer Bildungseinrichtungen sollen auch auf der inhaltlichen und organisatorischen Ebene Synergien erzielt und neue unverwechselbare Profile geschaffen werden. Um dies zu erleichtern, wurde von der Stadt Linz beschlossen, die beiden Einrichtungen in eine Organisation zusammen zu führen und unter die Gesamtleitung von Mag. Hubert Hummer zu stellen. Damit wird ein Experiment möglich, das auch andernorts schon angedacht, aber noch nirgends konsequent realisiert wurde, und das zweifellos ein hohes Innovationspotenzial in sich birgt.

Im Gegensatz dazu sind die finanziellen Rahmenbedingungen seitens des Bundes und des Landes seit Ende der 1990er Jahre für die Volkshochschulen enger geworden. Hatte das Land Oberösterreich bis 1994 seine Jahressubventionen schrittweise auf eine Million Schilling erhöht, trat seither eine Stagnation ein. Auch das Jahr 1996, das von der Landesregierung zum „Jahr der Bildung“ ausgerufen worden war, konnte daran nichts ändern. Mit dem „Bildungskonto“ des Landes Oberösterreich und dem „Bildungstausender“ für jedes AK-Mitglied zur Kursförderung in Weiterbildungsmaßnahmen (EDV, Sprachen, Informations- und Kommunikationstechnologien) haben sich andere Formen der individuellen Bildungsförderung etabliert. Weitere Erschwernisse für die aktuelle Volkshochschularbeit ergeben sich aus der 1997 durch die Novellierung des Schulorganisationsgesetzes geschaffenen sogenannten Teilrechtsfähigkeit der



Der „Wissensturm“ (Modell) der Volkshochschule und Stadtbibliothek in Linz.

Schulen, die diesen erlaubt, in Teilbereichen als selbstständiges Unternehmen aufzutreten. Diese Rechtskonstruktion sui generis ermöglicht somit den Schulen, auch in der Erwachsenenbildung tätig zu werden. Einerseits kam es dadurch zu einer Konkurrenzierung der Volkshochschulen, andererseits haben die eingeführten Schulraumbenützungsgebühren vor allem für die Volkshochschulen der Arbeiterkammer, die mit ihrem Kursbetrieb überwiegend auf Räumlichkeiten in Schulen angewiesen sind, erhebliche finanzielle Mehrbela-

stungen zur Folge. Einen konsequenten Weg der Dezentralisation durch den Ausbau seines Zweigstellennetzes konnte die Volkshochschule der Stadt Wels seit den 1980er Jahren gehen. Mit Eröffnung der Zweigstelle Gartenstadt im Herbst 1983 konnte das Angebot an Tageskursen für neue Bevölkerungsschichten gesteigert werden. Diese Entwicklung fand ihre Krönung in der Eröffnung der Zweigstelle Noitzmühle im Herbst 1993 sowie im Kommunikationszentrum Pernau ab Herbst 1999. Im Jahr 1999 kam es für die Volkshochschulen zu einer weiteren Belastung. Der Einführung der Sozialversicherungspflicht für Lehrende in der Erwachsenenbildung im Jahr 2000 folgte eine weitere empfindliche Kürzung bei den Bundessubventionen.<sup>232</sup>

Darüber hinaus beeinflusst die dem aktuellen politischen Tagesgeschehen unterworfenen Auftragspolitik des Staates bzw. der Arbeitsmarktverwaltung im Bereich der Förderung von Kursmaßnahmen zur „Integration“ von Arbeitslosen sowie von MigrantInnen (verpflichtende Deutschkurse) den österreichischen (Weiter-)Bildungsmarkt. Dies erhöht die Unberechenbarkeit und erschwert die langfristige Planung, die für sinnvolle Bildungsmaßnahmen nicht unerheblich ist. Die Liquidation der Bundesstaatlichen Förderungsstellen für Erwachsenenbildung lässt nicht den Wunsch nach einer bildungspolitischen Koordination erkennen, sondern ist eher Manifestation allgemeiner staatlicher Rückzugstendenzen auch im Bereich der Erwachsenenbildung. Bis heute gibt es trotz Jahrzehnte lang vielleicht manchmal auch nur halbherzig vorgetragener Forderungen kein Erwachsenenbildungsgesetz und damit auch keinen klaren, gesetzlich fest-

gelegten „öffentlichen Auftrag“ für die österreichischen Volkshochschulen, welcher ihre bildungspolitischen Ziele auch materiell verstetigen würde. Zwar scheint man sich inzwischen an die Nichtexistenz eines bundesgesetzlichen Rahmens längst gewöhnt zu haben, ob die Volkshochschulen freilich auch im freien „Bildungssupermarkt“ ohne ihn ganz gut leben können, wird die Zukunft zeigen.

### **11. Zwischen „lebensbegleitendem“ und „lebenslänglichem“ Lernen: Die Volkshochschulen in Gegenwart und Zukunft**

Im Jahr 2001 wurden österreichweit mehr als 45.000 Kurse angeboten mit einer Teilnehmezahl von um die 500.000 Personen. Dazu kamen rund 10.000 Einzelveranstaltungen (Bildungsreisen, Vorträge, Exkursionen, Galeriebesuche, Ausstellungen, Filmvorführungen und dergleichen) mit nochmals rund 900.000 Teilnahmen. Damit ist die Volkshochschule die mit Abstand größte Einrichtung der Erwachsenenbildung in Österreich. Um neue gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse besser ansprechen zu können, haben in den vergangenen Jahren bei der Gestaltung von Bildungsangeboten starke Veränderungen stattgefunden. Der Verbindlichkeitscharakter vieler Programme wurde durch die Einführung verschiedenster Lehrgänge und längerfristig angelegter Bildungsmaßnahmen erheblich gesteigert. Auch auf die berufliche Bildung wurde in den letzten Jahren zunehmend Augenmerk gelegt.<sup>233</sup>

Die Volkshochschulen sind nicht nur vom Kursvo-

lumen her der größte Anbieter von Weiterbildung in Oberösterreich. Sie sind nicht nur der größte Fremdsprachenanbieter des Landes, sondern auch im Freizeit- und Gesundheitsbereich zu einer relevanten Größe geworden. Dennoch ist die Volkshochschule, gesamtgesellschaftlich gesehen, ein Minderheitenprogramm, freilich für eine recht stattliche Minderheit. Da sie aber im überwiegenden Maße nur eine Minderheit spezifischer Gruppen von „MittelstandsaufsteigerInnen“ anzusprechen vermag, trägt sie trotz ihres emanzipativen und egalitären Anspruchs dennoch zur Verstärkung der gesellschaftlichen Ungleichheit bei.

Immerhin erfolgen cirka 50 Prozent der Gesamtfinanzierung der oberösterreichischen Volkshochschulen über die Einnahmen aus den Kursbeiträgen, den Rest bringen die Träger der Volkshochschulen (die Arbeiterkammer für Oberösterreich sowie die Städte Linz, Wels und Steyr) auf. Mitte der 1990er lag der Anteil der Bundes- und Landessubvention zusammen bei nicht einmal 5 Prozent.<sup>234</sup>

In Oberösterreich ist die Kammer für Arbeiter und Angestellte das finanzielle und organisatorische Rückgrat des landesweiten Netzes an Volkshochschulen. Die Volkshochschule der Arbeiterkammer betreut als „Volkshochschule Oberösterreich. Gemeinnützige Bildungs-GmbH. der Arbeiterkammer“ Zweigstellen in Braunau, Eferding, Ennstal, Freistadt, Grieskirchen, Kirchdorf-Kremstal, Linz-Land, Mattighofen, Perg, Pyhrn-Priel, Ried im Innkreis, Rohrbach, Schärding, Salzkammergut, Urfahr-Umgebung, Vöcklabruck und Wels.<sup>235</sup> Die drei Magistratsstädte Linz, Wels und Steyr unterhalten erfolgreiche kommunale Volkshochschulen.<sup>236</sup>



Volkshochschule Pernau, Zweigstelle der Volkshochschule Wels



Volkshochschule Noitzmühle, Zweigstelle der Volkshochschule Wels



Hauptversammlung des Verbandes oberösterreichischer Volkshochschulen vor der neuen AK Bezirksstelle Grieskirchen, 1996: 1. Reihe: Dir. Karl Schwarzmaier (VHS Wels), Mag.<sup>a</sup> Andrea Wall (Verband oberösterreichischer Volkshochschulen), Elfriede Wimmer, DI<sup>in</sup> Silvia Buchinger, Dr. Fritz Bauer (Vorsitzender Verband oberösterreichischer Volkshochschulen), Erich Pernkopf, 2. Reihe: Regina Hirsch, Dir. Mag. Hubert Hummer, Manfred Nirnberger, 3. Reihe: Josef Hinterberger, Margarete Neumüller, Mag. Gerald Lorenz, Elisabeth Praher, Prof. Helmut Winter, Günter Kalliauer, 4. Reihe: Mag. Gerhard Hofer, Karl Vielhaber, Ferdinand Alfan, Johann Bernegger, DDr. Peter Schürz, Maria Karner, Monika Lindenbauer, Fritz Lassau (v.l.n.r.).

Daneben hat die familiär geführte Vereinsvolkshochschule Vöcklabruck bis zu ihrer Einstellung 2004 eine Marktnische behauptet. Diese vielfältige Struktur des oberösterreichischen Volkshochschulnetzes, die verschiedenen historischen Entwicklungen einzelner Bildungseinrichtungen, ihre unterschiedlichen materiellen Bedingungen sowie bildungspolitischen Konzepte und Interessen führen zu einem sehr heterogenen Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Die Einheit der Volkshochschulen realisiert sich institutionell in den verbandsmäßigen Zusammenschlüssen auf Landes- und Bundesebene. Im Bereich der praktischen Bildungsarbeit materialisiert sich diese Einheit in einem Grundangebot, welches in der überwiegenden Mehrheit der Volkshochschulen anzutreffen ist: Dieses erstreckt sich auf Sprachen, musisch-künstlerische Kurse, allgemeinbildende Veranstaltungen, Körperkultur und Sport. Mit diesem Grundangebot unterscheiden sich die Volkshochschulen deutlich von anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Zum Grundangebot kommen noch vielfältige Zusatzangebote, deren Zahl und Breite mit zunehmender Gemeindegröße wächst.<sup>237</sup> „In der über Jahrzehnte gewachsenen Vielfalt der Volkshochschulen liegen alle Gefahren der Beliebigkeit und Unverbindlichkeit ebenso wie Chancen, insbesondere dann, wenn es gelingt, Vielfalt und Buntheit mit einem wachsenden Kern von deutlich erkennbaren Gemeinsamkeiten in der Bildungsarbeit zu verbinden und die Gemeinsamkeiten mit einer besonderen Qualität zu versehen.“<sup>238</sup> Diese Gemeinsamkeiten, das gemeinsame Auftreten nach außen, die „corporate identity“, sind die

eine Seite der in der heutigen Zeit so wichtig gewordenen Image-Medaille. Einheitliche Sprach- und EDV-Kursangebote mit europaweit gültigem Zertifikat sind ihr konkreter Ausdruck. Mittels Schwerpunktbildung und Spezialisierung vermag man andererseits den einzelnen Volkshochschulen ein öffentlich erkennbares und unverwechselbares Profil im heute unübersehbaren „Bildungssupermarkt“ zu verschaffen, ein Profil, welches nicht nur regionale und lokale Besonderheiten zu berücksichtigen vermag, sondern auch zu einer verstärkten Publikumsbindung an die jeweilige Bildungsinstitution beitragen kann. Profildbildend wirken können zweifellos auch historische Prinzipien und Traditionen der Volks- bzw. Erwachsenenbildung, die ihre Relevanz in der Gegenwart sicherlich nicht verloren haben: Das Bekenntnis der Volkshochschulen zu den Prinzipien von Offenheit und Vielfalt, das Ziel, Bildungsarbeit „für alle“ leisten zu wollen, die weltanschauliche Ungebundenheit der Volkshochschulen, ihre Gemeinnützigkeit und Verpflichtung zu einem emanzipatorischen und ganzheitlichen Bildungsbegriff, die Betonung kompensatorischer Ziele im Nachholen versäumter Schulbildung einerseits, die komplementäre Zielsetzung zur Anpassung an die veränderten Gesellschafts- und Lebensbeziehungen andererseits. Von einem emanzipatorischen Standpunkt aus muss als oberstes Ziel von Bildung nach wie vor ihr Beitrag zur Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen angesehen werden. Die moderne „Erlebnis- und Risikogesellschaft“<sup>239</sup> stellt die Volkshochschulen von heute vor völlig neue Aufgaben: Die multiethnische Gesellschaft ist kein Schlagwort mehr, sondern auch in Oberöster-

reich längst Realität geworden, mit der man sich auch in der Erwachsenenbildung auseinander zu setzen hat. Die Verringerung der Arbeitszeit und der damit verbundene Trend zur Ökonomisierung von Freizeit schaffen neue Konkurrenz, aber auch neue Herausforderungen für die Erwachsenenbildung. Veränderungen in der Bevölkerungspyramide in Richtung einer zunehmenden „Überalterung“ der Gesellschaft, das Entstehen einer neuen „Zwischengeneration“ der „jungen Alten“ mit aktiven Lebens- und Bildungswünschen, aber auch möglichen verschärften Verteilungskonflikten zwischen „Alt“ und „Jung“ gelten auch in der Erwachsenenbildung berücksichtigt zu werden. Neuerlich gefordert sein wird wohl auch die sozialintegrative Ideologie und Kraft der Erwachsenenbildung: Die Spaltungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt als dem nach wie vor zentralen Verteiler von Lebenschancen und die damit einher gehenden sozialen Teilungsprozesse zwischen den „neuen Reichen“ und der „neuen Armut“ spitzen sich in einem in der Nachkriegszeit nicht gekannten Ausmaß zu. Wird sich die heute bestehende „Zweidrittel-Gesellschaft“ auch im Bereich der Erwachsenenbildung reproduzieren? „Arbeitsmarkttauglichkeit“ hängt heute mehr denn je mit „Bildungstauglichkeit“ zusammen. Und wer (Aus-)Bildung hat, dem wird auch Weiterbildung ein Anliegen sein. Gut ausgebildete Menschen nehmen überdurchschnittlich öfter an Weiterbildungsmaßnahmen teil als Personen mit niedriger Erstausbildung, Männer mehr als Frauen, Personen mit höheren beruflichen Positionen öfter als solche mit niedrigeren, jüngere häufiger als ältere.<sup>240</sup> Das Entwickeln entsprechender Bildungsangebote für

bildungsfernere Gruppen stellt eine der zentralen bildungspolitischen Aufgaben der Gegenwart dar. Ein neuer kompensatorischer Auftrag erwächst der Erwachsenenbildung derzeit aus den Problemen vieler Jugendlicher beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt (Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit).

Der beruflichen Weiterbildung wird sich die Volkshochschule in Gegenwart und Zukunft nicht länger verschließen können, allein schon aus finanziellen Gründen nicht. Die Schlagworte der „Schlüsselqualifikationen“ treiben immer mehr ArbeitnehmerInnen in die berufliche Anpassungsfortbildung der „Crash-Kurse“ von Halbtages-, Tages- oder Wochenendseminaren. Sie haben auf dem Weiterbildungsmarkt derzeit Hochkonjunktur und verstärken den Trend zu immer kürzeren und rascheren Weiterbildungsveranstaltungen.<sup>241</sup> Hier stellt sich die Frage, wie die Volkshochschulen mit ihren humanistisch-philanthropischen Traditionsbeständen und ihrer Philosophie einer allgemeinen und breiten Bildung und Weiterbildung darauf reagieren werden. Das bekannte Wort August Bebels, wonach Allgemeinbildung die Berufsbildung der Herrschenden, Berufsbildung die Allgemeinbildung der Beherrschten sei,<sup>242</sup> hat vielleicht eine größere Aktualität, als es die klassenkämpferische Diktion des 19. Jahrhunderts vermuten lässt. Die zunehmende Aufhebung der Trennung von Berufs- und Lebensqualifikationen könnte der Volkshochschule heute vielleicht zum Vorteil gereichen und sie in Stand setzen, die Verbindung von berufsorientierten und lebenspraktischen Qualifikationen glaubhaft und kompetent umzusetzen.<sup>243</sup>

Den marktwirtschaftlichen Kriterien und ihren so-

genannten „Sachzwängen“ können sich heute die Volkshochschulen ebensowenig verschließen. Ihre „genuine“ Aufgabe wäre es freilich, besonders die Bereiche zu beachten, wo der Markt versagt. Zunehmend wird heute Bildung wieder ein Faktor, den man sich „leisten“ können muss. Studiengebühren, Fachhochschultaxen, teure Wirtschaftsseminare und Managerkurse markieren die neue Trennungslinie zwischen jenen, die die (finanzielle) Freiheit zur (Weiter-)Bildung haben, und denen, die draußen vor den Toren der sogenannten Bildungsgesellschaft verbleiben müssen.

Der Anspruch der Volks- bzw. Erwachsenenbildung, mit dem sie vor 150 Jahren aufgetreten ist, nämlich durch Bildung Beiträge zum Abbau von sozialen Ungleichheiten und zur Befreiung der Menschen aus ihrer wie auch immer verursachten Unmündigkeit zu leisten, ist nach wie vor aktuell. Ernüchtert stehen wir heute nach der Bildungsexpansion seit den 1960er und 1970er Jahren freilich vor der Einsicht, dass ein Mehr an Bildung die der Gesellschaft innewohnenden sozialen Ungleichheiten nicht zu beseitigen vermochte. Heute wird zurecht behauptet, dass die öffentlichen Investitionen in die Ausweitung und Öffnung der Bildungssysteme von Schule und Universität zu einer Umverteilung von „unten“ nach „oben“ geführt haben. Die schlechter verdienenden Menschen finanzieren die höhere Bildung der Kinder der Besserverdienenden. Auch die allgemeine Erwachsenenbildung und die berufliche Weiterbildung sind traditionell mittelstandslastig und in ihren Auswirkungen sozial selektiv.

Die Ansprüche scheinen heute viel bescheidener, vielleicht auch realistischer: Was Bildung in der Er-

wachsenbildung heute leisten kann ist, Menschen eine persönlichkeits- und berufsorientierte Weiterentwicklung und eine Verbesserung ihrer individuellen Lebenschancen zu ermöglichen. Jedoch garantiert heute das Bildungsniveau keine automatische Teilhabe am Arbeitsmarkt. Es stellt nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Eintrittskarte in die „Vorzimmer des Arbeitsmarkts“ dar. Freilich, ohne entsprechende (Aus-)Bildung und Qualifikation geht in der heutigen Bildungsgesellschaft fast gar nichts mehr. Ohne entsprechende Bildung nehmen die individuellen Risiken im Lebensverlauf beträchtlich zu.<sup>244</sup> Vor diesem Hintergrund gilt es, einen den Traditionen und dem Selbstverständnis der Volkshochschulen gemäßen Weg durch das Spannungsfeld zwischen permanenter, man ist versucht zu sagen „lebenslänglicher“, beruflicher Auszubildungsanpassung und einem emanzipativen und selbstbestimmten, persönlichkeitsbildenden und persönlichkeitsweiternden „lebensbegleitenden“ Lernen zu finden.

Wir Menschen von heute sind, so erscheint es uns jedenfalls, mehr denn je zum immerwährenden Lernen angehalten. Freilich ist diese „Erkenntnis“ keineswegs so neu. Schon im Jahre 1849 formulierte Adalbert Stifter, religiöses Ordnungsdenken und aufklärerischen Vernunftoptimismus verquickend: „Die Menschen haben unaufhörlich zu lernen, teils um Neues zu ergründen, teils um das Vorhandene sich einzuprägen. Alle Veranlassung, wodurch der Mensch etwas lernt, kann man eine Schule heißen. Solche Schulen hat Gott in unermesslicher Fülle um uns her ausgebreitet, ja der Mensch tut keinen Schritt, wo er nicht an eine Lehre stößt ...“<sup>245</sup>

## Anmerkungen

- 1 Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche. In: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Jubiläumsausgabe zum 100. Geburtstag. Fünfter Band: Prosa, Frankfurt am Main 1997, S. 50.
- 2 Werner Lenz, Begriffe und ihre Bedeutung - von der Erwachsenenbildung zur Weiterbildung? In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 119, März 1981/82; Christa Pretzler, Volksbildung - Erwachsenenbildung. Zur Diskrepanz in der Theorie und in der Praxis, Dipl.-Arb. Univ. Graz 1982; dürftig und wenig erhellend: Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs, Projektgruppe Terminologie, Grundbegriffe der Erwachsenenbildung, Salzburg 1983.
- 3 Wolfgang Schivelbusch, Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918; Berlin 2001, insbesondere S. 196ff, S. 201ff sowie S. 286ff.
- 4 Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Bd. 4: Von 1848 bis zum Ende der Monarchie, Wien 1986, S. 107ff und 147ff.
- 5 Allgemein: Christian Stifter, Emanzipation versus Pazifizierung? Allgemeine Überlegungen zu (Volks-) Bildung und Demokratie. In: Kurt Aufderklamm/ Wilhelm Filla/ Erich Leichtenmüller/ Judita Löderer (Hg.), Demokratische Bildung. Realität und Anspruch (= Schriftenreihe des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Bd. 10), Wien 1996, S. 23-36.
- 6 Kurt Gerhard Fischer, Zur Geschichte und Theorie der Volksbildung. (= Schriftenreihe des Adalbert-Stifter-Instituts des Landes Oberösterreich, Bd. 9), Linz 1961, S. 30.
- 7 Gerhart Baron, Der Beginn. Die Anfänge der Arbeiterbildungsvereine in Oberösterreich. Hrsg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Linz 1971
- 8 Karl Timmel, Der Oberösterreichische Volksbildungsverein in den Jahren 1872 bis 1912. Ein Beitrag zu seiner Geschichte, Linz 1912, S. 9. Weiterhin zitiert als: Timmel, Volksbildungsverein.
- 9 Der Volksbote. Zeitschrift des Oberösterreichischen Volksbildungsvereines, 15. Jg., Nr. 1, 1900, S. 12; Archiv der Stadt Linz, Altes Archiv 8/Kulturarchiv, Schubert 268/V: Satzungen des Oberösterreichischen Volksbildungsvereins vom 18. Mai 1872; Sandra Wiesinger-Stock, Zwischen Emanzipation und Legitimation. Der Oberösterreichische Volksbildungsverein (1871-1938) im Spannungsfeld von Zivilgesellschaft und Staat, Diss. Univ. Wien 2001, S. 90ff.
- 10 Jutta Rinner, Die Entwicklungsgeschichte der allgemeinen Volksbildung: Ein Vergleich der Bundesländer Oberösterreich und Wien, beginnend bei den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur erneuten Etablierung nach dem Zweiten Weltkrieg, Diss. Univ. Linz 1996, S. 49. Weiterhin zitiert als: Rinner, Entwicklungsgeschichte.
- 11 Karl Gutkas, Die Anfänge der Volksbildung in Niederösterreich. In: Ursula Knittler-Lux (Hg.), Bildung bewegt. 100 Jahre Wiener Volksbildung, Wien 1987, S. 13-20, hier S. 13f; Erika Gerstenmayr, Das Volksbildungswesen in Niederösterreich mit besonderer Rücksicht auf den „Allgemeinen Niederösterreichischen Volksbildungsverein“ (1886-1938), Diss. Univ. Wien 1962, S. 33ff.
- 12 Timmel, Volksbildungsverein, S. 45.
- 13 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 63.
- 14 Vor allem die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstags hatte auf Grund der Erhöhung der Freizeit der ArbeitnehmerInnen bedeutende Auswirkungen auf die Volksbildung.
- 15 Otto Glöckel, Selbstbiographie - Sein Lebenswerk: Die Wiener Schulreform, Zürich 1939; Oskar Achs/Albert Krassnig, Drillschule - Lernschule - Arbeitsschule. Otto Glöckel und die österreichische Schulreform in der Ersten Republik, Wien/München 1974; Erik Adam/Primus-Heinz Kucher/Eva Reitmann/Josef Weidenholzer, Die Schul- und Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik. Entwicklung und Vorgeschichte (= Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 3), Wien 1983; Franz Buchegger, Otto Glöckel als Regierungsmitglied 1918-1920, Diss.

- Univ. Wien 1981; zu Oberösterreich: Volker Raus, Die Schulreform in Österreich 1918 bis 1934. Durchführung und Auswirkungen im Bundesland Oberösterreich für den Bereich der Pflichtschulen, Diss. Univ. Salzburg 1980.
- 16 Volksbildung. Monatsschrift für die Förderung des Volksbildungswesens in Deutschösterreich, 1. Jg., 1920, S. 5ff; Johann Dvořák, Über die staatlichen Aufgaben im Bereich der Erwachsenenbildung. In: Erwachsenenbildung in Österreich, 42. Jg., Heft 3, 1991, S. 4.
  - 17 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 164.
  - 18 Ernst Wenisch, Wilhelm Gärtner und die Neuanfänge der Volksbildung in Oberösterreich nach dem Ersten Weltkrieg. In: Oberösterreichische Heimatblätter, 35. Jg. Heft 1/2, 1981: Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich. „Inmitten der Mensch“. Zur Geschichte, Theorie und Praxis, S. 86-98.
  - 19 Adalbert Depiny, Freie Volksbildung in Oberösterreich. In: Volksbildung, 8. Jg., 1928, S. 316ff.
  - 20 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 66.
  - 21 Walter Göhring, Erwachsenenbildung. In: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, Graz/Wien/Köln 1983, S. 620.
  - 22 Wilhelm Miklas, Ansprache Urania-Tagung, Wels am 6. Mai 1933 und Villach am 12. Mai 1934. Zitiert bei: Walter Göhring, „Neuer Geist und Neues Programm“. Volksbildung im österreichischen „Ständestaat“ 1933-1938. „Die Volkshochschule für Jedermann“. Manuskript der Internationalen Volksbildungstagung in Jena, 7.-13. Oktober 1997, S. 6.
  - 23 Wilhelm Filla, Die österreichischen Volkshochschulen in der Zeit des Austrofaschismus 1934-1938. In: Mitteilungen des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen, 5. Jg., Heft 1-2, 1994, S. 16-25, hier S. 23.
  - 24 Volksbildungshaus Wiener Urania (Hg.), Urania Mitteilungsblatt der Volksbildungsstätten Wiens, 29. Jg., Heft 32, 21. Oktober 1938, zitiert nach Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 206.
  - 25 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 203.
  - 26 Eduard Kriechbaum, Der Arzt als Volkserzieher (= Führer für Volksbildner, hg. vom Österreichischen Volksbildungsamte, Heft 14), Wien 1923; Documenta Humana. Festgabe für Dr. med. Dr. phil. Eduard Kriechbaum. Ausgewählt und mit einer biographischen Würdigung versehen von Dr. Aldemar Schiffkorn (= Schriftenreihe des Oberösterreichischen Volksbildungswerkes, Bd. 2), Graz 1957; Aldemar Schiffkorn, Eduard Kriechbaum als Volkskundler, Diss. Univ. Innsbruck 1978; Aldemar W. M. Schiffkorn, „Menschen mit brennendem Herzen ...“ Eduard Kriechbaum, einer der ersten Weggefährten Aldemar Schiffkorns beim Aufbau des OÖ. Volksbildungswerkes. In: Oberösterreichische Heimatblätter, 35. Jg., Heft 1/2, 1981: Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich. „Inmitten der Mensch“. Zur Geschichte, Theorie und Praxis, S. 111-132.
  - 27 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 203.
  - 28 Evan Burr Bukey, Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk“, Hamburg/Wien 2001.
  - 29 Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. Eine Einführung. In: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 60), Wien 1995, S. 15/16; zur Trümmer- und Wiederaufbauzeit in Linz: Willibald Katzinger/Fritz Mayrhofer (Red.), Prinzip Hoffnung. Linz zwischen Befreiung und Freiheit (= Katalog des Stadtmuseums Linz-Nordico, Nr. 60), Linz 1995.
  - 30 Franz Pöggeler, Erziehung nach Ausschwitz als eine Perspektive der Erwachsenenbildung. In: Erwachsenenbildung in Österreich, Heft 4, 1992, S. 8.
  - 31 Herbert Grau, Mundart und Kultur im Eisenland Ober- und Niederdonau. Eine kulturmorphologische Untersuchung, Linz a.d.D. 1942, S. 5/6 sowie S. 59.
  - 32 Ebenda, S. 7.
  - 33 In einer 1943 erschienenen, den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhebenden kulturmorphologischen Untersuchung will Herbert Grau die „geistige Enge“, die im Blut liegende „bäuerliche Schwere und Beharrsamkeit“ der Menschen im Raum Linz auch auf die hier anzutreffenden „Kümmerformen der nor-

dischen Rasse“ mit ihrem hohen Anteil an „Langschädel“ zurückführen. Bei „richtiger, artgemäßer Führung und Förderung“ könne freilich, dank „seiner nordisch-bäuerlichen Grundhaltung“, der „gesunde, kräftige Geistes Kern der Linzer“ zur Entfaltung gebracht werden. Diese Chance sieht der Autor umso größer, als „heute wie zur Zeit der Reformation (...) ein erfrischender, befruchtender Wind aus dem Westen (weht): dieser wird wie damals unser Kulturleben aufblühen lassen. Auch die Donau kommt von Westen: gegen ihren Strom zu schwimmen, verschwendet Kraft und führt zu keinem Erfolg. Nur mit ihr schwimmend, gelangen wir leicht und schnell von der Stelle (...)“, folgert Grau pragmatisch und schließt seinen Aufsatz zuversichtlich: „Der Führer wird das Reich und in dessen Rahmen auch Linz zu neuer, größerer Geltung führen.“ (Herbert Grau, Die Grundlagen des Linzer Geisteslebens. In: Othmar Heide (Red.), Wesen und Schau. Schriftenreihe „Linz, Erbe und Sendung“, o. J. (1943), S. 5-35). Im Gefolge des schnellen Zeitenflusses und eines neuen Windes aus dem Westen wurden im Manuskript der 1943 gehaltenen Antrittsvorlesung „Kulturmorphologie und die neuere Mundartforschung“ offensichtlich zwecks weiterer Verwindung des Textes nach 1945 die Begriffe „Blut und Boden“ mit „Mensch und Raum“ überschrieben. (Österreichisches Volkshochschularchiv, Bestand Herbert Grau, Karton K1/M1) Laut Personenstandesblatt für die Meldung von Beamten und Angestellten bei der Universität Wien vom 6. März 1946 war Herbert Grau laut Eigenangaben niemals Mitglied der NSDAP, lediglich zwischen März 1938 und Oktober 1938 Mitglied der „Grenzlandschar“ (einer „Sing- und Spielschar und Arbeitsgemeinschaft“) in Wien, welche zwar im Herbst 1938 in die SA überführt worden war, er selbst aber wurde, laut Angaben von nach 1945, dadurch niemals Mitglied der SA, gleichwohl er in seinen Personalangaben nach 1938 seine SA-Zugehörigkeit sehr wohl vermerkt hatte. Im April 1943 trat Grau dem NS-Dozentenbund als Berufsorganisation bei. Am 4. März 1946 unterzog sich Grau der Registrierung. Mit Bescheid des Registrierungsamts vom 12. September 1946 wurde Grau entsprechend seines Entregistrierungsgesuchs

und gemäß der dortamtigen Überzeugung, „dass (Grau, Anm. T. D.) de facto niemals der SA angehört“ hatte, im Sinne des Verbotsgesetzes vom 8. Mai 1945 StGBI. Nr. 13, § 4 als nicht registrierungspflichtig erkannt und damit aus den NS-Registrierungslisten gestrichen. Dies konnte umso unzweifelhafter erfolgen, als der Linzer Bürgermeister Koref Grau am 8. Juni 1946 einen „Persilschein“ ausgestellt hatte, in welchem jener bat, „seine (Graus; Anm. T.D.) Sache wohlwollend zu bereinigen und ihm dadurch eine freie, ungehinderte Betätigung zu gestatten.“ ÖStA/AdR: Bundesministerium für Unterricht, Karton 18/119: Personalakt Dr. Herbert Grau; Archiv der Stadt Linz, Personalakt Herbert Grau.

- 34 Herbert Grau, 25 Jahre Volkshochschule Linz. In: Linz aktiv. Vierteljahresschrift der Stadt Linz, Nr. 44, Herbst 1972, S. 4-9, hier S. 4. Weiterhin zitiert als: Grau, 25 Jahre Volkshochschule Linz.
- 35 Herbert Grau, Erwachsenenbildung. In: Kulturverwaltung der Stadt Linz (Hg.), Sonderdruck aus dem Linzer Kulturhandbuch, Linz 1965, S. 333.
- 36 Wolfgang Speiser, Allgemeine Volksbildung. In: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2, Graz/Wien/Köln 1972, S. 372.
- 37 Hanns Kreczi, Städtische Kulturarbeit in Linz. Ein geschichtlicher Überblick anlässlich des 40-jährigen Bestandes des Kulturamtes der Stadt Linz, Linz 1959, S. 255. Weiterhin zitiert als: Kreczi, Städtische Kulturarbeit.
- 38 Österreichisches Volkshochschularchiv, Bestand Herbert Grau, Karton 1, Herbert Grau, Exposé über die Gründung eines Oberösterreichischen Instituts für Wissenschaft und Kunst, Manuskript vom 1. Mai 1946.
- 39 Vergleiche: Christian Stifter, Ein Modell emanzipatorischer Bildungsarbeit. Zur Geschichte der Volkshochschule Linz. In: Hubert Hummer/Reinhard Kannonier/Peter Leisch/Christian Muckenhuber (Hg.), Menschenrecht Bildung. Volkshochschule Linz. Festschrift zum 50-Jahr-Jubiläum, Linz 1997, S. 15-62, hier S. 26/27. Weiterhin zitiert als: Stifter, Volkshochschule Linz.
- 40 Grau, 25 Jahre Volkshochschule Linz, S. 4.
- 41 Erlass des Landeshauptmannes von Oberösterreich

- vom 2. Februar 1948 „Oberösterreichisches Volksbildungswerk“, Präs. Zl.-16.213/1, veröffentlicht in der „Amtlichen Linzer Zeitung“, 13. Februar 1948, Folge 7.
- 42 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 240/241; Rudolf Adolph, Das Oberösterreichische Volksbildungswerk. In: Volkshochschule im Westen. Mitteilungs- und Arbeitsblätter des Landesverbandes der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen, 4. Jg., 1. April 1952, Nr.1, S. 10f; 10 Jahre Oberösterreichisches Volksbildungswerk. Festschrift des Landesinstitutes für Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich (= Schriftenreihe des Oberösterreichischen Volksbildungswerkes, Bd. 5), Graz 1957; Hilde Hofinger/Dietmar Assmann, 25 Jahre Landesinstitut für Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich. In: Oberösterreichische Heimatblätter, 35. Jg. Heft 1/2, 1981: Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich. „Inmitten der Mensch“. Zur Geschichte, Theorie und Praxis, S. 5-26.
- 43 Aldemar Schiffkorn, 10 Jahre Oberösterreichisches Volksbildungswerk. In: 10 Jahre Oberösterreichisches Volksbildungswerk. Festschrift des Landesinstitutes für Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich (= Schriftenreihe des Oberösterreichischen Volksbildungswerkes, Bd. 5), Graz 1957, 104ff. Weiterhin zitiert als: Schiffkorn, Oberösterreichisches Volksbildungswerk.
- 44 Kreczi, Städtische Kulturarbeit, S. 257f; Stifter, Volkshochschule Linz, S. 29.
- 45 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 253.
- 46 Magistrat der Stadt Wels - Volkshochschule. Chronologie „40 Jahre Volkshochschule der Stadt Wels“, Wels 1987.
- 47 Christian Stifter, Kurzer historischer Abriss zur Entstehungsgeschichte der Volkshochschule Steyr. In: Mitteilungen des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen, 2. Jg., Heft 3, 1991, S. 14-15.
- 48 Vergleiche die Chronologie „Volkshochschule der Stadt Steyr - Geschichtlicher Rückblick“ in: Helmut Retzl, Münchenholz - ein Stadtteil im Wandel der Zeit. Veröffentlichungen des Kulturamtes der Stadt Steyr, Heft 37, Steyr 1986.
- 49 Neues aus Oberösterreich: Rudolf Grusch, Die überlokale Volkshochschule Salzkammergut. In: 10 Jahre Verband Österreichischer Volkshochschulen, Wien 1960, S. 36-37; Sigmund Grininger, Vereine als Träger von Volkshochschulen. In: Partner für Bildung und Freizeit. Festschrift 25 Jahre Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen, Linz o.J. (1978), S. 47.
- 50 Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 7 (11), Jänner 1953, S. 23.
- 51 Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 8 (12), März 1953, S. 6.
- 52 Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 2 (6), Dezember 1951, S. 9.
- 53 35 Jahre Volkshochschule der Arbeiterkammer. Broschüre zur Ausstellung vom 17. bis 22. Oktober 1988 im Kongress-Saal der Arbeiterkammer Linz, Linz 1988; Wilhelm Filla, Volkshochschularbeit in Österreich - Zweite Republik. Eine Spurensuche (= Neue Erwachsenenbildung, Bd. 12), Graz 1991, S. 73. Weiterhin zitiert als: Filla, Volkshochschularbeit.
- 54 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 284; Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich (Hg.), Die Volkshochschule der Arbeiterkammer für Oberösterreich, Linz 1988.
- 55 Schiffkorn, Oberösterreichisches Volksbildungswerk, wie Anm. 43, S. 63f.
- 56 Gustav Hofinger, Mit vereinten Kräften ... In: Kurt Aufderklamm/Wilhelm Filla/Erich Leichtenmüller (Hg.), Dienstleistung Erwachsenenbildung, Wien 1991, S. 143ff.
- 57 Eduard Seifert/Aldemar Schiffkorn. Ein Versuch, das Charakterbild seiner Persönlichkeit zu entwerfen. In: Oberösterreichische Heimatblätter, 35. Jg., Heft 1/2, 1981: Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich. „Inmitten der Mensch“. Zur Geschichte, Theorie und Praxis, S. 142-148, Bibliografie S. 149-155.
- 58 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Satzungen des Verbandes der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk.
- 59 Adelheid Berneder, Entwicklung und Stand der Erwachsenenbildung im Bezirk Ried im Innkreis, Dipl.-Arb. Univ. Salzburg 1990, S. 102ff.
- 60 Archiv der AK-OÖ, Karton Vollversammlung,

- Protokolle, Abteilungsberichte 1954, Bericht des Kultur- und Bildungsreferates für die Zeit vom 1.9.-31.12.1954, S. 4; Tätigkeitsbericht des Kultur- und Bildungsreferates für das Jahr 1956, S. 4f; Tätigkeitsbericht des Kultur- und Bildungsreferates für das Jahr 1957, S. 5f; Geschäftsbericht 1957 vorgelegt der 11. Vollversammlung (III. Funktionsperiode) am 1. April 1958, S. 37f.
- 61 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Jahrestagung des Verbandes der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 17. und 18. November 1956 in Linz-Nettingsdorf.
- 62 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 25. September 1955 in Schärding am Inn: Bericht des Vorsitzenden Herbert Grau.
- 63 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Tagung des Verbandes der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 17. und 18. November 1956 in Linz-Nettingsdorf.
- 64 Zur Volkshochschule Linz vergleiche: Statistisches Amt der Stadt Linz (Hg.), Die Volkshochschule der Stadt Linz im Spiegel der Statistik 1947-1950, Linz 1951; Wolfgang Speiser (Hg.), Ein Leben für die Erwachsenenbildung. Aus den Schriften von Herbert Grau zur Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung (= Schriftenreihe des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Bd. 4), Graz/Wien 1976, S. 9-12; Stifter, Volkshochschule Linz, S. 15-62; Gerhard Aumayr, Wirksamkeit und Andragogik des oberösterreichischen Volksbildners Herbert Grau, Diss. Univ. Salzburg 1988, S. 261ff. Weiterhin zitiert als: Aumayr, Grau.
- 65 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 283.
- 66 Ebenda, S. 258.
- 67 Aumayr, Grau, wie Anm. 64, S. 194ff; Herbert Grau, Volkshochschule. In: Stadt Linz (Hg.), Jahrbuch der Stadt Linz 1951, Linz 1952, S. XXXV.
- 68 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 161.
- 69 Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 8 (12), Mai 1953, S. 17.
- 70 Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 262.
- 71 Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 31, Dezember 1958, S. 15f.
- 72 Herbert Grau, Volkshochschule. In: Stadt Linz (Hg.), Jahrbuch der Stadt Linz 1951, Linz 1952, XXXIV; Wolfgang Speiser (Hg.), Ein Leben für die Erwachsenenbildung. Aus den Schriften von Herbert Grau zur Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung (= Schriftenreihe des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Bd. 4), Graz/Wien 1976, S. 17ff.
- 73 Zum Internationalisten Herbert Grau und zu den von ihm initiierten, seit 1958 regelmäßig stattfindenden „Internationalen Salzburger Gesprächen für Leiter in der Erwachsenenbildung“: Herbert Grau, Pichl - ein pädagogisches Experiment. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 2 (6), Dezember 1951, S. 4f; Herbert Grau, Bericht über die 1. Salzburger Gespräche für Leiter in der Erwachsenenbildung, Salzburg 1958; Walter Göhring (Hg.), Internationale Salzburger Gespräche für Leiter in der Erwachsenenbildung, Teil 1-3, Wien 1987; Aumayr, Grau, S. 32ff, S. 50f und S. 233ff; Rinner, Entwicklungsgeschichte, S. 264.
- 74 Walter Göhring, Bildung in Freiheit. Die Erwachsenenbildung in Österreich nach 1945, Wien 1983, S. 146ff; zur Teilnahme von Herbert Grau an Europarat-Tagungen zur Erwachsenenbildung zwischen 1967 und 1969: Aumayr, Grau, S. 85ff.
- 75 Herbert Grau, Volkshochschule. In: Stadt Linz (Hg.), Jahrbuch der Stadt Linz 1955, Linz 1956, S. XLV.
- 76 Herbert Grau, Volkshochschul-Diagnose. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 12 (16), März 1954, S. 8.
- 77 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 6. und 7. Mai 1961 in Linz.
- 78 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 6. und 7. Mai 1961 in Linz: Referat Herbert Grau.
- 79 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Tagung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungs-

- werk am 10. November 1963 in Vöcklabruck.
- 80 Paul Kaspar, Erwachsenenbildung in Oberösterreich. Funktionen, Ziele, Methoden und Teilnehmer der größten Bildungsinstitutionen, Dipl.-Arb. Univ. Linz 1997, S. 98. Weiterhin zitiert als Kaspar, Erwachsenenbildung.
- 81 Gerhard Armingier/Walter Blumberger, Teilnahme und Teilnahmebedingungen an der beruflichen Erwachsenenbildung, dargestellt am Beispiel des Berufsförderungsinstituts für Oberösterreich. In: Erwachsenenbildung in Österreich, 28. Jg., 1977, Heft 6, S. 291-312; Bernard Ingrisch (Hg.), Bildung baut auf. 35 Jahre Berufsförderungsinstitut, Wien 1994; 40 Jahre Berufsförderungsinstitut der AK und des ÖGB, o.O., o.J.
- 82 Archiv der AK-OÖ, Ordner, Nr. 5,431, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 19. und 20. Mai 1962 in Braunau am Inn.
- 83 Herbert Grau, Erwachsenenbildung. In: Kulturverwaltung der Stadt Linz (Hg.), Sonderdruck aus dem Linzer Kulturhandbuch, Linz 1965, S. 368.
- 84 1963 bestanden folgende Zweigstellen der Volkshochschule der Arbeiterkammer: Ampflwang, Andorf, Aschach an der Donau, Attnang-Puchheim, Eferding, Enns, Freistadt, Grieskirchen, Großraming, Grünburg, Kirchdorf an der Krems, Lenzing, Leonding, Molln, Ottensheim, Pasching-Langholzfeld, Perg, Ried im Innkreis, Rohrbach, Schärding, Sierninghofen, Traun und Wels. Archiv der AK-OÖ, Karton Vollversammlung, Protokolle, AK-Bericht, Geschäftsbericht 1963, vorgelegt der 13. Vollversammlung (IV. Funktionsperiode) am 2. April 1964, S. 39.
- 85 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Tagung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 10. November 1963 in Vöcklabruck.
- 86 Archiv des Oberösterreichischen Volkshochschulverbandes (OÖVHSV), Protokoll der Arbeitsausschusssitzung am 1. Juli 1964 in Linz.
- 87 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 23. und 24. Mai 1964 in Linz.
- 88 Herbert Grau, Vom Bau eines Kursprogrammes. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 38, Oktober 1960, S. 9.
- 89 Hans Kainz, Ist der Volkstanz heute modern? In: Die österreichische Volkshochschule, Nr. 64, März 1967, S. 11f.
- 90 Alfred Hauska, Das neue Lesestudio an der VHS-Vöcklabruck. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 38, Oktober 1960, S. 12f.
- 91 Walter Haminger, Das neue Lenzinger Jugendzentrum. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 41, Mai 1961, S. 26f; ders., Neue Wege in der Jugenderziehung. Das neue Jugendzentrum in Lenzing. In: Mitteilungen des Oberösterreichischen Volksbildungswerkes, Linz, am 30. Mai 1961, S. 10-13.
- 92 Neues aus Oberösterreich: Walter Haminger, Praktische Arbeiten als Ausgleich für Erwachsene. In: 10 Jahre Verband Österreichischer Volkshochschulen, Wien 1960, S. 37f.
- 93 Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 47, Dezember 1962, S. 11.
- 94 Maria Hofinger, Hauptschullehrgang in der Kaserne Steyr. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 63, Dezember 1966, S. 17.
- 95 Theodor Klogger, Erfahrungen eines Volkshochschulleiters im oberösterreichischen Braunkohlenrevier. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 55, Dezember 1964, S. 12f.
- 96 Archiv der AK-OÖ: Ordner 5,431, VHS AK, OÖVHSV, Satzungen, Hauptversammlung, Arbeitstagung: Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 27. und 28. April 1968 in Enns.
- 97 Wolfgang Speiser, Österreichs „Star“-Volkshochschule. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 50, September 1963, S. 11f; Neues aus Oberösterreich: Rudolf Grusch, Die überlokale Volkshochschule Salzkammergut. In: 10 Jahre Verband Österreichischer Volkshochschulen, Wien 1960, S. 36f; Sigmund Grininger, Vereine als Träger von Volkshochschulen. In: Partner für Bildung und Freizeit. Festschrift 25 Jahre

- Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen, Linz o.J. (1978), S. 47.
- 98 Franz Lattner, Probleme der ländlichen Volksbildung. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 39, Dezember 1960, S. 23f; Volksbildungsarbeit in Molln. 10 Jahre Sozialistisches Bildungswerk Molln. In: Mitteilungen des Oberösterreichischen Volksbildungswerkes, Linz am 25. August 1961, S. 45f.
- 99 Erich Zanzinger, Volksbildungswerk des Arbeitshauses Suben am Inn. In: Mitteilungen des Oberösterreichischen Volksbildungswerkes, Linz am 30. September 1958, S. 15-17.
- 100 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Herbsttagung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 23. und 24. Oktober 1964 in Ampflwang.
- 101 Archiv des OÖVHSV, Bericht Erich Leichtenmüller für eine Verbandsfestschrift anlässlich des 25-jährigen Bestehens, Manuskript 1975.
- 102 Allgemein: Krimhild Maria Pia Steinwender, Frauenbildung und Volkshochschule. Eine Untersuchung aus feministischer Sicht (= VÖV-Publikationen, Bd. 10), Wien 1992.
- 103 Lore Liefer, Die Arbeit mit der Frau und für die Frau an der Volkshochschule. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 67, Dezember 1967, S. 14-17.
- 104 Archiv der AK-OÖ, Ordner Nr. 5,431, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 19. und 20. Mai 1962 in Braunau am Inn.
- 105 Archiv des OÖVHSV, Protokoll des Verbands der Oberösterreichischen Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk über die Arbeitsausschusssitzung am 21. März 1968 in Linz.
- 106 Archiv der AK-OÖ, Ordner, Nr. 5,431, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen im oberösterreichischen Volksbildungswerk am 23. und 24. Mai 1964 in Linz.
- 107 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 24. September 1970 in Linz.
- 108 Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tólos, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. Eine Einführung. In: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tólos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 60), Wien 1995, S. 21f; sowie Lorenz Lassnigg, Bildungsreform gescheitert ... Gegenreform? 50 Jahre Schul- und Hochschulpolitik in Österreich; im gleichen Band, S. 458-484.
- 109 Walter Göhring, Bildung in Freiheit. Die Erwachsenenbildung in Österreich nach 1945, Wien/München/Zürich 1983, S. 203f. Weiterhin zitiert als: Göhring, Bildung in Freiheit.
- 110 Hans Altenhuber, Entwicklung, Struktur und Probleme der österreichischen Erwachsenenbildung. In: Hans Altenhuber (Hg.), Situation und Trends der Erwachsenenbildung in Österreich, Wien 1975, S. 19f.; zur legislativen Vorgeschichte: Eduard Seifert/Ernst Wenisch, Zur Frage eines österreichischen Volksbildungsgesetzes. Hg. vom Institut für Grundlagenforschung der Erwachsenenbildung im Ring Österreichischer Bildungswerke, Salzburg o.J.
- 111 Gerhard Bisovsky, Blockierte Bildungsreform. Staatliche Erwachsenenbildungs-Politik in Österreich seit 1970, Wien 1991, S. 34ff. Weiterhin zitiert als: Bisovsky, Bildungsreform
- 112 Herbert Grau, Der Wirkungs- und Aufgabenkreis des Volkshochschulleiters. Überlegungen zum Berufsbild des haupt- oder nebenberuflichen Leiters einer Volkshochschule. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 69, Juni 1968, S. 24-30, hier S. 28.
- 113 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 25. Jänner 1972 in Linz.
- 114 Hans Altenhuber, Staat und Volksbildung in Österreich 1945-1990. Der Aufbau der freien Erwachsenenbildung nach 1945. In: Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung, 9. Jg., Heft 3-4, 1998, S. 71. Weiterhin zitiert als: Altenhuber, Staat und Volksbildung.
- 115 Günter Kalliauer, Der „Zweite Bildungsweg“ an der

- Volkshochschule. Eine Form des „Zweiten Bildungsweges“ in Wels. In: Partner für Bildung und Freizeit. Festschrift 25 Jahre Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen, Linz 1978, S. 91-96; allgemein: Aladar Pfnüß, Der Zweite Bildungsweg in Österreich. Darstellung - Kritik - Neue Perspektiven, Graz/Wien 1962.
- 116 Wolfgang Speiser, Volkshochschulen in den siebziger Jahren. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 84, März 1972, S. 5-7; zum Medienverbund: Göhring, Bildung in Freiheit, 247ff.
- 117 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 15. April 1972 in Ottensheim.
- 118 Gustav Hofinger, Sozialversicherungspflicht für Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 123, März 1982, S. 4-8. Weiterhin zitiert als: Hofinger, Sozialversicherungspflicht.
- 119 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 14. Mai 1971 in Linz.
- 120 Andorf, Braunau am Inn, Eferding (Nebenstellen in Alkoven, Aschach, Hartkirchen), Enns (Nebenstellen in Asten, Hargelsberg, Hofkirchen, Kronstorf, Niederneukirchen, St. Florian), Freistadt, Gmunden (Nebenstellen in Bad Goisern, Bad Ischl, Ebensee, Gosau, Grünau, Hallstatt, Kirchham, Lauffen, Obertraun, Ohlsdorf, Pfandl, Reindlmühl, St. Konrad, Scharnstein, Steyermühl, Traunkirchen, Vorchdorf), Grieskirchen (Nebenstelle in Bad Schallerbach), Großraming, Kirchdorf an der Krems, Lenzing (Nebenstellen in Attnang-Puchheim, Ampflwang, Mondsee, Schörfling, Schwanenstadt, Vöcklabruck), Leonding (Nebenstellen in Doppl-Hart, Dörnbach, Hörsching, Kirchberg-Thening, Oftring, Ruefling, St. Isidor, Schönering, Wilhering), Mattighofen, Ottensheim (Nebenstellen in Puchenau und Walding), Pasching, Perg (Nebenstellen in Grein, Mauthausen, St. Georgen an der Gusen, St. Georgen am Walde, St. Nikola, Sarmingstein, Schwertberg), Ried im Innkreis, Rohrbach (Nebenstelle in Haslach), Schärding (Nebenstellen in Münzkirchen, Raab und Riedau), Traun (Nebenstellen in Ansfelden, Eggendorf, Kematen an der Krems, Oedt, Pucking, St. Martin), Wels (Nebenstellen in Gunkskirchen, Lambach, Marchtrenk, Sattledt, Stadl-Paura) und Windischgarsten. Archiv der AK-OÖ, Karton Vollversammlung, Protokolle, AK-Bericht, Geschäftsbericht 1973, S. 116ff.
- 121 Archiv der AK-OÖ, Ordner 5,431, VHS AK, OÖVHSV, Satzungen, Hauptversammlung, Arbeitstagung, Protokoll der Jahreshauptversammlung und Frühjahrstagung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 30. und 31. März 1974 in Braunau am Inn: Beschluss der Neufassung der Statuten und Richtlinien.
- 122 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 26. März 1974 in Linz; Archiv der AK-OÖ, Ordner 5,431, VHS AK, OÖVHSV, Satzungen, Hauptversammlung, Arbeitstagung: Protokoll der Jahreshauptversammlung und Frühjahrstagung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 30. und 31. März 1974 in Braunau am Inn.
- 123 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands der Volkshochschulen im oberösterreichischen Volksbildungswerk am 30. März 1974 in Braunau am Inn. In der Festschrift zum 25-Jahr-Jubiläum „Die Volkshochschule - Partner für Bildung und Freizeit“, Linz 1978 wird der hier dargestellte Vorgang mit keinem Wort thematisiert.
- 124 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 14. Oktober 1975 in Linz.
- 125 Archiv der AK-OÖ, Ordner 5,431, VHS AK, OÖVHSV, Satzungen, Hauptversammlung, Arbeitstagung: Protokoll der Hauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 12. März und der Arbeitstagung am 13. März 1977 in Vöcklabruck.
- 126 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 26. März 1971 in Linz.

- 127 Im Rahmen des Budgetüberschreitungs-gesetzes wurden 1972 die staatlichen Ausgaben für die Erwachsenenbildung um fast 60 Prozent erhöht. Besonders die Verbände der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens erfuhren beinahe eine Verdoppelung ihrer Subventionen. Insgesamt wurden 1970 die Volkshochschulen Oberösterreichs zu 40,4 Prozent von den Städten, zu 11 Prozent von der Arbeiterkammer, zu 5,8 Prozent vom Bund und zu 5,1 Prozent vom Land Oberösterreich finanziert. Die Einnahmen aus den Kursgebühren und Einzeleintritten deckten 37,5 Prozent der Ausgaben ab. VHS: Mehr als 2000 Kurse mit 34.000 Teilnehmern. In: Tagblatt vom 23. April 1970.
- 128 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 15. April 1972 in Ottensheim.
- 129 Archiv der AK-OÖ, Ordner 5,431, VHS AK, OÖVHSV, Satzungen, Hauptversammlung, Arbeitstagung: Protokoll der Herbsttagung des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 14. Oktober 1972 in Leonding.
- 130 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 21. Jänner 1975 in Linz.
- 131 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 21. Jänner 1976 in Linz.
- 132 Archiv der AK-OÖ, Ordner 5,431, VHS AK, OÖVHSV, Satzungen, Hauptversammlung, Arbeitstagung, Verband der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk: Bericht vom 19. Mai 1973.
- 133 Erich Leichtenmüller, Ein Vierteljahrhundert Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 109, Juni 1978, S. 45-46.
- 134 Neues Volksblatt, 15. September 1977.
- 135 Archiv des OÖVHSV, Protokoll über die Sitzung des Arbeitsausschusses des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 4. Oktober 1973 in Linz.
- 136 Herbert Grau, 25 Jahre Volkshochschule Linz. In: Linz aktiv. Vierteljahresschrift der Stadt Linz, Nr. 44, Herbst 1972, S. 4-9, hier S. 8.
- 137 Archiv des OÖVHSV, Protokoll des Verbands der Volkshochschulen im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 24. September 1970 in Linz.
- 138 Harold C. Wiltshire, The International Contribution of British Adult Education. In: Gerhard Botz/Hans Hautmann/Helmut Konrad (Hg.), Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, S. 527-533.
- 139 Bisovsky, Bildungsreform, wie Anm. 111, S. 174ff.
- 140 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 9. September 1976 in Linz.
- 141 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 23. Oktober 1980 in Linz.
- 142 Erich Leichtenmüller, Die Linzer Mediengespräche. In: Partner für Bildung und Freizeit. Festschrift 25 Jahre Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen, Linz 1978, S. 98-106.
- 143 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 21. Jänner 1975 in Linz; Erich Leichtenmüller, Linzer „Mediengespräche“. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 97, Juni 1975, S. 6-8.
- 144 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 10. März 1976 in Linz.
- 145 Erich Leichtenmüller, Linzer Mediengespräche 1980: „Die neuen Medien“. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 117, September 1980, S. 121-123.
- 146 Linzer Mediengespräche 1988: „Die Wirkung von Gewalt und Aggression in den Medien“. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 149, September 1988, S. 14-16.
- 147 Erich Leichtenmüller, Das VHS-Zertifikat in der Industrie. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 95, Dezember 1974, S. 19.
- 148 Englischkurse für Schichtarbeiter. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 105, Juni 1977, S. 52f.
- 149 Siegbert Janko, Pender-Klub - Ein Projekt der Arbeiterbildung. In: Die Österreichische

- Volkshochschule, Nr. 113, September 1979, S. 45;  
Othmar Plöchl, Der Pendler-Klub der Volkshochschule  
Linz, Dipl.-Arb. Univ. Linz 1980.
- 150 E(rich) L(eichtenmüller), Ein VHS-Parlament in Linz.  
In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 88, März  
1973, S. 16.
- 151 Archiv des OÖVHSV, Protokoll über die Sitzung des  
Arbeitsausschusses des Verbands der Volkshochschulen  
im Oberösterreichischen Volksbildungswerk am 19.  
Februar 1974 in Linz.
- 152 Politisches Forum – Politische Bildung am Beispiel ak-  
tueller Ereignisse. In: Die Österreichische  
Volkshochschule, Nr. 113, September 1979, S. 44.
- 153 Siegbert Janko, Arbeiterbildung, Zielgruppenarbeit und  
Stadtteilarbeit. In: Die Österreichische Volkshoch-  
schule, Nr. 117, September 1980, S. 105–109.
- 154 Gerhard Bisovsky, Erwachsenenbildung unter Druck?  
In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 165,  
September 1992, S. 1–4, hier S. 3.
- 155 Archiv des OÖVHSV, Protokoll über die  
Hauptversammlung des Verbands der  
Oberösterreichischen Volkshochschulen am 8. April  
1988 in Bad Ischl.
- 156 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung  
des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen  
am 7. Februar 1989 in Linz.
- 157 Archiv des OÖVHSV, Protokoll über die  
Hauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer  
Volkshochschulen am 8. April 1988 in Bad Ischl.
- 158 Archiv des OÖVHSV, Verband Oberösterreichischer  
Volkshochschulen, Statistische Mitteilungen des  
OÖVHSV 1989.
- 159 Maria Hofinger, Mit der Volkshochschule gemeinsam  
die Freizeit gestalten. Unsere Fragen – Ihre Wünsche.  
In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 136, Juni  
1985, S. 21–23.
- 160 Altenhuber, Staat und Volksbildung, wie Anm. 114,  
S. 75f.
- 161 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung  
des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen  
am 1. April 1981 in Linz.
- 162 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung  
des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen  
am 4. November 1986 in Linz.
- 163 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitstagung des  
Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am  
20. November 1987 im Volksheim Pasching-  
Langholzfeld.
- 164 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung  
des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen  
am 7. Februar 1989 in Linz.
- 165 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung  
des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen  
am 17. Dezember 1980 in Linz.
- 166 Christine Edhoffer/Siegbert Janko/Wilma Wiesinger,  
Frauenwoche der VHS Linz. Ein Beispiel für  
Teilnehmerorientierung, Demokratisierung und  
Kooperation in der Erwachsenenbildung. In: Die  
Österreichische Volkshochschule, Nr. 131, März 1984,  
S. 24–29.
- 167 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der  
Hauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer  
Volkshochschulen am 7. April 1989 in Schärding.
- 168 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitstagung des  
Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 8.  
April 1988 in Bad Ischl.
- 169 Hubert Hummer, Kind sein in Linz, Erziehung zum  
Frieden. Ein Kurzbericht über ein pädagogisches  
Großprojekt der Volkshochschule Linz. In: Die Öster-  
reichische Volkshochschule, Nr. 147, März, 1988, S. 54-  
57.
- 170 Franz Aigenbauer/Brigitte Binder, Anmerkungen zum  
Volkshochschulklub „Unsere Geschichte“. Zwei  
Erfahrungsberichte. In: Hubert Ch. Ehalt (Hg.),  
Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und  
Projekte einer Geschichte des Alltags. (= Kultur-  
studien, Bd. 1), Wien/Köln/Graz 1984, 353ff.
- 171 Hubert Hummer/Reinhard Kannonier, Regional-  
geschichte und politische Bildung. Projekte der Volks-  
hochschule Linz. In: Hubert Ch. Ehalt (Hg.),  
Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und  
Projekte einer Geschichte des Alltags. (= Kultur-  
studien, Bd. 1), Wien/Köln/Graz 1984, 341ff.  
Weiterhin zitiert als: Hubert Hummer/Reinhard  
Kannonier, Regionalgeschichte.
- 172 Stadtteil Keferfeld 1939–1989. Erinnerungen,  
Entwicklungen, Perspektiven. VHS-Geschichteklub 50  
Jahre Keferfeld, Linz 1989.

- 173 Meinrad Ziegler/Waltraud Kannonier, Das „Gedenkjahr“ 1988 - Folgenswer oder folgenlos? Bericht über eine VHS-Veranstaltung „Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung“ von Dezember 1988 bis Juni 1989. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 15. Jg., Heft 2, 1990, S. 68-75.
- 174 Hubert Hummer/Reinhard Kannonier, Regionalgeschichte, wie Anm. 171, 341ff.
- 175 Vergleiche die u.a. von der Volkshochschule Linz herausgegebene Publikation: Christian Topf, Auf den Spuren der Partisanen. Zeitgeschichtliche Wanderungen im Salzkammergut, Grünbach 1996.
- 176 „Findlinge“ in Rohrbach vorgestellt. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 146, Dezember 1987, S. 47.
- 177 Leseförderung ernst genommen. Ausstellung von Kinder- und Jugendbüchern. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 149, September 1988, S. 36f.
- 178 Hubert Hummer, Die Schreibwerkstätten der Volkshochschule Linz. Ein Beitrag zur literarischen Bildung an der VHS. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 148, Juni 1988, S. 21-23.
- 179 Hofinger, Sozialversicherungspflicht, wie Anm. 118.
- 180 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 7. Februar 1989 in Linz.
- 181 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Hauptversammlung am 8. April 1988 in Bad Ischl.
- 182 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 31. März 1982 in Linz.
- 183 Archiv des OÖVHSV, Protokolle der Vorstandssitzungen des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 23. November 1983 und am 7. Februar 1985 in Linz.
- 184 Salzkammergut Zeitung, 20. März 1980.
- 185 Hauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 117, September 1980, S. 135; Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 19. März 1980 in Linz.
- 186 Archiv der AK-OÖ, Karton Vollversammlung, Protokolle, AK-Bericht, Bericht 1980, S. 41.
- 187 Ebenda, Bericht 1986, S. 50.
- 188 Ebenda, Bericht 1989, S. 61; Modell für Österreich. In: Die Österreichische Volkshochschule, 41. Jg., Heft 155, März 1990.
- 189 Gerhard Bisovsky, Auf dem Weg zum lebenslangen Lernen? In: Werner Lenz (Hg.), Modernisierung der Erwachsenenbildung, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 164-180; Georg Hahn, Die Krise der Erwachsenenbildung: Zwischen Taylorismus und Lean Production. In: Gerhard Bisovsky/Christian Stifter (Hg.), „Wissen für Alle“. Beiträge zum Stellenwert von Bildung in der Demokratie, Wien 1996, S. 214-247.
- 190 VÖV-Resolution. Beschlossen bei der Hauptversammlung des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen am 25. Juni 1994 in Linz. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 173, September 1994, S. 18.
- 191 Archiv der AK-OÖ, Ordner VHS AK, Leiter-Tagungen bfi/VHS, Stichwortnotizen: VHS AK-Leiter-Treffen am 13. Mai 1991 in der Arbeiterkammer Wels.
- 192 Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen, Statistische Mitteilungen des OÖVHSV 1991, April 1992.
- 193 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 19. Mai 1995 in Linz.
- 194 Kaspar, Erwachsenenbildung, wie Anm. 80, S. 107.
- 195 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Hauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 22. April 1994 in Windischgarsten: Bericht des Pädagogischen Referenten Hubert Hummer.
- 196 Bildungsberatung für Erwachsene in OÖ. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 178, Dezember 1995, S. 57-58.
- 197 Christian Muckenhuber, Kursevaluation an der VHS Linz. Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 189, September 1998, S. 36-40.
- 198 Hubert Hummer, Gütesiegel für Bildung. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 190, Dezember 1998, S. 42-43; Qualitätssiegel für OÖ. Erwachsenenbildung. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 191, März 1999, S. 15-18; Land Oberösterreich (Hg.),

- Erwachsenenbildung in Oberösterreich, Linz 1999, S. 6ff; EB-Forum OÖ (Hg.), Planquadrat 2001. Entwicklungsplanung für die Erwachsenenbildung und Weiterbildung in Oberösterreich. Abschlussbericht, Linz 1998.
- 199 Bericht des Pädagogischen Referenten Hubert Hummer. Abgedruckt in: Hauptversammlung und Arbeitstagung in Oberösterreich. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 160, Juni 1991, S. 24-25.
- 200 Eva Brantner, 40 Jahre Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 170, Dezember 1993, S. 28f.
- 201 Anneliese Heilinger, Erwachsenenbildung wohin? Szenarien zukünftiger Entwicklungen. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 173, September 1994, S. 38-40.
- 202 Hubert Hummer, Zur Modernisierung der Volkshochschule(n). In: Kurt Aufderklamm/Wilhelm Filla/Erich Leichtenmüller/Judita Löderer (Hg.), Demokratische Bildung, Realität und Anspruch (= Schriftenreihe des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Bd. 10), Wien 1996, S. 89-102, hier 94.
- 203 Archiv der AK-OÖ, Ordner 5,431, VHS AK, OÖVHSV, Satzungen, Hauptversammlung, Arbeitstagung; Protokoll der Hauptversammlung und der Arbeitstagung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 20. und 21. April 1990 in Steyr; Neuwahlen in Oberösterreich. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 157, September 1990, S. 50f.
- 204 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen in Windischgarsten am 22. April 1994; Personeller Wechsel in Oberösterreich. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 172, Juni 1994, S. 47f.
- 205 Archiv der AK-OÖ, Vollversammlung, Protokolle, AK-Berichte, Bericht 1992, S. 50f.
- 206 Archiv der OÖVHSV, Berichte zur Hauptversammlung und Arbeitstagung am 22. und 23. April 1992 in Vöcklabruck.
- 207 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 12. Dezember 1997 in Linz.
- 208 Archiv der AK-OÖ, Vollversammlung, Protokolle, AK-Bericht, Bericht 1998, S. 38.
- 209 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Jahreshauptversammlung am 23. April 1993 in Rohrbach: Bericht des Pädagogischen Referenten Hubert Hummer.
- 210 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Jahreshauptversammlung am 19. Mai 1995 in Linz: Bericht des Pädagogischen Referenten Hubert Hummer.
- 211 Verband Österreichischer Volkshochschulen, Statistikbericht 1997 für das Arbeitsjahr 1995/96, Wien 1997, S. 9.
- 212 Andrea Wall, Frauen in Volkshochschulen. Eine kritische Bestandsaufnahme am Beispiel Oberösterreichs. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 167, März 1993, S. 2-5.
- 213 Frau.macht.Bildung. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 187, März 1998, S. 13.
- 214 Wilhelm Filla, Beziehungsfallen. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 191, März 1999, S. 35; Harald Wildfellner (Hg.), Beziehungsfallen, 3 Bde., Linz 1994ff; [www.beziehungsfallen.at](http://www.beziehungsfallen.at)
- 215 Hans Maršálek, Konzentrationslager Gusen. Ein Nebenlager des KZ Mauthausen. Dokumentation, Wien 1987.
- 216 Andrea Wall, Von der Vergangenheit zur Zukunft. Die Zeit des Nationalsozialismus in St. Georgen/Gusen. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 176, Juni 1995, S. 19-24.
- 217 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Arbeitstagung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 13. November 1992 in Kirchdorf an der Krems.
- 218 Am Beispiel Linz: Doris Speckmoser, Die Volkshochschule Linz - Analyse und Evaluierung der Kurse im Bereich Sport und Gesundheit, Dipl.-Arb. Univ. Linz 1998.
- 219 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen am 19. Mai 1995 in Linz.
- 220 Gertrude Wihrheim im Ruhestand und akademisch anerkannt. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 182, Dezember 1996, S. 50.

- 221 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Hauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 26. April 2002 in Braunau am Inn.
- 222 Archiv der AK-OÖ, Mappe 1.6.3. Verband der VHS in OÖ: Pressegespräch der Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 16. September 1997 in Linz.
- 223 Wer schreibt für mich? In: Oberösterreichische Nachrichten, 19. Oktober 2002.
- 224 Wie Anm. 222.
- 225 Hubert Hummer, Medienwerkstatt Linz eröffnet. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 190, Dezember 1998, S. 32-33; [www.medienwerkstatt-linz.at](http://www.medienwerkstatt-linz.at)
- 226 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Vorstandssitzung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 7. Februar 1990 in Linz.
- 227 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Präsidiumssitzung am 3. Oktober 1996.
- 228 Archiv der AK-OÖ, Vollversammlung, Protokolle, AK-Bericht, Bericht 2001, S. 24.
- 229 Archiv des OÖVHSV, Statuten des Vereins „Verband Oberösterreichischer Volkshochschulen“, beschlossen von der Hauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 26. April 2002 in Braunau am Inn, hier § 4(2) und § 7(2)
- 230 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Hauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 9. März 2001 in Steyr.
- 231 Archiv der AK-OÖ, Vollversammlung, Protokolle, AK-Bericht, Bericht 2001, S. 24.
- 232 Archiv des OÖVHSV, Protokoll der Hauptversammlung des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen am 9. März 2001 in Steyr: Referat des Generalsekretärs des Verbands Österreichischer Volkshochschulen Wilhelm Filla.
- 233 Ebenda.
- 234 Presseunterlagen des Verbands Oberösterreichischer Volkshochschulen anlässlich des Pressegesprächs am 14. November 1996 in Linz. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 182, Dezember 1996, S. 57.
- 235 [www.vhs-ooe.at](http://www.vhs-ooe.at)
- 236 [www.linz.at/vhs](http://www.linz.at/vhs); [www.wels.at](http://www.wels.at) bzw. [www.vhs-wels.at](http://www.vhs-wels.at); [www.steyr.at](http://www.steyr.at)
- 237 Filla, Volkshochschularbeit, wie Anm. 53, S. 209; heute umfasst die Angebotspalette in oberösterreichischen Volkshochschulen Persönlichkeit und Psychologie, Partnerschaft und Beziehung, Elternschaft und Erziehung, Geschichte, Religionen, Politik, Gesellschaft und Soziales, Kunst, Musik, Philosophie, Literatur, Medien, Tanz und Theater, Zeichnen und Malen, Werken, Recht, Finanzen, Wirtschaft, Kochen, Nähen, Kulinarium, Lifestyle-Moden, Haus und Raum, Leben mit Pflanzen und Tieren, Medizin und Gesundheitsvorsorge, Schwangerschaft und Geburt, Ernährung, Massage, Bewegung und Gymnastik, Entspannung und Körperbewusstsein, Sport und Spiel, Natur und Umwelt, Mathematik, Physik, Chemie, EDV, Bildungsberatung und Berufsorientierung, Zweiter Bildungsweg und abschlussorientierte Lehrgänge, Schlüsselqualifikationen, fachspezifische Weiterbildung, Sprachen (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Japanisch, Kroatisch/Serbisch, Latein, Persisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Spanisch, Tschechisch, Türkisch, Ungarisch, Deutsch als Mutter- und Fremdsprache). Zu dem kommen Reisen, Exkursionen, Kurse in den Seniorenzentren, Seniorenklubs sowie Zivilschutz.
- 238 Filla, Volkshochschularbeit, wie Anm. 53, S. 210.
- 239 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.
- 240 Gerhard Bisovsky, Die Aktualität sozialer Ungleichheiten im Individualisierungsprozess. In: Kurt Aufderklamm/Wilhelm Filla/Erich Leichtenmüller/Judita Löderer (Hg.), Demokratische Bildung. Realität und Anspruch (= Schriftenreihe des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Bd. 10), Wien 1996, S. 9-22, hier S. 11. Weiterhin zitiert als: Bisovsky, Aktualität sozialer Ungleichheiten.
- 241 Zur beruflichen Weiterbildung am Beispiel Wiens: Gerhard Bisovsky, Mehr Weiterbildung durch mehr Markt? In: Gerhard Bisovsky/Christian Stifter (Hg.), „Wissen für Alle“. Beiträge zum Stellenwert von Bildung in der Demokratie, Wien 1996, S. 258-273.
- 242 Zitiert nach: Werner Lenz, Lehrbuch der Erwachsenenbildung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1987, S. 127.

- 243 Gerhard Bisovsky, Berufliche Bildung als Instrument Politischer Bildung in Volkshochschulen. In: Die Österreichische Volkshochschule, Nr. 175, März 1995, S. 2-5.
- 244 Bisovsky, Aktualität sozialer Ungleichheiten, wie Anm. 240, S. 19 und S. 13.
- 245 Adalbert Stifter, Wirkungen der Schule II. In: Der Wiener Bote, 1. August 1849; Weiterführend zum Pädagogen und k.k. Schulrat Stifter: Kurt Gerhard

Fischer, Die Pädagogik des Menschenmöglichen. Adalbert Stifter (= Schriftenreihe des Adalbert Stifter-Institutes des Landes Oberösterreich, Folge 17), Linz 1962; Documenta Paedagogica Austriaca. Adalbert Stifter. Zusammengestellt und mit einer Einleitung versehen von Kurt Gerhard Fischer (= Schriftenreihe des Adalbert Stifter-Institutes des Landes Oberösterreich, Folge 15/2 Bde.), Linz 1961.

## Bildnachweis

Die abgebildeten Fotos stammen aus folgenden Archiven bzw. Publikationen:

Archiv des Verbandes Oberösterreichischer Volkshochschulen:

S. 63, S. 74, S. 87, S. 88, S. 89

Bildarchiv der Volkshochschule Linz:

S. 14, S. 36 (Abb. rechts), S. 40, S. 41, S. 42, S. 59, S. 61, S. 65, S. 84, S. 86, S. 91, S. 93, S. 94, S. 96 (Abb. links), S. 96 (Abb. rechts), S. 98 (Abb. oben), S. 98 (Abb. unten), S. 99

Bildarchiv der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich:

S. 26, S. 34, S. 60, S. 69

Nordico - Museum der Stadt Linz:

S. 30, S. 31, S. 39

Fotos S. 29, S. 36 (Abb. links) aus: 10 Jahre Oberösterreichisches Volksbildungswerk. Festschrift des Landesinstitutes für Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich. Schriftenreihe des Oberösterreichischen Volksbildungswerkes, Bd.5.

Abb. S. 43 aus: Nach der Arbeit, Februar - März 1955, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft der Besucher der VHS Linz, Zeitschrift der VHS Linz, Linz 1955.

Foto S. 52 aus: Die österreichische Volkshochschule, Organ des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Heft 50, September 1963, S. 11

Abb. S. 75 aus: Nach der Arbeit, Mai 1981, Hrsg. VHS Linz, Zeitschrift der VHS Linz, Linz 1981.

Foto S. 85 aus: VHS-aktuell, 2/94, März/April, Volkshochschule Linz (HG.), Seite 13

Abb. S. 101: VHS Linz

Abb. S. 103: VHS Wels

Foto S. 104: Privat